Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

18. August 1980
Jg. 8 Nr. 34

Ausgabe für die Bezirke Hannover, Südostniedersachsen, Ostwestfalen. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg
D 21060 C

Polen: Streiks gehen auch nach Babiuchs Eingreifen weiter

z.hku. Die Arbeiter der Lenin-Werft in Gdansk haben nach der Fernsehrede von Ministerpräsident Babiuch ihren Streik nicht aufgegeben; der Streik hat sich vielmehr auf die ganze Stadt ausgedehnt. Babiuch hatte zwar Versorgungsprobleme und Fehler eingeräumt, jedoch erklärt, die Streiks würden die Lage Polen nur verschlimmern. Das Land habe auf Kredit gelebt, dafür sei die Grenze erreicht. Und: das Land habe Verbündete, „die sich auch über unsere Schwierigkeiten Sorgen machen, die glauben, daß wir sie selber überwinden und die das von ganzem Herzen wünschen." (Gierek kam am gleichen Tag von der Krim zurück). Antisozialistische Elemente versuchten die Lage zu nutzen. – Damit war u.a. eine Demonstration der bürgerlichen Opposition gemeint, die in Warschau den 60. Jahrestag des Raubsieges Polens über die revolutionäre Sowjetunion feierte. (Vgl. S.2 und 11)

Spanien verweigert Landerechte für US-Flugzeuge

z.chm. Die spanische Regierung hat den USA zweimal die Nutzung einer gemeinsamen Luftwaffenbasis für Zwischenlandungen auf dem Weg in den Nahen Osten verweigert. Zunächst sollte ein Phantomgeschwader aufgetankt werden, das nach Ägypten weiterfliegen sollte. Beim zweiten Mal war es ein C141-Transporter, mit Manöversoldaten besetzt. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO Arafat war im September auf Einladung der Regierung in Spanien. Spanien steht in der UNO auf Seiten des palästinensischen Volkes. Es unterstützt seine nationalen Rechte und erkennt die PLO als seine einzige legitime Vertreterin an. Spanien hat jetzt auch abgelehnt, im Falle eines Beitritts zur NATO ausländische Truppen oder Stützpunkte auf seinem Territorium stationieren zu lassen oder spanische Truppeneinheiten ins Ausland zu schicken.

Afghanistan: Sowjetunion setzt

Afghanistan: Sowjetunion setzt Napalm und Flammenwerfer ein

z.lup. Flammenwerfer und Napalm wurden von den sowjetischen Aggressionstruppen in Afghanistan eingesetzt, um eine fünf Tage andauernde Rebellion der 14. Division der afghanischen Armee in Ghazni niederzuschlagen. Mehrere Städte, Shewaki, Beni Hisar und Charkogar, wurden in jüngster Zeit von schweren Angriffen der sowjetischen Aggressoren heimgesucht, mehrere Dörfer wurden völlig ausgelöscht. Aber selbst in den größeren Städten haben die Aggressoren die Lage keineswegs unter Kontrolle. In Kabul sind nach wie vor alle strategischen Pätze von sowjetischen Panzern besetzt. Die Straße zwischen Kabul und Pakistan wurde geschlossen, nachdem 2 Busse durch eine Landmine völlig zerstört wurden. Die Städte Herat und Kandahar sind fast vollständig unter Kontrolle der Guerillas.

Nigeria verlangt Schadensersatz von Shell, Mobil und Gulf

z.gih. Nigeria verlangt von den Ölkonzernen Shell, Mobil und Gulf 6,3 Mrd. Dollar Schadensersatz. Den drei Ölmonopolen wird vorgeworfen, den nigerianischen Staat in den Jahren 1974 bis 1978 um diese Summe geschädigt zu haben. Nach Darstellung Nigerias sollen die drei Ölgesellschaften, an denen die staatliche „Nigerian National Petroleum Company" (NNPC) eine Beteiligung von 60% besitzt, dieser die vereinbarte Menge Öl vorenthalten haben. Gleichzeitig sollen Shell, Mobil und Gulf von der NNPC jedoch deren Anteil an den Produktionskosten erhalten haben. 90% der Deviseneinnahmen Nigerias resultieren aus Ölverkäufen, und der Haushalt wird zu 80% damit finanziert. Bereits am 1.7.79 hatte die NNPC ihre Anteile an den im Lande tätigen Ölgesellschaften von 55 auf 60% erhöht und am 1.8. BP gesamt enteignet.

Carter: „Amerika ist und bleibt stärkste Macht auf Erden"

Parteikonvent der Demokraten / Muskie erläutert in Westeuropa die Strategie des „gezielten Gegenschlages"

z.lup. Mit einem großen Reinfall endete in New Yorks Madison Square Garden der Parteikonvent der Demokraten, als Carter durch seine Abschlußrede den Versuch unternahm, die Delegierten auf die Unterstützung seiner Kandidatur einzuschwören. Schon die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten hatte eine tiefe Spaltung der Demokratischen Partei zum Ausdruck gebracht. Mit 1146 Stimmen für Kennedy, der seine Bewerbung bereits zurückgezogen hatte, wurde die größte Zahl an Gegenstimmen erreicht, die je auf einem Parteikonvent der Demokraten abgegeben wurde. Zusammengehalten wurde der Konvent im wesentlichen durch die Gegnerschaft gegen den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Ronald Reagan.

Reagan tritt als Vertreter der offenen Reaktion auf. In einer Rede in Philadelphia trat Reagan für stärkere Kompetenzen der Bundesstaaten ein. In Philadelphia waren 1964 vier Bürgerrechtler umgebracht worden. Verteidigung der Zuständigkeiten der Bundesstaaten war die Losung, unter der vor allem in den 50er und 60er Jahren die Regierungen besonders der Südstaaten die Politik der Rassentrennung und der chauvinistischen, rassistischen Verfolgung der schwarzen Amerikaner betrieben haben. Senkung der Mindestlöhne für Jugendliche fordert Reagan als Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Dann hätten die Jugendlichen wieder größere Chancen, einen Job zu bekommen. Reagans außenpolitisches Konzept hat einer seiner Berater, der ehemalige General Graham, mit den Worten zusammengefaßt, in Chile, Argentinien, Uruguay und Paraguay sei der Welt gezeigt worden, wie mit Linksradikalen umzugehen sei. Im übrigen hat Reagan nicht grundlos einen ehemaligen CIA-Direktor zum Vizepräsidentschaftskandidaten ernannt.

In der Wahlplattfrom der Demokratischen Partei heißt es: „Die demokratische Regierung wird alle ihre Mittel In der Wahlplattfrom der Demokratischen Partei heißt es: „Die demokratische Regierung wird alle ihre Mittel – einschließlich entschlossener Diplomatie und militärischer Macht – einsetzen, um Abenteurertum abzuschrecken und Zurückhaltung zum einzig gangbaren Weg für unsere Gegner zu machen." Amerika, so heißt es weiter, sei die stärkste Macht auf Erden und müsse es bleiben. Die Macht der USA müsse jedoch wiederbelebt werden.

Mit eben diesem Ziel war Carter 1976 angetreten. In Lateinamerika und Südostasien hätten die USA zeitweilig Fehler gemacht, erklärte er, um den US-Imperialismus aus der ideologischen Defensive herauszumanövrieren, in die ihn die Schläge der 3. Welt gebracht hatten. Der Entspannungspropaganda des Sozialimperialismus setzte er die Menschenrechtspropaganda entgegen, um unter dieser Losung gegenüber dem Sozialimperialismus wieder in die Vorhand zu kommen und die Einmischung in die Angelegenheiten fremder Länder fortzusetzen. Durch das Einkaufen korrupter Führer der Bürgerrechtsbewegung – wie etwa Andrew Young – versuchte er, die politischen Kämpfe der unterdrückten Minderheiten zu spalten und abzustumpfen. Durch Versprechungen, das Steuersystem und das System der Sozialversicherungen zu reformieren und die Arbeitslosigkeit abzubauen, versuchte er, die Kämpfe der Arbeiterbewegung abzustumpfen. Die Stimmen der gewerkschaftlich organisierten, durch den Chauvinismus der Führung der AFL-CIO aber politisch gefesselten Arbeiter, vor allem aber der schwarzen Amerikaner hatten zu seinem Wahlsieg 1976 beigetragen. Gerade hier hat aber Carter jetzt die stärksten Einbußen erlitten.

Die Verschärfung der Klassenwidersprüche in den USA brachte, wenn auch in verzerrter Form, der Parteikonvent der Demokraten zum Ausdruck. Mit Kennedy hatte die Demokratische Partei versucht, eine Auffangposition gegenüber der wachsenden Kritik an der Politik der US-Regierung aufzubauen. Auf Edward Kennedy hatten sich große Teile der Delegierten der Gewerkschaften, der Schwarzen und der Frauen verpflichtet. Nach ihrer Niederlage in der Verfahrensregelung, die die Nominierung Carters sicherte, setzte die Fraktion Kennedys in der Abstimmung über die Wahlplatt- cherte, setzte die Fraktion Kennedys in der Abstimmung über die Wahlplatt- form die meisten ihrer Anträge durch. Darin wird Carter u.a. verpflichtet, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 12 Mrd. Dollar einzuführen, alle fiskalischen und monetären Maßnahmen zu unterlassen, die die Arbeitslosigkeit erhöhen und hohe Zinsen und Arbeitslosigkeit nicht als Mittel der Inflationsbekämpfung einzusetzen. In all diesen Punkten gibt es keinerlei bedeutende Widersprüche zur Programmatik Carters.

Unumstritten war die Passage der Plattform, die die „Wiederbelebung" der Weltmachtrolle des US-Imperialismus forderte. Insgesamt ist der Präsidentschaftswahlkampf ein wichtiges Mittel der amerikanischen Monopolbourgeoisie, Chauvinismus zu propagieren und die Kriegsvorbereitungen zu schüren. Eine knappe Woche vor dem Parteikonvent hatte Carter das Konzept des begrenzten nuklearen Krieges verkündet. Muskie wurde nach Westeuropa geschickt, um die westeuropäischen Imperialisten darauf einzuschwören. Die dänische Regierung hat nachträglich den NATO-Beschluß zur Aufstockung des Militärhaushalts zurückgewiesen. Muskie hat die mangelnde Unterstützung der USA durch Westeuropa gegenüber dem Iran und der sowjetischen Invasion in Afghanistan verurteilt und auf einer Ausweitung der Militärausgaben bestanden. Die Bundesregierung hat erklärt, laufende Beschaffungsprogramme und Preissteigerungen insbesondere für die Beschaffung des Kampflugzeugs Tornado würden das Militärbudget der nächsten Jahre bereits zu 80% ausfüllen, neue Mittel der Finanzierung müßten gefunden werden. Die US-Imperialisten haben derweil ihre Absicht bekräftigt, durch den Ausbau von Stützpunkten in Somalia, Kenia, Ägypten, Oman und auf Diego Garcia die logistischen Voraussetzungen zu verbessern, ihre strategischen Interessen im Golfgebiet militärisch zu sichern.

Krabbenfischer fordern Mindestpreise für Krabben und Subvention des Dieselpreises



Seit Donnerstag, den 7. August, laufen die 130 Kutter der Krabbenfischer der schleswig-holsteinischen Westküste nicht mehr zum Fang aus. Mit dieser Aktion Seit Donnerstag, den 7. August, laufen die 130 Kutter der Krabbenfischer der schleswig-holsteinischen Westküste nicht mehr zum Fang aus. Mit dieser Aktion wollen die Krabbenfischer und ihre Gehilfen ihre Forderungen nach Mindestpreisen für Krabben und Subventionierung des Dieselpreises durchsetzen. Der Gasölpreis ist in den letzten drei Jahren von 28 Pf. je Liter auf 60 Pf. je Liter angestiegen, während gleichzeitig die Preise für Krabben von 3,50 DM je kg auf 1,90 DM je kg gefallen sind. Die Verkaufserlöse decken inzwischen nicht einmal mehr die Fangkosten. Die Kutterfischer der 15 niedersächsischen Häfen haben sich mit den Forderungen solidarisch erklärt. Bild: Demonstrationskundgebung von 250 Fischern und Gehilfen am 12.8. in Büsum.

Schmidt: 35-Stundenwoche in den nächsten 5 Jahren „nicht zu schaffen"

Lambsdorff gegen die 40-Stundenwoche / Kampagne zur Intensivierung der Arbeit

z.wig. Vor vier Wochen hatte Wirtschaftsminister Lambsdorff aufgefordert, mehr zu arbeiten. Die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich sei wegen zusätzlicher Kosten abzulehnen. Zum gleichen Thema hat jetzt der Bundeskanzler Stellung genommen. Wegen der großen Exporterfolge der Japaner brauchten die Deutschen keine Angst zu haben, meinte Schmidt. Er habe keinen Zweifel, daß die deutschen Unternehmer und die deutschen Arbeitnehmer mit der weltweiten, größer werdenden wirtschaftlichen Herausforderung fertig würden. „Wenn wir uns auf die neue Situation einstellen und bereit sind, umzudenken und dazuzulernen, sehe ich keine Gefahr."

Den unangenehmen Part bei der Kampagne gegen die Arbeiterbewegung spielt Lambsdorff. („Außer einfallslosen Beschimpfungen habe ich kein einziges Sachargument bekommen"). Ohne Lambsdorffs Äußerungen, hinter denen direkt die Monopolbourgeoisie steht und mit denen der Wirtschaftsminister vor allem Stimmen aus der Kleinbourgeoisie fangen will, hätte Schmidt jetzt nicht davon sprechen können, daß er keine Gefahren sehe. Die Steigerung der Intensität der Arbeit, die die westdeutschen Kapitalisten in den nächsten Monaten gegen die Arbeiterbewegung durchsetzen wollen, braucht der Kanzler nicht in den Mund zu nehmen. Dafür ist Lambsdorff zuständig. Schmidt kann das Ganze in „umdenken und dazulernen" verkleiden. Ebenso verfährt er mit der Forderung der Arbeiterbewegung nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche. Das sei in den nächsten 5 Jahren nicht zu schaffen, sagt Schmidt. „Aber ich denke, daß ich die 35-Stundenwoche noch erleben werde." Da die Arbeiterbewegung weiß, daß die Durchsetzung der 35-Stundenwoche kein Pappenstiel ist, *erscheint* Schmidts Äußerung – gerade angesichts der Lambsdorffaufforderung – eher als Stellungnahme eines Politikers, der mit beiden Beinen auf dem Boden steht, denn als Angriff auf die Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Lambsdorff hat bereits den nächsten Schritt eingeleitet. Vor Vertretern des Handwerks erklärte er, die 40-Stundenwoche dürfe nicht in der Arbeitszeitordnung festgeschrieben werden, die gegenwärtig noch von einer möglichen Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche ausgehe. Mit dem Vorstoß des Arbeits- und Sozialministers Ehrenberg, die Arbeitszeitordnung neu zu fassen und mit der Aufnahme der durchlöcherten 40-Stundenwoche als *Regel*arbeitszeit die Bewegung für Arbeitszeitverkürzung aufzufangen, erklärt Lambsdorff sich nicht einverstanden. Da Ehrenberg bereits etliche Ausnahmen bei der Festschreibung der Regelarbeitszeit von 40 Stunden für die Verabschiedung des Gesetzes in der nächsten Legislaturperiode in den Schubladen bereitliegen hat, werden die Lambsdorffäußerungen für die Verabschiedung dieser Ausnahmebestimmungen gut sein, wenn die FDP wieder ins Parlament kommt.

Lambsdorff war trotz gegenteiliger Bekundungen nicht überrascht über die „Beschimpfungen". Er kennt seinen Part und er kennt die Arbeiterbewegung. Es gibt keinen Grund, Lambsdorff anzugreifen und Schmidt ungeschoren davonkommenzulassen, nur weil er andere Worte wählt. Schon gar nicht, wo im SPD-Wahlprogramm die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Forderung nach 35-Stundenwoche bekundet wird.

Demokratisches Kampuchea: Große Anstrengungen, die Landwirtschaft wiederaufzubauen



Unter den schwierigsten Bedingungen unternehmen die Regierung und das Volk des Demokratischen Kampuchea alle Anstrengungen, den Anbau von Nahrungsmitteln wieder in Gang zu bringen und die Ernährung zu sichern

z.frb. **Eine Woche vor dem Besuch des polnischen Parteichefs Gierek in Hamburg war ein neuer Großkredit über 1,2 Mrd. DM fest.** Kreditgeber sind 25 westdeutsche Banken unter Führung der Dresdner, der Deutschen, der Commerzbank und der Bank für Gemeinwirtschaft. Für alte Westkredite muß Polen dieses Jahr rd. 10,4 Mrd. DM Tilgung und 3,2 Mrd. an Zins zahlen, 3 Mrd. hiervon sind an westdeutsche Banken fällig. Polen wollte einen Kredit von 1,5 Mrd. DM, doch das war den Bankern zuviel. Wenn jetzt höhere Löhne erstreikt werden, wo bleibt dann das Geld für den Zins! Das findet sich in den Kreditbedingungen wieder. ⅓ des Kredits ist der Erschließung von Kohlevorkommen vorbehalten, und an Lieferverträge in die BRD gebunden. 500 Mio. DM des Kredits sind durch staatliche Hermes-Bürgschaften gesichert. Sie dürfen ausschließlich für Einkäufe bei westdeutschen Konzernen verwendet werden. Erst durch Nachhilfe der Bundesregierung sei der Kredit überhaupt zustandegekommen, heißt es. Helmut Schmidt in der Frankfurter Rundschau: „Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch die amerikanische, ja jede Regierung in der westlichen Welt daran interessiert ist, daß es den Polen gut geht und daß – unter erheblicher deutscher Beteiligung – internationale Konsortien privatwirtschaftliche Kredite für Polen auf die Beine bringen." 1971 hatte der westdeutsche Handel mit Polen 15% des polnischen Handels mit der UdSSR ausgemacht, 1979 waren es über 21%. Die polnischen Handelsbeziehungen zur DDR hat die BRD ertsmals überflügelt.

z.gkr. **Trotz jährlicher Bruttolohnanpassung der Renten sind diese seit 1957 fast durchweg geringer gestiegen als die Nettolöhne.** Nach einer Studie, von Staatsminister Gölter, Rheinland-

Nettolöhne. Nach einer Studie, von Staatsminister Gölter, Rheinland-

Pfalz, vorgelegt, ergab sich seit der Rentenreform 1957 (Einführung der „dynamischen Rente"):

Jahr	reales Lohnniveau	reales Rentenniveau
1957	100,0	100,0
1960	115,3	107,3
1965	150,2	127,8
1970	184,7	163,2
1975	210,7	204,8
1979	227,1	227,4

Indizes, jeweils bezogen auf 1957 = 100

Bei der Berechnung ist die durchschnittliche Nettolohn- und -gehaltssumme je Arbeiter und die monatliche Rente eines Rentners mit 40 Versicherungsjahren zugrundegelegt worden. Abgezogen wurden die Preissteigerungsraten. Nur zwischen 1975 und 1978 liegt die Rentensteigerung, bezogen auf 1957, höher als die entsprechende Lohnsteigerung. Grund: 1975 mußte die Rentenanpassung ein halbes Jahr vorgezogen werden. Mit der Verschiebung 1978 wurde dies wieder ausgeglichen. Nach den Anpassungen entsprechend dem 21. Rentenanpassungsgesetz ergibt die Studie für 1981 gegenüber 1977 eine Rentensenkung von 5%, bei noch zu niedrig angesetzten Preissteigerungsraten von 5,5% für 1980 und 5% für 1981. Die allgemeine Bemessungsgrundlage wird ab 1981 trotz Bruttolohnanpassung nichts mehr mit dem Bruttolohn zu tun haben.

z.doj. **Nachdem die CDU das „Erziehungsgeld für junge Mütter" ins Gespräch gebracht hat, liebäugelt auch SPD Staatssekretär Wolters im Familienministerium damit.** Rechtzeitig *vor* den Wahlen hat die Bundesregierung Kindergelderhöhung für das zweite Kind um 20 DM und jedes weitere Kind um 40 DM beschlossen. Für *nach* den Wahlen bereitet sie gerade die nächste Mineralöl- und Branntweinsteuererhöhung vor. Einig sind beide Parteien für die Durchsetzung von indirekten Steuererhöhungen im nächsten Jahr, nur noch nicht über das wo und wie. Um dies zu verwischen lassen sich SPD-Teile jetzt auf weitere von der CDU vorgeschlagene „Entlastungen für die Familie" ein. Wolters versucht den reaktionären „Heim und Herd"- Erziehungsgeld-Vorschlag der CDU – die Mütter sollen einkommensunabhängig etwa 400 DM bekommen – etwas progressiv zu gestalten: das Erziehungsgeld solle die Lage der „gering verdienenden Familien verbessern". Der CDU-Vorschlag soll die Frauen an ein reaktionäres Familienbild ketten und „befreit" höchstens die Frauen mittlerer Familieneinkommen von der lohnabhängigen Tätigkeit. Der SPD-Einlaß würde an die Stelle ausreichender Lohnerhöhungen die Ausdehnung der staatlichen Kontrolle setzen.

z.gab. **Die für 1981 vorgesehene Rentenversicherungsbeitragserhöhung sei „mittel- und langfristig auf jeden Fall, und zwar möglichstbald, notwendig".** Dies schloß das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung aus seiner Untersuchung der Finanzsituation der Sozialversicherungen. Die regelmäßigen Finanzierungsüberschüsse der Jahre 1969 bis '74 waren mit der Krise 74/75 von einer Phase von Defiziten abgelöst worden, die bis 1979 dauerte. Erstmals zeichne sich für 1980 ein Finanzierungsüberschuß ab und könne von einer Konsolidierung gesprochen werden. Die „positive Tendenz" der Ausgaben- und Einnahmenentwicklung – Erhöhung der Beitragssätze der Sozialversicherungen um 12 Prozentpunkte seit 1971, Senkung der Sachleistungen von 20 auf 7%, Kostendämpfungsgesetz, Verschiebung der Rentenerhöhung und Rentenanpassung von 4,5 und 4% für 1979 bis '81 – sei bereits wieder in Gefahr durch steigende Zuwachsraten bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe aufgrund einer wachsenden Zahl der Anspruchsberechtigten und durch überdurchschnittlich steigende Krankenversicherungsaufwendungen. Sowieso werde die geplante „84er Reform" der Hinterbliebenenrenten schon 1985 zu einem negativen Finanzierungssaldo bei der Rentenversicherung.

z.res. **„Dr. de Somoskeoy hat 40 Jahre lang ohne Tadel im Sinne von intellektueller Leistungsfähigkeit gearbeitet", nahm die nordrhein-westfälische Justizministerin Donnep noch vergangene Woche den Vorsitzenden Richter am Landgericht, Victor Henry de Somoskeoy, in Schutz.** Bis vor kurzem deckte auch das Landgerichtspräsidium Köln den berüchtigten Richter, denn er war ein „exzellenter Jurist" für die Bourgeosie. 5 Angehörige der aufgelösten KPD verurteilte er 1974 zun Gefängnis zwischen 3½ und 7½ Monaten ohne Bewährung, weil sie ei-

aufgelösten KPD verurteilte er 1974 zun Gefängnis zwischen 3½ und 7½ Monaten ohne Bewährung, weil sie ei-

nen NPD-Stand angegriffen hatten. Im Mai 1975 verurteilte de Somoskeoy den Türken Baha Targün, einen der Streikführer des Ford-Streiks von 1973, zu 6 Jahren Gefängnis wegen angeblicher räuberischer Erpressung gegenüber einem türkischen Kaufmann. Anfang 1976 erhalten 4 Türken wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung zwischen 18 und 24 Monate Gefängnis, weil der Zweck der Gruppe darin bestand, vor allem die türkischen Landsleute für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen. „Befördert" von der Staatsschutzkammer zum Schwurgericht ging es unvermindert weiter: 6 Jahre für einen Portugiesen wegen versuchten Totschlags, wo der Staatsanwalt nur 1 Jahr auf Bewährung wegen schwerer Körperverletzung beantragt hat, usw., usf. Jetzt mußten sie ihn fallen lassen. Zu ungeschickt und wenig taktvoll war de Somoskeoy in den letzten Jahren vorgegangen, u.a. hat er über 30 Strafverfahren wegen Beleidigung gegen seine Kritiker eingeleitet.

z.res. **15 Arbeiter der Phoenix-Gummiwerke in Hamburg haben Lambsdorff nach seiner Japanreise – „mehr arbeiten und weniger krankfeiern" – geschrieben.** U.a.: „Wir erfahren es täglich bei uns im Betrieb, daß die Arbeit im Akkord und in Schichten, die Arbeitshetze und die schwere Arbeit oft langwierige und schwere Krankheiten verursachen. (...) Mit Ihrem Standpunkt – dem des höchstmöglichen Profits – werden Sie die gewerkschaftliche Front für höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit nicht aufweichen." Lambsdorffs Antwort: Es sei ein „Irrglauben der Arbeitnehmer", die Arbeitszeit bei vollem Lohn verkürzen und den Urlaub verlängern zu können, und „am Arbeitsplatz nur das Allernotwendigste zu tun".

z.vol. **Das Deutsche Studentenwerk hat seinen Modellhaushalt für Studenten im Sommersemester (SS) 1980 vorgelegt.** Mit Ausgaben von 765 DM liegt er 11,5% höher als der Modellhaushalt (686 DM) der 9. Sozialerhebung des DSW aus dem SS 79. Die hohe Steigerungsrate hat ihre Ursache in der Niedrigkeit des Modellhaushaltes der Sozialerhebung, in dem durch Zensur durch das Bildungsministerium (BMBW) fiktive Elternzuschüsse bei Ernährung und Kleidung von den Ausgaben abgezogen sind. Der Abstand vom BAFöG-Höchstsatz hat sich so von 10,6 auf 23% erhöht. Mit Tagessätzen von 7,80 DM für Essen und Trinken oder Jahresausgaben von 720 DM für Kleidung (1 Jeans, 1 Paar Halbschuhe, 1 T-Shirt pro halbes Jahr) gibt auch der 80er Haushalt eher eine Untergrenze für die Lebenshaltung der Studenten an. Da die Nettolohn- und -gehaltssumme 1978 um 8% gestiegen ist, die Freibeträge beim BAFöG dieses Jahr aber nur um 3% steigen, werden die BAFöG-Zahlungen auf breiter Front erneut sinken. Das Ministerium rechnet mit 12000 Studenten und 3000 Schülern weniger, die BAFöG erhalten. Schmude hat im Gespräch mit dem vds-Vorstand die Erhöhung der BAFöG-Sätze auf 750 DM und des Elternfreibetrages auf 1500 DM abgelehnt. GEW und vds werden ab September dagegen eine Unterschriftensammlung durchführen.

z.gkr. **Erhöhung der Kriegskosten, um aus den finanziellen Schwierigkeiten bei der Beschaffung der 322 Kampfflugzeuge MRCA Tornado herauszukommen deuteten die Inspekteure von Marine und Luftwaffe an.** 21 Mrd. DM, zusätzlich 4,5 Mrd. DM Entwicklungskosten, soll nach den neuesten Berechnungen die Ausrüstung von 4 Jagdbombergeschwadern der Luftwaffe und 2 Marinefliegergeschwadern mit dem Tornado bis 1988 kosten. Zu Lasten der Fregatten, etwa daß die in Aussicht genommene 7. und 8. nicht beschafft wird, dürfte es keinesfalls gehen. Schon jetzt, so Obleser, Inspekteur der Luftwaffe, werde ein zusätzlicher Finanzbedarf von 1 Mrd. DM vor sich hergeschoben. Laut Haushaltsplan 1980 stehen für Beschaffung von Flugzeugen, Flugkörpern und flugtechnischem Gerät 2,29 Mrd. DM zur Verfügung, gerade 1,2 Mrd. DM davon für den Tornado. Der Staatsminister im Verteidigungsministerium, v. Bülow, kündigte die Erhöhung der Kriegskosten an: „Ein Land wie unseres, mit einem Bruttosozialprodukt von 1500 Mrd. DM jährlich, wird das auch noch schaffen."

z.ogd. **Sechs Jahre nach der Pleite der Herstatt-Bank wird der geplatzte große Wurf vor Gericht durchleuchtet.** In Devisentermingeschäften hatte die Bank, allen voran der Chefdevisenhändler Dany Dattel, auf das große Geld gesetzt. Solche Geschäfte dienen gewöhnlich dazu, das Wechselkursrisiko für Im- und Exportgeschäfte auszuschalten. Ein Kapitalist kauft zum 1.10. Dollar, weil zu diesem Termin seine auf Dollar lautende Rechnung fällig wird. Der Preis wird aber sofort vereinbart. Steht der Dollarkurs am 1.10 billiger als der vereinbarte Preis, so macht die Bank ein Plus, im anderen Fall zahlt sie drauf. Nach der Dollarfreigabe 1971 waren solche Geschäfte ins Kraut geschossen. Auch die Herstatt-Bank stieg ein. Allerdings ohne daß die Geschäfte mit einem Warengeschäft noch etwas zu tun hatten. Spekuliert wurde auf einen steigenden Dollar. Dattel kaufte Millionen Dollar auf Termin und setzte darauf, sie bei Fälligkeit teurer losschlagen zu können als er als Preis vereinbart hatte. Der Kurssturz des Dollars Mitte 1973 brachte die Wende, ein Jahr später brach das Kartenhaus zusammen. Wie so manch andere Spekulation auch. Doch der kluge Mann hatte vorgebaut. Durch betrügerische Geschäfte, Verkauf von Devisen unter Kurs an Kumpanen und gleichzeitiger Rückkauf zum Tageskurs, sollen 136 Mio. DM auf die Seite geschafft worden sein. Nachdem ein Gutachter Dattel „erlebnisreaktive Depressionen" bescheinigt hat, wird er ungeschoren bleiben. Das Konto in der Schweiz wartet schon.

z.smm. **Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff und mit ihm die Creme der westdeutschen Kapitalistenklasse ist aus der VR China zurückgekommen.** Konkretisierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern war der Grund ihrer Reise. Das chinesische Volk will bis zum Jahr 2000 die VR China zu einem modernen und starken sozialistischen Land machen. Seine Außenhandelsbeziehungen dienen diesem Ziel. Die BRD betreibt Außenhandel mit der VR China, um Profite zu erzielen. Die VR China strebt an, die Außenwirtschaftsbezie-

Neue Verhandlungen in Zypern begonnen

Die Imperialisten betreiben die fortdauernde Spaltung

z.mif. Am 9. August sind neue Verhandlungen zwischen der griechischen und türkischen Seite auf Zypern eröffnet worden. Zunächst wurde eine Erklärung von UNO-Generalsekretär Waldheim verlesen; die eigentlichen Verhandlungen beginnen am 15. September und werden nach Plan etwa vier Monate dauern. Gegenstand der Verhandlungen sind die Fragen der Verfassung und staatlichen Gliederung Zyperns. Die beiden riesigen britischen Militärbasen sind nicht Teil der Verhandlungen; sie sind der Souveränität Zyperns entzogen und britisches Hoheitsgebiet. Sie stehen den US-Imperialisten zur Verfügung. Syrien und Libanon sind keine 200 km entfernt. Die strategische Bedeutung Zyperns für die US-Imperialisten wurde neuerlich dadurch deutlich, daß US-Fernsehsender die zypriotische Satellitenstation für ihre Olympia-Übertragung aus Moskau einsetzten.

Der US-Außenminister Muskie hat kürzlich in Ankara sowohl mit dem türkischen Premierminister Demirel wie auch mit dem griechischen Außenminister Mitsotakis verhandelt. Gespräche sind den US-Imperialisten wichtig; rauskommen soll dabei nach ihrem Willen nichts, denn eine Einigung der griechisch-zypriotischen und der türkisch-zypriotischen Seite würde günstige Bedingungen für die völlige Beseitigung der ausländischen Stützpunkte auf Zypern schaffen.

Die Sozialimperialisten befinden sich in der für sie günstigen Lage, unter der Parole der Unterstützung von Zyperns Unabhängigkeit operieren zu können; sie haben dem Präsidenten der griechischen Zyprioten Kyprianou einen Besuchstermin in Moskau in Aussicht gestellt.

Die Einigung der griechischen und türkischen Seite auf Zypern ist schwer, weil die britische Kolonialherrschaft die bereits vorher vorhandenen Widersprüche erheblich verschärft hat. Nach mehreren Jahrhunderten türkischer Besetzung der stets mehrheitlich von Griechen besiedelten Insel hat Großbritannien 1878 Zypern kolonisiert. Als die Kolonie 1959 nicht länger zu halten war, wurden Großbritannien, Griechenland und die Türkei – alle drei in der NATO – zu Garantiemächten für Zyperns Unabhängigkeit. In der Verfassung räumte Großbritannien der türkischen Minderheit Vetorechte ein, um die Spannungen zu verschärfen und die fortdauernde Anwesenheit der britischen Truppen zu rechtfertigen.

Die Regierung Makarios betrieb eine Politik der Blockfreiheit, was sie den US- und den britischen Imperialisten verhaßt machte. Der Putsch der von den US-Imperialisten eingesetzten griechischen Offiziersjunta 1974 gegen die Regierung Makarios scheiterte; gleichzeitig nutzte ihn die türkische Regierung zur Invasion unter der Losung des Schutzes der bedrohten türkischen Zyprioten und besetzte 40% der Insel, den fruchtbaren Nordosten.

Zu dem Zustandekommen der jetzigen Verhandlungen hat Libyen beigetragen, das sich im Juli als Vermittler anbot. Anfang August war der libysche Informationsminister in Absprache mit dem Generalsekretariat der UNO auf Zypern.



17000 t Weintrauben aus Zypern, mehr als die Hälfte seiner Produktion, sichert sich jährlich die EG, vor allem Großbritannien.

Unter dem Ruf gegen die Bürokratie

Unter dem Ruf gegen die Bürokratie

für die Willkür der Staatsmacht

z.jük. In heftigen Protestaktionen auf Strauß-Kundgebungen während des NRW-Wahlkampfes hat sich die Ablehnung der reaktionären Politik der CDU/CSU durch Teile der Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung dokumentiert. Viele Arbeiter wollen Strauß eine Niederlage beibringen. Die CDU/CSU versucht gegenwärtig, Boden zu gewinnen, Kanzlerkandidat Strauß ist mit seiner Polemik gegen die Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung etwas kürzer getreten. „Wir stehen heute in einer entscheidenden Phase der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte", schreibt die CDU in ihrem Pressedienst. „... ein neuer Anfang ist möglich: für beide Seiten. Die Union will nicht Konfrontation mit den Gewerkschaften, sondern die Diskussion über Sachthemen."

Man versucht, sich volkstümlich zu tarnen. Zwar konzentriert die CDU/CSU ihre Politik auf die Mittelklassen, um von daher die Arbeiterbewegung zu isolieren, andererseits versucht sie, besonders gedrückte Kräfte der lohnabhängigen Bevölkerung zu fangen, die die Arbeiterbewegung bislang noch nicht gewinnen und in den Gewerkschaften organisieren konnte. Eine Kostprobe dafür lieferte unlängst ein Schreiberling der Zeitung „Die Welt" Namens Paul. C. Martin. Er hat „10 Gedanken für eine wirklich bürgernahe Politik der Union" veröffentlicht. Vor kurzem hat dieser Schreiberling die „bürgernahe" militärische Besetzung der Arabischen Ölfelder propagiert, was ihm eine Klage wegen Aufhetzung zum Angriffskrieg eingebracht hatte. (Vergl. KVZ 30/79).

Die 10 Punkte umfassen zusammengefaßt: „1. Den Ladenschluß freigeben. 2. Den (EG) Agrarmarktschwindel beenden. 3. Den Mondscheintarif wiedereinführen ... 4. Die Umsatzsteuer für Medikamente halbieren. 5. Das Parlament verkleinern ... die Diäten nicht jedes Jahr automatisch anpassen, sondern jedes Jahr in namentlicher Abstimmung neu festlegen. 6. Endlich mehr Demokratie wagen und die Volksbefragung einführen. 7. Die Willkür der Behörden durch ein Bürgerschutzgesetz stutzen ... Beamte, die ohne Not bürgerliche Freiräume einengen ... werden vom Dienst suspendiert. 8. Wer Steuergelder verschwendet, muß dafür haften. 9. Das Sendemonopol der öffentlichen Rundfunkanstalten beenden. Wir haben für 60 Mio. auf allen Sendern das Nachtprogramm der ARD. Arme Nachtschichtler. 10. Alle Subventionen in Zukunft bei der Steuer anrechnen ... Jeder bekommt statt Kindergeld, Wohngeld, BAFöG usw. einen Gutschein. Den kann er beim Lohnbüro abgeben, was ihm in gleicher Höhe Steuern spart." Und zu guter letzt: Strauß soll die Staatsschulden beseitigen.

Der Schreiberling versucht, vorhandene Widersprüche der Volksmassen gegenüber dem bürgerlichen Staat zu benutzen, um diesen selber auszudehnen. Wer ist nicht für die Wiedereinführung des Mondscheintarifs, wobei der Kern der Proteste der Massen allerdings die hohen Gebühren insgesamt sind. Den Antibürokratismus, den P.C. Martin hier propagiert, richtet sich im Kern aber nicht *gegen* den Staatsapparat und seine Wucherungen, sondern gegen die Beschäftigten in diesem selber, gegen die Arbeiterbewegung. Den Kapitalisten wird ein Freibrief verschafft – Ladenschluß – dem bürgerlichen Staat die Ausdehnung der Staatskontrolle bei gleichzeitiger Stärkung der Dienstaufsicht gegenüber den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst. Privatisierung = kapitalistische Rationalisierung, Dienstsuspendierung = stärkere Dienstaufsicht. Gegen Steuerausplünderung kein Wort, Staatsverschuldung abbauen, ohne offen zu sagen wie, das verspricht Strauß schon länger. Kriegsgeschrei und Knüppel im Inneren, bürgernahe Politik von P. C. Martin.

US-Truppen umzingeln El Salvador

Die Bauern kämpfen hartnäckig für ihr Land

z.chm. Der US-Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, William Bowdler, war angereist, um die Folgen des Blutbades zu begutachten, das die Militärdiktatur am 22.1.80 unter den 200000 Demonstranten angerichtet hatte. „Der Verlust El Salvadors wäre eine bittere Pille für uns. Ich weiß nicht, ob wir sie runterschlucken würden", erklärte er anschließend. Um die bittere Pille nicht runterschlucken zu müssen, haben jetzt die USA Marineeinheiten vor der Küste El Salvadors aufgefahren; Hubschrauberstaffeln stehen abflugbereit in Guatemala, Honduras und Costa Rica. An Nicaragua erging die Drohung, jede Unterstützung für die revolutionäre Bewegung zu unterlassen. Der Militärjunta sichert der US-Imperialismus die Luftkontrolle über das Land durch Aufstockung der Luftwaffe: 12 Kampfhubschrauber, 20 weitere zur Luftbeobachtung, 20 leichte Flugzeuge für Luftbodenraketen, Napalm- und Splitterbomben. Die salvadorische Luftwaffe verfügt damit über 80 kampfbereite Flugzeuge. Die Zahl der „Militärberater" ist in den letzten zwei Wochen erhöht worden, verstärkt auch noch durch israelische Experten. US-Offiziere bilden die Führung der Einsatzstäbe und leiten die Großeinsätze selbst.

Die USA waren gescheitert mit ihrem Versuch, ein „Friedenscorps" aus den Andenpaktstaaten für die Zerschlagung der Massenbewegung in El Salvador zusammenzustellen. Die Mehrheit der OAS-Staaten haben ihren Antrag abgelehnt. Also müssen sie selber zupacken, um die schwankende Militärdiktatur zu halten.

El Salvador ist flächenmäßig der kleinste, aber dichtbesiedelste Staat Zentral- und Lateinamerikas. Auf 22000 km² leben 4,4 Mio. Menschen, eine Bevölkerungsdichte von 200/km². Es grenzt im Westen an Guatemala, im Norden und Osten an Honduras und im Süden an den Pazifik. Der schmale Golf von Fonseca verbindet es mit Nicaragua. Das Land besteht aus fruchtbarem Hügel- und Gebirgsland, meist von vulkanischer Beschaffenheit. Im zentralen Hochland wird Kaffee und Zuckerrohr angebaut, in der Küstenebene Baumwolle. Kaffee ist mit 52% Anteil am Außenhandel der Hauptexportartikel, gefolgt von Baumwolle (8%). Die gewaltsame Umstellung der Landwirtschaft auf die Kaffeemonokultur durch die spanischen Kolonialisten Mitte des 19. Jahrhunderts hat ihre Struktur und die Beschaffenheit des Bodens so verändert, daß der Mais-, Bohnen- und Hirseanbau, der notwendig ist für die Deckung des einheimischen Nahrungsmittelbedarfs, dermaßen zurückgegangen ist, daß El Salvador jetzt Nahrungsmittel importieren muß. Der Viehbestand ist dezimiert worden, so daß auch der Fleischbedarf nur durch Importe gesichert werden kann. 60% der Salvadorer leben auf dem Land. Die herrschende feudale Klasse besteht aus 376 Familien, die 40% des bebaubaren Bodens besitzen. (Die größte unter ihnen, die Duenas, besitzt 277 qkm!) 130000 bäuerliche Kleinbetriebe sind nur bis 1 ha groß. 1/3 der Bauern ist ohne Land und 1/5 sind Saisonarbeiter.

Der Kampf der Bauern El Salvadors für ihr Land ist so alt wie die spanische Kolonialisierung des Landes im Jahre 1524. Die spanischen Kolonialisten schafften anfangs Kakao, Indigo und Balsam aus dem Land heraus. Als das Indigo nicht mehr profitabel genug war, sattelten sie auf Kaffee um, dessen Anbau sich im benachbarten Costa Rica sehr profitträchtig anließ. Der vulkanische Boden des zentralen Hochlandes war dafür besonders geeignet. Aber vorher mußten die Besitzverhältnisse im Sinne der Kolonialisten geändert werden: 1829 erließ Spanien ein Gesetz zur Abschaffung des Gemeineigentums an Land. Zu Schleuderpreisen oder durch direkten Raub eigneten sich die Kolonisatoren den Boden der indianischen Bevölkerung an. Der nächste Schritt war die Erfassung aller landlos gewordenen Bauern und ihre Verschickung in die Kaffeeplantagen. Jeder Bauer, der sich weigerte, das Land zu verlassen, wurde als „intruso", Eindringling, behandelt und vertrieben. Der Kaffeemonokultur folgt die Baumwolle in den 40iger Jahren in der Küstenebene. Die Subsistenzwirtschaft der dortigen Bauern wird zerstört.

Die bäuerliche Kleinpacht ist in vielfältiger Form von den Großgrundbesitzern abhängig: Der Bauer bekommt ein Stück Land auf einer Hacienda, in der Regel in den Teilen, die nicht sehr fruchtbar sind; er muß es gegen Pachtzins, regelmäßige Fronarbeit für den Grundherren oder über Naturalabgaben abbezahlen.

Seit dem Bauernaufstand von 1932 hat die feudale Klasse mehrere „Landreformen" ausgebrütet, alle mit dem Ziel, die Bauern zu betrügen und die durch Landbesetzung geschaffenen Tatsachen rückgängig zu machen. Eben eine solche „Landreform" hat auch die jetzige Militärdiktatur in die Welt gesetzt, die damit begann, daß Armee-Einheiten in die von den Bauern besetzten Gebiete einzurücken versuchten, um die Landreform durchzusetzen. Am 15. Oktober war die morsche Romero-Regierung mit Billigung der US-Imperialisten durch die jetzige Garnitur von Offizieren ersetzt worden. Die Streikbewegung in den Städten hatte gezeigt, daß die alten Figuren nicht mehr in der Lage sind, die Massenbewegung in Schach zu halten. Anfang Oktober hatten die Gewerkschaften der Bauern und der Arbeiter eine gemeinsame Plattform veröffentlicht mit den Forderungen nach Streik- und Organisationsfreiheit, Landverteilung, Anhebung der Mindestlöhne der Landarbeiter von 1 – 2 $ auf 5,70 $ am Tag. Auf den Putsch reagierten die Massen mit der Besetzung von 25 Haciendas im Norden des Landes und dem Generalstreik in den Städten. 21 Organisationen und Verbände schlossen sich im März zur „Revolutionären Demokratischen Front" zusammen. Folgende Prinzipien legten sie gemeinsam fest: Enteignung der Großgrundbesitzer und der imperialistischen Konzerne, Zerschlagung der US-Interessen, Nationalisierung der Schlüsselindustrien

Zerschlagung der US-Interessen, Nationalisierung der Schlüsselindustrien

und der Energiewirtschaft, der Banken und des Außenhandels, Kündigung aller ungleichen Verträge, Austritt aus dem reaktionären, von der USA beherrschten, lateinamerikanischen Verteidigungsrat, CONDECA, Blockfreiheit. Die RDF führte im März und im Juni zwei erfolgreiche Generalstreiks durch. Die Provinz Morazan an der Grenze zu Honduras ist befreites Gebiet mit eigener Verwaltung und untersteht der Exilregierung, die ihren Sitz in Mexiko hat. Auf diese Erfolge antwortete die Militärregierung mit einer Eskalation des Terrors. Die Großgrundbesitzer schufen sich ihre eigenen bewaffneten Mordkommandos neben der 100000-Mann-Armee. (Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ist sie die größte der Welt.) Täglich werden bis zu 30 Menschen ermordet. Die RDF hat für den 13./14. und 15.8. einen Generalstreik ausgerufen. Die zentrale Forderung ist die Aufhebung des Ausnahmezustandes.



Die salvadorische Armee ist mit G3-Gewehren von Heckler und Koch in Oberndorf ausgerüstet. Die BRD-Imperialisten sind die drittgrößte Handelsmacht in El Salvador. Ein Meistbegünstigungsabkommen von 1952 sichert ihnen die profitable Abwicklung des Geschäfts.



Mexikanische Dorfbewohner bauen die Straße zum nächstgelegenen Markt aus. Gleichzeitig wird mit dem Bau einer neuen Schule begonnen.

Mexiko und Venezuela gewähren den Ländern der Region günstige Öllieferbedingungen

z.ans. Mexiko und Venezuela haben kürzlich ein Wirtschaftsabkommen abgeschlossen, das günstige Öllieferbedingungen für die ärmeren zentralamerikanischen und karibischen Länder vorsieht. Die beiden Ölproduzenten verpflichten sich, den Nachbarländern ab sofort ihren gesamten Ölbedarf von 160000 Faß/Tag zu decken. Geliefert wird zu den geltenden Marktpreisen, z.Z. zu rund 32 US-Dollar pro Faß. Die Ölkäufer erhalten jedoch 30% des Betrags als Kredite mit fünfjähriger Laufzeit zurück. Die Zinsrate von 4% kann auf 2% reduziert werden, wenn das Geld für die Entwicklung von Energiequellen eingesetzt wird. Die Verschuldung der neun betroffenen Länder ist 1972 – 1978 um 326% angestiegen, die Zinszahlungen sind gar um 492% angewachsen. Die ungeheure Finanznot dieser Länder, Ergebnis imperialistischer Ausplünderung, haben die US-Imperialisten bisher genutzt, um die Abhängigkeit und Ausplünderung weiter zu vertiefen.

Bei seinem Staatsbesuch in Kuba vor dem Abschluß des Wirtschaftsabkommens griff der mexikanische Präsident Portillo „alle Hegemoniebestrebungen" an, 'die ein Hindernis sind für die Unabhängigkeit der Region". Kuba muß heute mindestens 80% seines Handels über den RGW abwickeln. Auf dem Gebiet der Ölversorgung ist Kuba bislang vollständig von den Sozialimperialisten abhängig, was seine Abhängigkeit in anderen Wirtschafts-

zialimperialisten abhängig, was seine Abhängigkeit in anderen Wirtschafts-

bereichen verstärkt. Portillo zu Staatschef Castro: „Wir sind bereit, eine eventuelle Nachfrage Kubas in dieser Angelegenheit zu untersuchen, da Kuba in der von dem Abkommen betroffenen Region liegt." Der Versuch, das von der Sowjetunion als Sprungbrett nach Lateinamerika betrachtete Land in das Abkommen einzubeziehen, zielt darauf, Kuba fester mit den Ländern der Region zu verbinden und so auch seine Abhängigkeit von der Sowjetunion zu lockern. Gleichzeitig verurteilen Castro und Portillo in einem Kommunique die Interventionsbestrebungen der US-Imperialisten in El Salvador, das „sein Schicksal ohne fremde Einmischung selbst entscheiden" müsse. Sie fordern die USA auf, die seit 20 Jahren gegen Kuba verhängte Wirtschaftsblockade aufzuheben und die Besetzung der Flottenbasis Guantanamo zu beenden.

Das mexikanisch-venezolanische Wirtschaftsabkommen stärkt sowohl die Ölförderländer als auch die anderen zentralamerikanischen und karibischen Länder. Ohne dieses Abkommen könnten die letzteren ihren Ölbedarf nur zum Preis rasant wachsender Verschuldung bei den USA und anderen Imperialisten decken, gleichzeitig setzt es auch dem Zugriff der USA auf Mexiko und Venezuela gewisse Schranken. Wir sind nicht länger bereit, „die billige Tankstelle der USA" zu sein, hat Mexiko kürzlich erklärt. Gegenüber den Angriffen des US-Außenministeriums auf die 30%ige Ölpreiserhöhung Mexikos im Januar hielt Portillo fest: „Mexiko kontrollierte, kontrolliert und wird seine Ölreserven weiterhin unabhängig kontrollieren". Venezuela und Mexiko sind entschlossen, so über ihre Reichtümer zu verfügen, daß sie dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß der Region gegen den US-Imperialismus und auch gegen den vordringenden Sozialimperialismus nützen.

Die US-Imperialisten haben dabei einiges zu verlieren. 1980 wollen sie 770 Mio. US-Dollar an Direktinvestitionen nach Mexiko pumpen, 35% mehr als 1979. 63% des mexikanischen Marktes wird von US-Monopolen beherrscht. Sie konnten ihre Verkäufe Anfang 1980 bereits um 51% gegenüber 1979 steigern. Mit 32,2 Mrd. US-Dollar ist Mexiko an die Imperialisten verschuldet.

Mexiko an die Imperialisten verschuldet.

Für die gegen die imperialistische Ausplünderung gerichtete Politik Mexikos schafft sein Ölreichtum günstige Bedingungen. Die Ölreserven Mexikos werden heute auf 50 Mrd. Faß geschätzt. Venezuela war 1979 das größte Erdölförderland Lateinamerikas mit 2,356 Mio Faß/Tag, es stand an vierter Stelle innerhalb der OPEC. Mexiko, selbst nicht Mitglied der OPEC, produzierte im selben Jahr 1,616 Mio. Faß/Tag. Es wird geschätzt, daß Mexiko in diesem Jahr seine tägliche Produktion auf 2,2 Mio. Faß wird steigern können. Im Mai und Juli dieses Jahres hat Mexiko weitere Ölpreiserhöhungen durchgesetzt. Sie treffen vor allem die US-Imperialisten, die den weitaus größten Teil des mexikanischen Öls, rund 85%, aufkaufen. Im Mai mußten die US-Konzerne darin einwilligen, die von der staatlichen mexikanischen Erdölgesellschaft geforderten Erdgaspreise zu bezahlen.

---

hungen zu beschleunigen in Form der Kooperation in der Produktion, von joint ventures, von Kompensationshandel und der Übernahme von Projekten. Zweck ist die schnelle Steigerung der Produktivität der chinesischen Volkswirtschaft. In diesem Rahmen versprechen sich die BRD-Imperialisten erhebliche Profite. Verschiedene Auffassungen während der Verhandlungen gab es über den Umfang der gemeinsamen Beteiligungen, in der Fassung eines Investitionsschutzabkommens und der Gewährung von Kreditkonditionen. Die VR China nutzt die Konkurrenz unter den imperialistischen Ländern und verfolgt die Linie, auf die eigene Kraft vertrauen. Während des Besuches sind keine Kooperationsverträge geschlossen worden. Für Euphorie sei kein Anlaß, die chinesische Wirtschaftspolitik sei aber solide. So Lambsdorffs Resumee der Reise.

z.hop. **Zur Stützung der Verordnung über Sparmaßnahmen an Heizungstechnischen Anlagen hat das Bundesministerium für Bau den Ölverbrauch in der Heizperiode 78/79 aufgestellt.** Im Schnitt 29,37 l pro m² Wohnfläche. Untergliedert wird in Wohnfläche bis zu 200 m² = 35,25 l pro m² – 700 m² = 29,52 l pro m² – 3000 m² = 26,83 l pro m² und in Klimazonen, wo der Verbrauch in der mildesten 28,29 l, der mittleren 30,96 l und in der kältesten (Bayern) 25,57 l Öl betrug. Laut Minister Haack soll dies als geeigneter Maßstab für Mieter und Vermieter gewertet werden. Der Grund für mehr Verbrauch sei in schlechter Wärmedämmung, schlechter Heizungsanlage oder im verschwenderischem Umgang mit Heizenergie der Nutzer zu suchen. Der geringste Verbrauch in den kältesten Gebieten wird erklärt durch traditionell bessere Bauweise. Hier zeigt sich die Auswirkung der kapitalistischen Anarchie, wo Jahrzehnte durch billige Bauweise riesige Extraprofite erzielt wurden, was heute von den Massen getragen werden muß durch höhere Mieten bei nachträglicher Isolierung der Wohnungen oder bei schlechter Isolierung, durch erhöhte Heizkosten.

z.frb. **Der Stagnation des Kapitalexports in Entwicklungsländer müsse durch eine Reform der Förderungspolitik abgeholfen werden, verlangt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Westberlin.** Das Entwicklungsländer-Steuergesetz, das den Ausbeutungsexporteuren 1979 311 Mio. DM Steuernachlaß bescherte, 27% mehr als 1977, reicht als Dreingabe nicht mehr. Keinen Rückgang verzeichnen die Direktinvestitionen nach den weiter entwickelten Ländern in Lateinamerika und Südeuropa (außer Türkei). In die restlichen Entwicklungsländer aber, in die 1976 noch 900



Mio. DM gegangen waren, flossen 1979 noch 310 Mio. DM. Das Institut erklärt dies „wohl hauptsächlich aus gestiegenen Länderrisiken". Die Förderung müsse vor allem auf mittlere Unternehmen zugeschnitten werden, denn Großunternehmen käme es darauf nur nebenbei an. Die Entwicklungsländern gewährte „technische Zusammenarbeit" solle mit Kapitalanlage mittlerer Unternehmen gekoppelt werden.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2 [illegible]

Internationale Nachrichtenverbindungen

[illegible]

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · [illegible]

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

[illegible]

Alle Hefte erscheinen wöchentlich. [illegible]

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

[illegible]



b.mio. **Die Industriegewerkschaft Metall und der Deutsche Gewerkschaftsbund rufen auf zu einer Protestkundgebung gegen die Erpressungsmanöver des Preussag-Vorstands mit dem Fortbestand der über 3000 Arbeitsplätze im Harz.** Die Kundgebung findet am 3. September um 16 Uhr auf dem Marktplatz in Goslar statt. Der Preussag-Vorstand beabsichtigt, die Gewinnung von Blei aus den Erzkonzentraten der beiden Harzer Bergwerke in Nordenham zu konzentrieren, wo in den letzten Jahren ganz im Gegensatz zur Bleihütte in Goslar-Oker beachtliche Investitionen vorgenommen worden sind. Als Nebenprodukt will der Preussag-Vorstand die staatlichen Zuschüsse für sein „Sanierungsprogramm" in den Hüttenwerken in Oker-Harlingerode von den zugesicherten 50% = 10 Mio. DM auf 70% = 14 Mio. DM erhöht haben. Am liebsten einzig und allein für die Zusicherung, wenigstens das Recycling (Rückgewinnung) von Blei aus Schrott in Oker zu belassen.

b.acr. **In der JVA Wolfenbüttel wird gegenwärtig die – nach Hannover und Celle – dritte Trennscheibe in niedersächsischen Gefängnissen installiert.** Kürzlich ist dort bereits ein Isolationstrakt eingerichtet worden, eine von der übrigen Anstalt hermetisch abgeriegelte Abteilung, in der einer der Neofaschisten, die in Bückeburg verurteilt wurden, gefangengehalten wird. Allerdings ist die Trennscheibe im Grunde nicht für diesen gedacht, denn sie wird nicht im Isolationstrakt, sondern im allgemeinen Besuchertrakt eingebaut. In Hannover wird die Trennscheibe bereits gegen andere Gefangene eingesetzt (s. KVZ 33/80, S. 3). In einer Presseerklärung hat die Vereinigung niedersächsischer Strafverteidiger die Abschaffung von Trennscheiben und Isolationsmaßnahmen gefordert.

r.ibc. **Ca. 400, vorwiegend türkische Arbeiter beteiligten sich am 16.8. in Kiel an einer Demonstration gegen Übergriffe der faschistischen Grauen Wölfe.** Zuletzt sind am 11.8. zwei türkische Arbeiter von Faschisten niedergestochen worden. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung wurden die Parolen: „Tod dem Faschismus! Nieder mit dem westdeutschen Imperialis-
nahme der Bevölkerung wurden die Parolen: „Tod dem Faschismus! Nieder mit dem westdeutschen Imperialis-
mus! Hoch die internationale Solidarität! Graue Wölfe raus aus Kiel!" gerufen. Zu der Demonstration hatte u.a. der Solidaritätsverein der Arbeiter aus der Türkei aufgerufen.



b.inl. **Bewohner des Göttinger Reitstallviertels verweigern zum zweiten Mal Kündigung: „Wir bleiben hier drin, solange es geht".** Die Allianz-Lebensversicherungs-AG, Eigentümerin von 3 Häusern in der Reitstallstraße, will den Abriß dieser Häuser bis spätestens Juli 81 vollzogen sehen. Seit 1972 der Oetker-Konzern mit dem Ankauf von Grundstücken und Häusern begann, sind 180 Menschen aus den Wohnungen in der Innenstadt vertrieben worden, besteht das ganze Viertel heute aus einem kostenpflichtigen Parkplatz, dem Hertie-Kaufhaus und vier Wohnhäusern. Abriß- und Baugenehmigung der Stadt besitzt die Allianz bereits. Ihr Plan: ein mehrstöckiges Geschäftshaus profitträchtig zu plazieren. Gegen solche Pläne wurde in Göttingen seit Beginn des Ausverkaufs dieses Viertels gekämpft. 1974 und 1977 wurden Häuser besetzt, die nur durch großes Polizeiaufgebot geräumt werden konnten, die große Unterstützung dieser Besetzungen drückte sich in zahlreichen Protestresolutionen und großen Demonstrationen gegen die Wohnraumzerstörung aus. Grund genug für die Allianz, den Mietern unterschiedliche Auszugstermine zu setzen, im Kündigungsschreiben zu drohen: „... keinen Zweifel daran lassen, daß wir nunmehr auf einer Räumung der Wohnung bestehen" und die geplante Bebauung „bei Erhalt auch nur eines der Häuser" für unwirtschaftlich zu erklären.

b.jum. **Mit einer Presseerklärung haben die Bewohner der alten Medizinischen Klinik auf die Manöver der Göttinger Universitätsleitung zur Vertreibung aus dem erkämpften Wohnraum geantwortet.** Ursprünglich hatte die Universität das Gebäude dem Studentenwerk zur Weitervermietung übergeben. Die von der Universität durchgesetzten Mietvertragsbedingungen hat jedoch die Mehrheit der Bewohner abgelehnt, da der Vertrag nur befristet ist und keine Vermietung an Gruppen und Nichtstudenten zuläßt. Nach erfolglosen Verhandlungen zur Beseitigung dieser Bedingungen ist das Studentenwerk vor eineinhalb Monaten aus dem Vertrag ausgeschieden – ohne Bekanntgabe. Die Universität als Alleinvermieterin will jetzt „klare Verhältnisse schaffen" und offenbar zunächst die Bewohner ohne Mietvertrag rausschmeißen.

b.ind. **Die Pflegesätze an den Unikliniken Göttingen sollen jetzt zum zweiten Mal in diesem Jahr erhöht werden.** 1979 betrug der allgemeine Pflegesatz noch 233,60 DM, inzwischen 250 DM, für die jetzige Erhöhung sind 270 DM im Gespräch. Im Pflegesatz sollen die Kosten für „alle unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Universitätskliniken medizinisch zweckmäßigen und ausreichenden Klinikleistungen" enthalten sein (Verwaltung der Kliniken, 1974). An den Unikliniken werden die laufenden Kosten nur knapp zur Hälfte durch den Pflegesatz abgedeckt, die andere Hälfte trägt das Land. Haushaltstechnisch lassen sich die Ausgaben für die Krankenversorgung und für die Forschung und Lehre nicht auseinanderhalten. Die jetzt geplante Erhöhung des Pflegesatzes von 12,7% gegenüber dem Vorjahr zeigt jedoch, daß ein größerer Teil der Kosten für Forschung und Lehre auf die Versicherten abgewälzt werden soll, da gleichzeitig Personaleinsparungen und Streichungen von teuren Medikamenten vorgenommen werden.

h.wal. **Medizinische Hochschule Hannover muß jetzt auch rückwirkend Tariflöhne für Extrawachen zahlen.** Nachdem mehrere Extrawachen Prozesse gegen die MHH gewonnen hatten, erklärte sich jetzt die MHH bereit, die Differenz zum Tariflohn rückwirkend nachzuzahlen, wenn nachgewiesen
erklärte sich jetzt die MHH bereit, die Differenz zum Tariflohn rückwirkend nachzuzahlen, wenn nachgewiesen
werden kann, daß die Extrawache Tätigkeiten ausgeübt hat, die Tätigkeiten einer Kr-Kraft entsprechen. Gleichzeitig wurde jedoch die Barauszahlung eines Abschlags (bisher 70% des Entgelts) wegen Personalmangel in der Zahlstelle eingestellt. Die Überweisungen nehmen Monate in Anspruch; manche Extrawachen haben ihren Lohn vom Januar noch nicht bekommen. Gegen diese Zustände wurde unter den Extrawachen eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Die Extrawachen fordern in einem Brief vom Kanzler der MHH, bis zum 27.8. definitiv zu erklären, wie er die pünktliche Auszahlung des Entgelts in Zukunft gewährleisten will.

b.edh. **Nachdem Stadtdirektor Lehmann-Grube massive Stellenstreichungen bei der Stadtverwaltung angekündigt hat** (s. KVZ Nr. 32, S.6), wurden in einer umfassenden Flugblattaktion „als beginnende Gegenwehr", so die ÖTV, die Beschäftigten darüber informiert. Jetzt wird in den Ämtern eine von der ÖTV initiierte Fragebogenaktion durchgeführt, die die tatsächliche Arbeitsbelastung in den verschiedenen Bereichen erfassen soll. Sie dient dazu, „über die bloße Abwehr von Stellenstreichungen hinauszugehen" (ÖTV). Darüber hinaus sollen Angaben erfaßt werden über die Verschlechterung kommunaler Leistungen, wie z.B. Wartezeiten oder Einstellung von Service-Leistungen. Die Ergebnisse sollen über Vertrauensleute-Infos allen Beschäftigten zur Kenntnis gebracht werden. Ebenso der Öffentlichkeit, so ist z.B. daran gedacht, an der Volkshochschule während der Einschreibungszeit Stände durchzuführen oder Informationen an Besucher der Krankenhäuser zu verteilen.

b.hob. **Kundgebungen und Veranstaltungen des DGB zum Antikriegstag.** Für Hannover ruft der DGB-Kreis zu einer Großveranstaltung mit Willy Brandt (SPD-Vorsitzender) am 31.8., 12 Uhr an der Ruine der Aegidienkirche auf. Geplant ist eine Gedenkkundgebung. Transparente u.ä. sind nach Auskunft verschiedener Funktionäre der ÖTV nicht erwünscht. Nach der Kundgebung ist eine Kranzniederlegung an der Kirchen-Ruine geplant. Am 1.9. finden an den hannoverschen Mahnmalen weitere Kranzniederlegungen gegen Krieg und Gewalt statt: an den KZ-Gedenksteinen Mühlenberg, Ahlem, Stöcken, der Gedenktafel am Lister Turm, am jüdischen Ehrenmal in der Roten Reihe und der Gedenkstätte für die Opfer des Bombenkrieges auf dem Seelhorster Friedhof sowie am Ehrenmal am Maschsee-Nordufer (Treffpunkt: 18 Uhr Gewerkschaftshaus). Am 31.8. um 10 Uhr wird in der Volkshochschule Hannover die Ausstellung von Frans Masereel „Über Krieg und Frieden" sowie die DGB-Ausstellung „Solidarität mit der Dritten Welt" eröffnet. Braunschweig, Göttingen und Hildesheim planen ebenfalls, zur Brandt-Großkundgebung nach Hannover zu kommen. In Soltau wird die ÖTV-Jugend einen Film zeigen. Celle und Umgebung fahren traditionell zum ehem. KZ Bergen-Belsen zu einer Gedenkkundgebung. In Bielefeld findet am 29.8.80 eine Veranstaltung der fünf ostwestfälischen DGB-Kreise zum Antikriegstag statt; Hauptredner: H. Richter, Vorstand der IG Metall, Abt. Jugend.

b.hok. **Dem Betriebsrat der Celler Maschinenfabrik ist es gelungen, eine 30%ige außertarifliche Mehrarbeitszulage durchzusetzen.** Der Manteltarifvertrag sichert den gewerblichen Arbeitern in Niedersachsen 25% für die ersten beiden Stunden und 40% für jede weitere Überstunde zu. Die Arbeiter erhalten jetzt 55 bzw. 70% Zuschlag. Aufgrund termindlicher Schwierigkeiten ist es den Schlossern bereits früher gelungen, Zuschläge verschiedenster Form durchzusetzen. Durch Engpässe in der Urlaubszeit und Überstundenverweigerung der Dreher konnte diese Gesamtvereinbarung durchgesetzt werden.

r.scm. **An der Integrierten Gesamtschule Wolfsburg wird versucht, Schüler als „Lehrerassistenten" einzuspannen.** Im Kursverzeichnis für das kommende Schulhalbjahr wird unter den Projekten, die auf die zu belegende Stundenzahl anrechenbar sind, ein Projekt „Schul-/Lehrerassistenz" angeboten für „Schüler, die bereit und fähig sind, Schulassistenzarbeiten wie Filmvorführungen, Sammlungsarbeiten (Biologie, Chemie, Physik) und Verwaltungstätigkeiten durchzuführen oder Lehrerassistenten zu werden (Unterrichtsvorbereitung, Medieneinsatz)".

b.grr. **Über 100 Resolutionen sind von Lehramtsanwärtern, Seminarkonferenzen, Fachleitern und GEW-Gruppen gegen die Entwürfe zur Neuordnung des Vorbereitungsdienstes an den KUMI in NRW geschickt worden.** Jetzt hat Kultusminister Girgensohn in den Ferien, am 1. Juli, eine neue Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der zweiten Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen (OVP) per Rechtsverordnung erlassen. Danach muß der Einstellungsantrag sechs Monate vor dem Einstellungstermin gestellt werden, was für Studenten, die im Herbst Examen machen, eine mehr als einjährige Arbeitslosigkeit bedeutet. Der Vorbereitungsdienst wird auf 24 Monate verlängert, „im zweiten Ausbildungsjahr kann ihm (dem Lehramtsanwärter) vom Schulleiter im Einvernehmen mit dem Leiter der Ausbildungsgruppe längerfristiger Vertretungsunterricht bis zu vier Wochenstunden als selbständiger Unterricht ... zur Deckung des Unterrichtsbedarfs übertragen werden" (§9). Vier Stunden wöchentlicher Vertretungsunterricht eines Referendars decken nach einer Planungsunterlage des Kultusministeriums vom Januar 1979 2000 Planstellen ab. Neben der bisherigen Hausarbeit wird eine zweite schriftliche Arbeit verlangt. Der Prüfungsausschuß wird um einen „Fachleiter, ... der nicht an der Ausbildung beteiligt war", erweitert (§16). Die Prüfungsleistungen werden zu Gesamtbe-

CDU/SPD/FDP: Herz für Kinder? Kapitalistische Zerstörung der Familie

r.wom. Welche Regierung, welche Partei will sich schon nachsagen lassen, sie hätte kein Herz für die Familie, kein Herz für Kinder? Also wird was getan. Von der beschlossenen Steuer- und Kindergeldreform haben hauptsächlich Familien mit mehreren Kindern und die Besserverdienenden einen Vorteil. Wer nur ein Kind hat, ist selber Schuld. Wer dagegen einwendet, daß man sich bei niedrigen Löhnen, Schichtarbeit, fehlenden Krippenplätzen und kleinen teueren Wohnungen Kinder kaum leisten kann, dem antwortet die CDU: Umdenken, Opferbereitschaft. Ernst Albrecht hat ja auch fünf Kinder. Außerdem gibt es ja auch noch staatliche Hilfen: Die Landesregierung Schleswig-Holstein zahlt jungen Familien ein Darlehn; wer genug Geld zum Hausbau hat, bekommt von der niedersächsischen Landesregierung aus Steuermitteln noch was dazu; beide Regierungen versprechen ein Erziehungsgeld. Das alles aus den Steuern der Lohnabhängigen. Ob und wieviel Kinder man sich leisten kann, ist im Kapitalismus hauptsächlich eine Frage des Geldes. Denn die kapitalistische Produktionsweise hat das Lebensniveau der Massen untergraben. Eine erhebliche Erhöhung des Kindergelds und seine Zahlung durch die Kapitalisten, außerdem die Einrichtung von Kinderkrippen – das kann den Druck auf die Arbeiter- und Angestelltenhaushalte etwas mildern.

Die CDU verspricht: "Wir fördern die Familie, das Fundament der freien, menschlichen Gesellschaft"



Der liebe Gott ist kein Sozialist, denn er hat die Menschen ungleich geschaffen
(Franz Josef Strauß, CSU-Parteitag, 17.6.1978)

Mehr Familienförderung verspricht die CDU:

> **CDU** Nach unserem Verständnis von Mensch, Gesellschaft und Staat hat die Familie eine überragende Stellung. Deshalb hat das Grundgesetz Ehe und Familie, die für uns nicht Leistungseinheit und Zufallsgemeinschaft sind, unter den besonderen Schutz des Staates gestellt ... Eine Politik, die jetzt an der Familie spart, wird uns alle teuer zu stehen kommen ... Wir werden ein umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens verwirklichen. *(Wahlprogramm)*

In echt christlicher Nächstenliebe liegen der CDU gerade die Familien am Herzen, wo die Frau nicht mitarbeiten muß und das Geld für zahlreiche Kinder reicht. Gottes Strafgericht in Form des § 218 soll alle die treffen, die aus Not zur Abtreibung gezwungen sind.

Für die Gleichberechtigung der Frau macht sich die SPD stark:

> **SPD** Die Gleichberechtigung der Frauen muß verwirklicht werden ... Das Arbeitsschutzrecht muß mit dem Ziel überprüft werden, wünschenswerten Schutz auf alle Arbeitnehmer auszudehnen, aber Bestimmungen abzuschaffen, die die Frauen lediglich benachteiligen. *(Wahlprogramm)*

Unter der Fahne der Gleichberechtigung arbeiten alle bürgerlichen Parteien an der Abschaffung des Nachtarbeitsverbots für Frauen. Auch ein Beitrag zur Förderung der Familien.

Für ein modernes Familienleben tritt die FDP ein:

> **F.D.P.** Staatliche soziale Sicherung, Emanzipation, Selbstentfaltung und auch die herrschenden Arbeits- und Ausbildungsbedingungen lassen sich nicht immer mit einem Familienleben nach traditionellem Verständnis verbinden ... Liberale sind tolerant *(Wahlprogramm)*

In welchen Einkommensklassen das „traditionelle Familienleben" weiter gepflegt wird, davon vermittelt unsere Zeichnung einen Eindruck.

Erhöhung des Kindergelds und Kindertagesstätten sind notwendig

Erhöhung des Kindergelds und Kindertagesstätten sind notwendig

r.geu. 400 DM Erziehungsgeld – ein angenehmes Zubrot für alle Familien, wo der Mann genug verdient, um die Familie zu ernähren. Nicht anders bei den Forderungen der CDU, 500 DM Mutterschaftsgeld auch an die Frauen zu zahlen, die vorher nicht gearbeitet haben, oder der Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen, die um so mehr Steuern sparen, je mehr man verdient.

Was aber ist mit der Masse der Frauen? Bis 630 DM brutto bringt es eine Aufbesserung des Haushaltseinkommens. Allerdings haben einen solchen Lohn nur wenige Teilzeitarbeiterinnen,

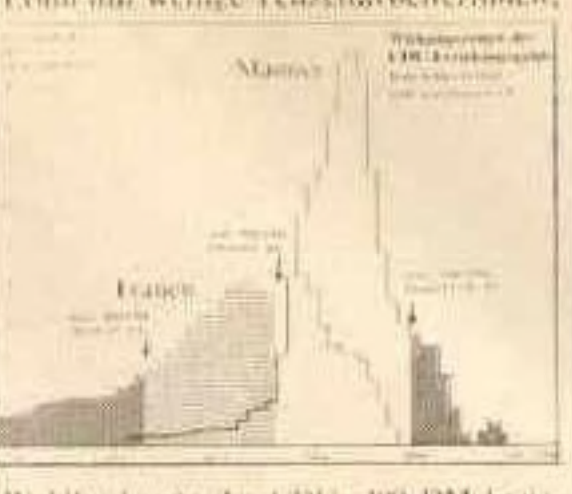
Anteil der erwerbstätigen Frauen ... an der Gesamtzahl der Frauen ...

mit Kindern unter 15 Jahren

mit Kindern unter 6 Jahren

% der Kinder mit Krippenplatz

1968 70 72 74 76 78



Wahlforderung der CDU: 400 DM Erziehungsgeld bis zum Ende des 3. Lebensjahres für alle in der Zeit nicht arbeitenden Frauen im Anschluß an das von der SPD eingeführte Mutterschaftsgeld, das bis zu 750 DM in den ersten 6 Monate beträgt.

meist entsteht er durch z.B. Ferienarbeit. Im folgenden Bereich ist das Er-
meist entsteht er durch z.B. Ferienarbeit. Im folgenden Bereich ist das Er-
ziehungsgeld finanziell „günstiger", wenn der Nettolohn minus zumindest der Kosten für die Kinderunterbringung (Tagesmütter kosten 300 bis 600 DM) höher als 400 DM ist. Aber selbst dann fehlen jetzt 300, 400 oder 500 in der Haushaltskasse. Ohne Zwang zur Aufgabe der Arbeit, also faktisch als Erhöhung des Kindergelds, wäre es ein diskutierenswerter Vorschlag (und käme dem Staat auch billiger). So aber nicht die Absicht. Soll doch mit Mutterschafts- und Erziehungsgeld die Lohnarbeit der Frau gerade durch „Erleichterungen" in den ersten Lebensjahren der Kinder als Normalzustand abgesichert werden – unter Beibehaltung der Familie als verantwortlich für die Reproduktion. Kein Wunder, daß nicht mal für jedes 100. Kind ein Krippenplatz zur Verfügung steht. Für Familien, die finanziell auf die Mitarbeit der Frau angewiesen sind, löst das Erziehungsgeld kein Problem. Eine Erhöhung des Kindergelds und ausreichende, kostenlose und gute Kinderkrippen sind notwendig.



r.had. Riesige Produktionsanlagen werden von immer weniger Beschäftigten in Gang gesetzt. Von 1978 auf 79 wurde die Beschäftigtenzahl in der Chemieindustrie um 1,2% gesenkt, seit 1974 um 47000. 1979 betrug die Zahl der Beschäftigten gerade noch 557000, davon knapp über 50% bei BASF, Hoechst und Bayer.

Fehlzeitenerfassung: Verschärfte Kontrolle und Disziplinierung

r.cos. Unter dem Titel „Fehlzeiten" hat der Arbeitgeberverband Nordwestdeutscher Zement- und Kalkwerke e.V. im November 1979 ein Papier herausgegeben und an seine Mitgliedsfirmen versandt, in dem er auf rund 20 Seiten Ratschläge und Empfehlungen zum Abbau dieses „Stör- und Kostenfaktors ersten Ranges" gibt.

Das Papier behandelt zum einen die

faktors ersten Ranges" gibt.

Das Papier behandelt zum einen die allgemeine Reduzierung der Fehlzeiten durch verschärfte Kontrolle und Disziplinierung der Arbeiter und Angestellten, zum anderen die Durchsetzung von Kündigungen bei häufiger und längerer Fehlzeit durch Krankheit. Durch differenzierte Erfassung von Arbeits- und Fehlzeiten, im Angestelltenbereich unterstützt durch die Einführung gleitender Arbeitszeit mit gleichzeitiger Arbeitszeitkontrolle, sollen über längere Zeiträume Statistiken erstellt werden, die Aufschluß darüber geben, wer in welchen Bereichen wie lange und warum gefehlt hat. In Betrieben mit hochentwickelten EDV-Anlagen geht das soweit, daß bei einer bestimmten Anhäufung von Fehlzeiten dem Arbeiter oder Angestellten durch den Computer automatisch die Kündigung oder schematisierte Formbriefe in abgestufter Schärfe zugestellt werden. Über zusätzliche Bespitzelung durch Hausbesuche und die Erhebung von Zweifeln an ärztlichen Attesten unter Einschaltung von „Vertrauensärzten" sollen „Bummelanten" und „Blaumacher" aufgespürt werden.

Kommt es zu Fehlzeitenkündigungen werden die erstellten Statistiken in Arbeitsgerichtsprozessen als „Beweismittel" verwandt, aus denen abgeleitet werden kann, daß der Arbeiter oder Angestellte auch zukünftig in der Produktion nicht uneingeschränkt eingesetzt werden kann. Das gleiche gilt für den Fall von Änderungskündigungen, bei denen der Kapitalist Versetzungsanträge mit Hilfe der Fehlzeitenstatistik begründet und „Leistungsminderung" nachweist.

Den Kapitalisten geht es also nicht nur einfach um die Reduzierung von Fehlzeiten zur Erreichung eines lückenlos erbrachten Arbeitstages, sondern auch um die Beseitigung von Schutzrechten, die sich Arbeiter und Angestellte für den Krankheitsfall erkämpft haben.

In ihrer Stellungnahme führt die Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik dazu aus: „... Wenn es den Unternehmens- und Firmenleitungen

Unternehmens- und Firmenleitungen gelingt, ihre Reduzierungsstrategie ohne nennenswerten Widerstand durchzuführen, wird dies in den Betrieben zu noch mehr Leistungsverdichtung, verdünnten Belegschaften, olympiareifen Mannschaften und größerer Angst vor Disziplinierung bzw. Entlassung führen. Diese Unternehmerabsichten stehen im krassen Gegensatz zu den Bedürfnissen des arbeitenden Menschen ..." Die Gewerkschaft fordert dazu auf, in den Vertrauenskörperleitungen das Thema Fehlzeiten und Fehlzeitenkontrolle zu beraten und in Betriebsversammlungen diese Punkte auf die Tagesordnung zu setzen.

Ausdrücklich weist die IG Chemie, Papier, Keramik darauf hin, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Produktionsbedingungen und Fehlzeiten besteht. Sie bekräftigt daher die Notwendigkeit, daß durch Vertrauensleute und Betriebsräte Forderungen entwickelt werden, die auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gerichtet sind. Dabei soll es nicht nur um die Gestaltung der Arbeitsplätze, sondern auch um Arbeitsintensität und die damit verbundene Einstellung von mehr Arbeitskräften gehen. Die Ausarbeitung einer Betriebsvereinbarung, die die Nachweispflicht bei Fehlzeiten konkretisiert, ist anzustreben.

Als weiteres Ziel hat sich die Gewerkschaft die Veränderung des Kündigungsschutzgesetzes vorgenommen bzw. tarifvertragliche Regelungen, nach denen eine Kündigung aus Krankheitsgründen nicht durchsetzbar ist. Verschiedene Urteile aus Arbeitsgerichtsprozessen sind bekannt, in denen Kündigungen wegen krankheitsbedingter Fehlzeiten zurückgeschlagen werden konnten.

Salzgitter: Krankenhauskost – abwechslungsreich?

b.crs. „Hotelkost gibt es zwar nicht, aber wer einmal in die Verlegenheit kommen sollte, im Städtischen Krankenhaus in Salzgitter-Bad oder Lebenstedt versorgt werden zu müssen, wird feststellen, daß dem Patienten ein umfangreiches und schmackhaftes Speiseangebot offeriert wird. Eintönige Krankenhauskost gehört der Vergangenheit an: die Versorgung der Patienten kann sich sehen lassen, obwohl der Anteil des Pflegesatzes nur rund sechs Mark beträgt" (Salzgitter-Zeitung vom 8.8.80). Ein solcher Artikel war lange fällig, wo doch in der Stadt die Eintönigkeit des Essens in den Krankenhäusern und seine schlechte Qualität Stadtgespräch ist. Die jungen Patienten z.B. auf Chirurgie, die dort mit Knochenbrüchen u.ä. liegen, werden nicht satt, für ältere, z.B. herz- oder zuckerkranke Patienten ist das Essen zu schwer, enthält zu wenig Anreiz, daß sie wenigstens ein bißchen essen.

Über den Speiseplan sagt die Salzgitter-Zeitung: „... den Patienten (wurden) täglich drei Haupt- und zwei Zwischenmahlzeiten serviert." Sehen wir uns die Speisepläne an: Das Frühstück besteht aus einem Brötchen und einer Scheibe Graubrot, dazu billigste Marmeladendöschen, Streichkäse, eine Scheibe Wurst, Zweimal in der Woche ein Ei, dünner Bohnenkaffee. Für die Schwerkranken Milchsuppe bzw. Haferschleim. Die „Zwischenmahlzeit": ein Glas Milch oder Dickmilch. Tag für Tag dasselbe. Der Speiseplan für mittags: Montags Suppe, Gulasch oder Hackbraten in irgendeiner Form – bei Diätkost gedünstet –, z.B. Möhrengemüse, Pudding oder Eingemachtes; dienstags vielleicht ein kleines Kotelett oder Rippenbraten, Gemüse, Pudding oder Obst. Mittwoch etwas Eintopfähnliches, donnerstags z.B. Eierspeisen, freitags Brat- oder Kochfisch, samstags Linsen-, Erbsen-, Bohnen-Eintopf, für die Diät Gemüseeintopf „quer durch die Wochenküche", sonntags Braten. Das Ganze im wöchentlichen Rhythmus. Zum Nachmittagskaffee: Muckefuck und ein bißchen Kuchen, abends zwei Scheiben Graubrot, Butter, Scheibenkäse und Bierschinken, Rotwurst, Vorderschinken oder billige Wurstdöschen. Für die Schwerkranken Milchsuppe und Haferschleim. Für die Diabetiker (Zuckerkranken) zur Nacht die zweite Zwischenmahlzeit – ein bißchen Eingemachtes, vielleicht einmal ein Stück frisches Obst „entsprechend der Jahreszeit".

Die Diätküche zeichnet sich dadurch aus, daß bei „salzarmer Kost" eben kein Salz ans Essen getan wird, bei „fettarm" das Fett weggelassen wird usw. Das liegt wirklich nicht an den Beschäftigten in den Küchen, die sich noch viel Mühe geben, mit den 6 Mark, die pro Tag für die Ernährung der Patienten veranschlagt werden, ein bißchen Abwechslung in die Eintönigkeit zu bringen. Nach unserer Kenntnis sind seit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz und dem Kostendämpfungsgesetz, beide aus dem Hause des Ministers Ehrenberg, die Aufwendungen für die Ernährung im Pflegesatz der Krankenhäuser nicht mehr erhöht worden, was bei den Preissteigerungen für Lebensmittel geradezu zwangsläufig zu einer Verschlechterung des Essens führen muß.

Das ist von erheblicher medizinischer Bedeutung. Nehmen wir als Beispiel die Behandlung des Bluthochdruckes. Bei manchen Formen dieser Erkrankung reicht schon die Einhaltung einer Diät, um die Blutdruckwerte zu normalisieren und die Folgeschäden dieser Erkrankung, wie Erkrankung der Herzkranzgefäße, Erkrankung der Nieren zu verhindern, sowie um die dauernde Einnahme blutdrucksenkender Medikamente, die ja auch erhebliche Nebenwirkungen haben können, herumzukommen. Dazu ist wesentlich eine salzarme Ernährung, die viel hochwertiges tierisches Eiweiß enthält und z.B. wenig versteckte Fette – wie die billige Wurst. Die Einleitung einer solchen Behandlung im Krankenhaus ist unumgänglich, damit die Auswirkungen, ob wirklich eine ausreichende Blutdrucksenkung erreicht werden kann, ständig kontrolliert werden können. Mit 6 Mark pro Tag ist eine solche Kost nicht zu bestreiten, und die salzarme Diät, die zur Verfügung steht, ist nicht dazu angetan, einen solchen Therapieerfolg herbeizuführen.

Referentenentwurf zur Änderung des NHG vorgelegt

b.hem. Anfang August ist der Referentenentwurf, Zweites Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes, vom Wissenschaftsministerium verschickt worden. Das Änderungsgesetz „zieht in erster Linie Konsequenzen aus der Änderung der Vorschriften des Hochschulrahmengesetzes" (HRG), die am 12. März 1980 in Kraft getreten sind. Den Referentenentwurf haben u. a. die Landeshochschulkonferenz, die Kirchen, Gewerkschaften und die Studentenwerke erhalten. Stellungnahmen sind bis zum 31.10.1980 abzugeben. Ein weiteres Anhörungsverfahren ist aus „Termingründen" nicht vorgesehen.

Der Referentenentwurf befaßt sich unter anderem mit folgenden Schwerpunkten:

1. Streichung der Regelstudienzeit und Ersatz durch einen „inneren NC",
2. Regelung von Studentenschafts- und Studentenwerksbeiträgen,
3. Organisation der Studentenwerke.

Zu 1: Entsprechend der Änderung des HRG vom März 1980 ist die Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation gestrichen. In der Begründung zum Referentenentwurf heißt es: „Das Erlöschen der Rechte aus der Immatrikulation bei Überschreiten der Prüfungsfristen soll entfallen. Es wird jedoch – gewissermaßen als flankierende Maßnahme – eine gesetzliche Regelung des inneren Numerus Clausus (§ 17a) für erforderlich gehalten." Im § 17a wird festgelegt: „Besuch von Lehrveranstaltungen mit beschränkter Teilnehmerzahl. Zu Lehrveranstaltungen mit beschränkter Teilnehmerzahl ... sind vorrangig solche Studenten zuzulassen, die innerhalb ihres Studiengangs diese Lehrveranstaltungen besuchen müssen, um sich zu einer Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung melden oder eine andere Lehrveranstaltung besuchen zu können, die für die Meldung zu einer derartigen Prüfung erforderlich ist. Dabei haben diejenigen Studenten den Vorrang, die sich im höchsten Fachsemester befinden und nachweisen, daß sie ordnungsgemäß studiert oder eine Verzögerung ihres Studiums nicht zu vertreten haben. Die Studienordnung kann nähere Regelungen über das Auswahlverfahren treffen."

Zu 2: In den letzten Semestern sind die Studentenwerksbeiträge an mehreren Hochschulen boykottiert worden. Eine Rückmeldung konnte den Studenten deshalb nicht verweigert werden, erst in dem darauf folgenden Semester wurde dies möglich. Weiteren Boykottmaßnahmen will der Minister jetzt vorbeugen. Begründung zur Änderung des § 53: „... die bisher vorgesehene Regelung, daß der Nachweis der Erfüllung der Beitragspflicht für das vergangene Semester erfolgen kann, hat zu Einnahmeverlusten bzw. zu Schwierigkeiten bei der Einziehung der Beiträge an den Hochschulen geführt. Der Nachweis der Erfüllung der Beitragspflicht soll deshalb bereits für das laufende Semester zum Zeitpunkt der Immatrikulation bzw. der Rückmeldung angeordnet werden können ..."

Zu 3: Die Organisation der Studentenwerke soll zukünftig nicht mehr durch besondere gesetzliche Vorschriften geregelt werden, sondern einheitlich im NHG festgelegt sein. Der Entwurf sieht drei Organe des Studentenwerks vor: Verwaltungsrat, Vorstand und Geschäftsführung. Geändert worden ist danach z. B. die Zusammensetzung des Vorstands. Bisher bestand er aus drei Studenten, drei nichtstudentischen Hochschulmitgliedern und dem Geschäftsführer mit beratender Stimme. Jetzt ist der Vorstand um einen Studentenvertreter reduziert worden, was es dem Ministerium erleichtern soll, seine Maßnahmen über die Studentenwerke durchzusetzen. Bisher konnten aufgrund von Pattsituationen des öfteren z. B. keine Mieterhöhungen in den Wohnheimen beschlossen werden.

Eine weitere Änderung beinhaltet, daß die studentischen Vertreter im Verwaltungsrat (bisher Beirat) nicht mehr vom AStA benannt werden, sondern von den studentischen Vertretern im Konzil gewählt werden.

In dem Verwaltungsrat sind außerdem zwei Vertreter des „öffentlichen Lebens" vertreten, die laut Begründung „den Sachverstand und die Erfahrungen außerhalb der Hochschule tätiger Fachleute in die Beratung der Organe einbringen sollen, um so „die enge Verzahnung der Hochschule mit Verwaltung und Wirtschaft der umliegenden Region zu dokumentieren."

---

wertungen zusammengefaßt und auf zwei Dezimalstellen berechnet: 4,01 heißt: durchgefallen.

r.gut. **Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamburg zur tariflichen Bezahlung bei verkürzter Ausbildung.** Das Gericht entschied, daß bei Verkürzung der Ausbildung auf zwei Jahre, nicht wie bisher tariflich in das II. und III. Lehrjahr eingestuft wird, sondern in das I. und II. Lehrjahr. Wo dies tarifvertraglich nicht anders geregelt war, galt bislang die Gewerbeordnung, die vorschrieb, daß bei Verkürzung der Ausbildung auf 2 Jahre wie im II. und III. Lehrjahr bezahlt werden muß. Der entsprechende Paragraf ist vor einiger Zeit gestrichen worden und die Kapitalisten sind dazu übergegangen, in das I. und II. Lehrjahr einzustufen. Dagegen richtete sich eine Klage des DGB vor dem Arbeitsgericht Hamburg. In der I. und II. Instanz wurde die Klage des DGB abgewiesen. Das Urteil sichert die Kapitalisten vor allem im Versicherungs- und Bankenbereich ab, mit der tariflichen Abstufung fortzufahren. Die Bankkapitalisten bilden zur Zeit in der BRD 19000 Lehrlinge aus. Ca. 50% davon sind Abiturienten, die eine verkürzte Ausbildung machen. Die Ausbildungsvergütung beträgt jetzt 680 DM bzw. 755 DM und nicht wie bisher 755 und 840 DM. Das bedeutet bei einer zweijährigen verkürzten Ausbildung ein Minus von 1920 DM. Die Bankkapitalisten machen also einen guten Schnitt dabei. Der DGB wird gegen das Urteil vor dem Bundesarbeitsgericht Berufung einlegen.

b.thf. **800 Jugendliche waren in Bünde bei einer Aufführung des Theaterstückes „was heißt denn hier Liebe".** Die Stadt hatte das Stück auf Einspruch der Stadtkirchenvertretung erst abgesetzt. Die Jugendzentrum-Vollversammlung war gegen diese Bevormundung. Durch das Gedränge in der Schulaula soll jetzt eventuell ein neuer Anstrich notwendig geworden sein; als Mitveranstalter soll die Jugendzentrums-Initiative zahlen.

r.scm. **Die Bremerhavener Werften Schichau-Unterweser und Rickmers führen Fusionsverhandlungen.** 1978 hatte die Schichau-Unterweser AG bereits einen Verlust von über 10 Mio. Mark verbuchen müssen, der von der Dock- und Schiffahrtsgesellschaft Kaiserhafen & Co. und der Bremer Landesregierung durch Kapitalbeteiligungen aufgefangen wurde. 1979 stammte 1 Mio. von 4,2 Mio. Verlust aus der verlustreichen Beteiligung an der Schiffahrt Joachim Drescher KG, die Schichau jetzt wieder abstoßen möchte. Um die Fusion mit Rickmers zu unterstützen, will sich der Senat jetzt auch an der Rickmers Werft beteiligen. Mit der Zusammenlegung wollen die Kapitalisten vor allem den Spezialschiffbau erweitern. Verstärkung des Spezialschiffbaus, von strategischer Bedeutung für Krieg und Handelskrieg, ist ein wesentliches Ziel der „Umstrukturierung" der westdeutschen Werftindustrie. Daraus erklärt sich das besondere Interesse der norddeutschen Landesregierungen an diesen Maßnahmen.

b.wop. **Nach einem Autounfall von J. Plambeck und W. Beer ist der Terrorismus wieder aktuell.** Am 4.8. geht BKA-Chef Herold der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" zufolge davon aus, daß die gesuchten RAF-Mitglieder sich wieder im Ausland aufhalten. Eine Woche später ruft die Polizei in Hannover zur „Unterstützung bei der Terroristenfahndung" auf, nachem am 6.8. in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" vermeldet wurde, eine „neue Terroristengruppe" habe die „Bremer Krawalle" gesteuert. Wonach schnüffelt die Polizei in Hannover tatsächlich herum? Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen für das NATO-Manöver „Crusader" im Raum Hannover, Hameln, Hildesheim. Am 25.7. hat in Hannover ein regionales Treffen von 18 Gruppen gegen die NATO-Herbstmanöver stattgefunden. Die westdeutsche Bourgeoisie rechnet offensichtlich mit weiterem starken Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen, der sich ja nicht nur in Bremen gezeigt hat. Deswegen wird der Polizeiapparat in Bewegung gesetzt, und Einschüchterungsversuche werden gestartet und nicht wegen einer plötzlich auftauchenden „neuen Terroristengruppe".

Veranstaltungen

Veranstaltungen im Rahmen des revolutionären Volksbildungsprogramms des KBW und der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten (Auszüge)

Montag, 25.8. bis Freitag, 29.8.80

Schulung: Lenin, der „linke" Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus
Paderborn, Gaststätte „Rolandseck", Rolandsweg, jeweils 19.30 Uhr



Quellenheft: Zur Geschichte der Textilproduktion in Westfalen und im Emsland, für 1,50 DM zu beziehen über Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover 1

Beilagenhinweis
Einem Teil der Auflage liegt der Spezialnachrichtendienst bei.

Wahlkampf der bürgerlichen Parteien gegen den Kampf der Bauern

h.mas. Der erfolgreiche Kampf der Isselhorster Bauern gegen die Flurbereinigung, letztlich unter Ausnutzung des Landtagswahlkampfes Anfang dieses Jahres, ist für die bürgerlichen Politikern offensichtlich ein Problem. Im Bundestagswahlkampf werden daher immer noch Rundreisen um Flurbereinigungsgebiete im Wahlkreis, insbesondere in Isselhorst, durchgeführt. Kern dabei ist, die im Landtagswahlkampf abgetrotzte Zusage der SPD, die Flurbereinigung in Isselhorst einzustellen und das Flurbereinigungsgesetz in Richtung Demokratie zu ändern. O. Hennig, CDU tritt dabei für mehr Flexibilität und damit für die Vergrößerung der Möglichkeit ein, die Verfahrensgebiete zu verkleinern. Es muß hierbei daran erinnert werden, daß eines der Probleme des Staates bei der Flurbereinigung in Isselhorst darin bestand, das Gebiet nicht mehr verkleinern zu können. In den 70er Jahren wurde das Gebiet von ursprünglich 4000 ha auf 2048 ha verkleinert, um die Interessengemeinschaft der Bauern aus dem Verfahren auszuklammern, den Kampf der Bauern zu spalten; eine weitere Verkleinerung läßt das Flurbereinigungsgesetz nicht zu.

Auf der anderen Seite tritt die SPD-Bundestagskandidatin K. Fuchs für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der betroffenen Bauern ein. Wie das auszusehen habe läßt sie völlig offen. Die Zusage der SPD, die Flurbereinigung in Isselhorst einzustellen, läßt sie dabei unter den Tisch fallen. Vielmehr propagiert sie eine nicht existierende Kluft zwischen Parlament und dem Staat und hält an der von den Bauern als Diktatur-Instrument bezeichneten Flurbereinigung fest.

Die Interessengemeinschaft der Bauern kritisiert beide Angriffe der bürgerlichen Parteien und greift die Verfahren als „Resultate der chaotischen EG-Agrarpolitik" an.



CDU-MdB O. Henning, z.Zt. auf Planwagenfahrt durch den Kreis Gütersloh. Bürgernähe zeigte der Sprecher der Vertriebenen insbesondere als Attraktion auf Schützenfesten.

Ferienarbeit ausländischer Studenten – Ein billiges Heer rechtloser Arbeiter

h.ech. 3089 ausländische Studenten

beitserlaubnis, die das Ordnungsamt

h.ech. 3089 ausländische Studenten
beitserlaubnis, die das Ordnungsamt

studieren im Sommersemester 78 in Niedersachsen, 990 sind es im letzten Semester in Göttingen gewesen. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen kommt aus Ländern der Dritten Welt, davon die meisten aus dem Iran, der Türkei, aus Griechenland und Indonesien. Entsprechend dem Streben ihrer Heimatländer nach Entwicklung der eigenen Wirtschaft und Aufbau des Landes studieren die meisten von ihnen Ingenieur- oder Naturwissenschaften oder Medizin.

Die Länder der Dritten Welt sind nur zu geringen Teilen in der Lage, diesen Studenten das Studium zu finanzieren. Teilweise bestehen Vereinbarungen mit der Bundesregierung über die Förderung ausländischer Studenten. Diese wird über den Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) abgewickelt. Es trifft dies aber nur für einen kleinen Teil der Studenten zu; bei den afrikanischen Studenten ist es ca. ein Drittel, von den sieben pakistanischen Studenten in Göttingen haben drei jemals Geld vom DAAD bekommen. Es sind dies gegenwärtig 870 DM im Monat. Die Stipendien sind befristet und es müssen jährlich Gutachten von Professoren eingereicht werden. Zumeist muß in den ersten Semestern Geld angespart werden, um das Studium beenden zu können. Die überwiegende Mehrheit lebt von dem Geld, das sie selbst verdient. Um in Westdeutschland arbeiten zu dürfen, bedürfen sie einer Arbeitserlaubnis, die das Ordnungsamt für die Erwerbstätigkeit in den Semesterferien erteilt. Es ist ihnen aber auch dann nur erlaubt, bis zu zwei Monate pro Semesterferien zu arbeiten. Um während der Vorlesungszeit zu arbeiten, ist eine Arbeitserlaubnis des Arbeitsamtes notwendig, die nur erteilt wird, wenn durch die Tätigkeit „das Studium nicht beeinträchtigt wird". Dies wird bis zu einer Arbeitszeit von drei Stunden täglich angenommen. Außerdem wird geprüft, ob nicht genügend deutsche Stellenbewerber da sind.

Die beschränkte Arbeitsberechtigung zwingt, innerhalb dieser Zeit die schärfste Vernutzung der Arbeitskraft zuzulassen, um genug Geld für das ganze Semester zu verdienen. Von Göttingen gehen viele ausländische Studenten nach Kassel, Wolfsburg oder Hannover, aber auch Stuttgart, um dort vor allem in der Autoindustrie bei Nacht- und Schichtarbeit von über acht Stunden zu arbeiten. Die ausländischen Studenten erhalten dort die körperlich anstrengendsten Arbeiten und werden am schlechtesten eingestuft. Auch Bosch in Hildesheim ist dafür bekannt. Gleichzeitig wissen einige Kapitalisten dies zu nutzen, um sich billigste Arbeitskräfte zu beschaffen, indem sie diese schwarz einstellen. Gerade im Gaststättengewerbe, Spielhallen und Einzelhandel ist dies teilweise verbreitet. So zahlt ein Spielhallenbesitzer in Göttingen 60 DM für 10 Stunden Arbeit.

IGM-Ortsfrauenausschuß Seesen gegen „Blaue Briefe" und Teilzeitarbeit

h.rak. In der zweiten Augustwoche tagte der Seesener Ortsfrauenausschuß der IG Metall unter Beteiligung des Vorstandsmitgliedes der IG Metall Ursula Ibler, sowie des I. Bevollmächtigten der IG Metall im Landkreis Goslar, Karl-Heinz Friederich. Auf der Sitzung wurden schwere Vorwürfe gegen eine „metallverarbeitende Firma in Seesen" (also entweder das Zweigwerk von Schmalbach Lubeca in Seesen oder die Firma „Fritz Züchner Seesen", beides Betriebe der Feinstblechverpackungsindustrie mit über 1000 Beschäftigten) und gegen „einen Betrieb in Gittelde" (also höchstwahrscheinlich das Zweigwerk der Firma „fuba, Hans Kolbe & Co.") erhoben. Die Betriebsführungen haben sogenannte „blaue Briefe" an krankgeschriebene Beschäftigte geschickt, in denen diese aufgefordert wurden, sich bei den Geschäftsleitungen zu melden. Den Beschäftigten wurden Fragen gestellt, ob sie auch „in Zukunft krank sein werden"! Es wurde gefordert, die Ursachen für die Krankheiten zu beseitigen, was nichts anderes heißen könne, als die Mißstände in den Betrieben, die zu den Krankheiten führten, abzuschaffen.

Ein weiteres Thema des Ortsfrauenausschusses war die hohe Frauenarbeitslosigkeit im Landkreis Goslar. Der Anteil der Frauen an der Gesamtarbeitslosigkeit beträgt 58%. Überdurchschnittlich viele Frauen sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer lag am 30.6.78 im Landkreis Goslar mit 41,7% um 4,2% über dem Landesdurchschnitt und ihr Anteil im verarbeitenden Gewerbe mit 30,3% um 3,6%. Angegriffen wurde, daß oft Frauen die ersten sind, die auf die Straße gesetzt werden. Zwar würden des öfteren kurz danach Frauen als Teilzeitarbeitskräfte mit Zeitverträgen eingestellt, dadurch sei den Frauen aber nicht geholfen, weil diese Vollzeitarbeitsplätze suchen.

Kritik übten die Gewerkschaftsvertreter an den befristeten Teilzeitarbeitsverträgen. Vollzeitbeschäftigte verlören auf diese Weise ihren Arbeitsplatz, die Teilzeitkräfte dienten dem Betrieb als „Konjunkturpuffer". Durch Teilzeitkräfte erreiche der Betrieb Produktionssteigerungen, weil diese Frauen in vier Std. mehr leisteten als ihre Kolleginnen in acht und auch noch Schichtdienst zu versehen hätten.

Abschließend sprach sich der Ortsfrauenausschuß gegen Nachtarbeit aus. Diese müsse ein Einzelfall bleiben, da sie für Frauen als auch für Männer gesundheitsschädlich und familienzerstörend sei.

„...für so 'ne Schiete, so viel Miete..."

Mieter sollen doppelt und dreifach zahlen für Bruchbuden

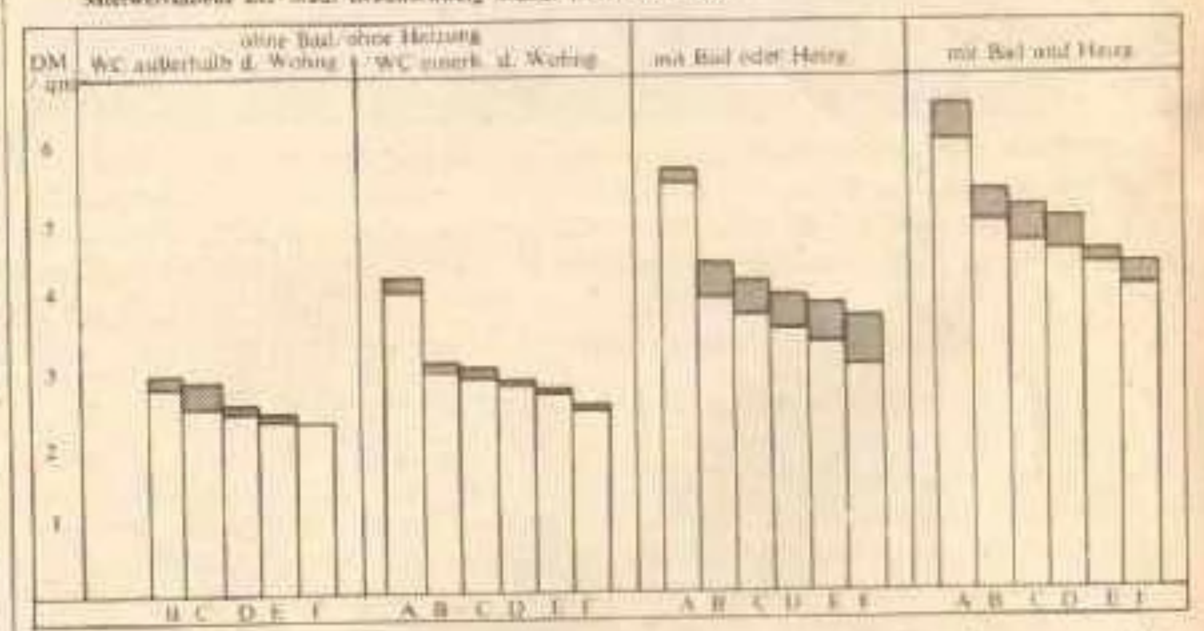
b.asd. Obiges Zitat stammt aus einem Gedicht einer Rentnerin auf die Nibelungenwohnbaugesellschaft Braunschweig. Die Rentnerin wohnt mit ihrem Mann in einer 40 m² Wohnung der Niwo, für die sie bisher 100 DM Kaltmiete zahlt. Jetzt soll die Wohnung modernisiert werden, danach soll diese Wohnung 260 DM Kaltmiete kosten. Mit Strom, Gas und Wasser sind das ca. 400 DM für diesen Ausgabeposten bei 950 DM Rente. Damit würde der Quadratmeterpreis von 6,50 sogar weit über dem ausgewiesenen Wert der Mietwerttabelle liegen. Besonders dreist ist demgegenüber die Behauptung von Geschäftsführer Halbes: „Bis zur Mietobergrenze dürfen wir wegen der Gemeinnützigkeit (der Niwo) sowieso nicht gehen" (BZ 26.7.). Zu den Mieterhöhungen auf die Modernisierungsmaßnahmen hat sich die Niwo neben den Landeszuschüssen auch noch Renovierungskosten bis zu 1000 DM von vorher ausgezogenen Mietern zahlen lassen.

Im Bebelhof sollen die Wohnungen der Niwo ohne geplante Modernisierungsmaßnahmen zum Teil über 50% erhöht werden. Als Begründung hierfür dient, daß jahrelang nicht erhöht worden sei. Eine Hausbewohnerin berichtete, daß die Miete in den letzten Jahren von 198 DM auf 270 DM erhöht wurde, ab 1. November soll sie jetzt 318 DM zahlen, eine andere Bewohnerin hat in diesem Jahr schon zweimal eine Erhöhung von jeweils 15 DM hinnehmen müssen, ab 1.11. soll sie nochmals 32 DM mehr zahlen.

zweimal eine Erhöhung von jeweils 15

„Ich habe der Niwobau mitgeteilt, daß ich so einer Mieterhöhung nicht zustimmen kann ... die Fensterrahmen sind so morsch, daß weder Kitt noch Farbe darauf haftet. Wenn die Mieter nicht immer wieder Eigenleistungen erbracht hätten, wären die Wohnungen längst auf das Niveau von Bruchbuden herabgesunken." „Seit Jahren ist nichts in unserem Haus getan worden, wo sind denn die Aufwendungen für die Wohnungen, die sich nach Angaben der Gesellschaft geändert haben?" Viele solcher Leserbriefe hat die BZ erhalten.

Mietwerttabelle der Stadt Braunschweig: Stand Dezember 1978 für Wohnungen die bis 1948 erbaut wurden



Säulen: Quadratmeterpreis für einfache Wohnanlagen, Rasterung: Quadratmeterpreis für mittlere Wohnanlagen. A: bis 35m², B: 36 – 70m², C: 71 – 90m², D: 91 – 110m², E: 111 – 140m², F: über 140m².

In dem Schaubild sind die oberen Mietgrenzen aus der Mietwerttabelle eingezeichnet. In der Mietwerttabelle selber sind Spreizungen bis zu 1DM pro m² angegeben. Die Niwo sucht sich in ihrer Begründung für die Mieterhöhung die höchstmöglichen Mieten des Mietspiegels raus, um die bisherigen Mieten niedrig erscheinen zu lassen.

Die „gestiegenen Kosten" der Niwo – nur ihr Geschäft mit dem Stadtrat

b.jeb. In dem Schreiben, welches die Nibelungen Wohnbau GmbH an die Mieter verschickt hat, damit sie der Mieterhöhung zustimmen, begründet sie die Mieterhöhung in erster Linie mit den gestiegenen Kosten. Wir hatten schon in der letzten KVZ geschrieben, daß das nicht wirklich ein Problem sein kann, weil nach den 45 Jahren die Wohnung schon mehr als einmal bezahlt ist. „Einige Autoren sprechen davon, daß nach Ablauf der Abschreibungsfrist (ca. 50 Jahre, d. V.) die Herstellungskosten des Wohngebäudes vom Vermieter bereits zum 2. Male erwirtschaftet seien!" (Dorhöfer, Erscheinungen ... staatlich gelenkter Wohnungsversorgung, S. 228) Das ist möglich, weil die Abschreibungen seit dem Gesetz von 1964 auf 50 und weniger Jahre reduziert werden und außerdem durch den gleichbleibenden Annuitätsbetrag (Annuität = Zinsen + Tilgung) schon nach 30 bis 40 Jahren die Kapitalkosten abgetragen sind.

Selbst bei gleichbleibender Miethöhe würden die Herstellungskosten so schnell erwirtschaftet. Tatsächlich sind jedoch die Mieten seit 1938 um das 3fache gestiegen. Der Vermieter zahlt jedoch seine Zinsen und Tilgung auf die ursprünglichen Herstellungskosten von etwa 10000 DM für die Wohnung, sodaß er schon sehr schnell wesentlich mehr Miete einnimmt, als seine tatsächlichen Kosten sind. Daher auch der starke Zuwachs an Wohnungen, obwohl die Nibelungen Wohnbau GmbH offiziell nur 4% Gewinn machen darf. Die eigentlichen Gewinne tauchen in den Bilanzen nicht auf.

Als städtische Wohnungsbaugesellschaft hat die Niwo allerdings noch besondere politische Aufgaben. „Eine große Anzahl älterer Wohnungen konnten durch die Umbesetzung der Mieter geräumt werden ... Auf diese Weise konnten die Voraussetzungen für den Abbruch geschaffen werden. Dadurch stand neuen Verkehrsbauten, Maßnahmen der Stadtsanierung oder dem Bau von Altersheimen nichts mehr im Wege ... Im Jahre 1975 haben wir bei insgesamt 585 Vermietungen 229 Familien mit 715 Personen bevorzugt untergebracht." (50 Jahre Niwo) Auf diese Weise „unterstützt" die Niwo die Politik des Stadtrates. Sie bietet vergleichbare Wohnungen an, damit die Mieter gezwungen werden können auszuziehen. Da muß die Niwo notgedrungen zunächst billige Wohnungen anbieten. Außerdem kauft die Niwo ab und zu Gewerbegrundstücke auf, von Betrieben, die gerne ihr Grundstück teuer verkaufen und auf billige städtische Grundstücke umziehen wollen. Diese Wirtschaftsförderung sollen letztlich auch die Mieter mitbezahlen. Nützlich wäre es, wenn der Mieterbeirat eine Mieterversammlung organisieren würde und Geschäftsführer und Aufsichtsrat, in denen auch Ratsherren sitzen, einladen würde, um sie dort zur Stellungnahme aufzufordern.

Entwicklung der Nibelungen Wohnbau GmbH

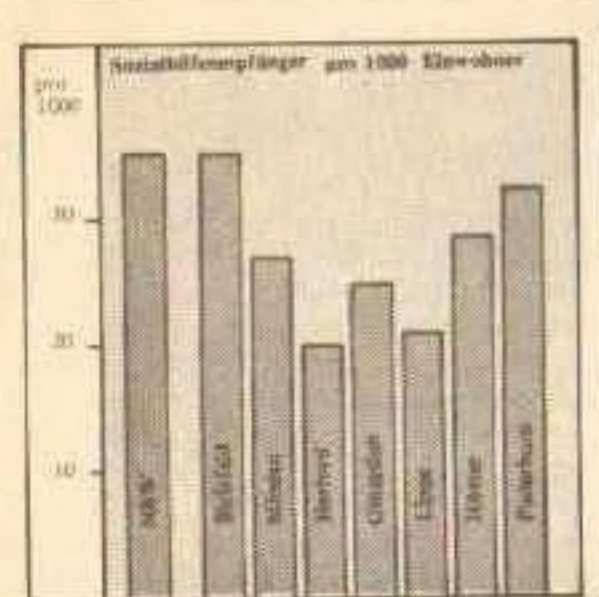
Jahr	Bilanz in Mio. DM	Eigenkapital in Mio. DM	Erträge in Mio. DM	Anzahl Einheiten eigene	betreute	gepachtete
1948	14,809	2,651	-	3002		
1950	20,390	2,879	1,783	3300		
1955	31,645	4,265	2,796	4626		
1960	55,403	8,092	4,403	6046		
1965	91,441	15,765	7,066	7046	385	756
1968	110,625	22,456	11,507	7855	441	825
1970	118,509	23,819	13,009	8045	482	836
1972	120,374	25,033	14,552	8130	480	730
1974	139,582	26,265	16,664	8307	480	490
1976	152,733	27,699	20,699	8569	484	582

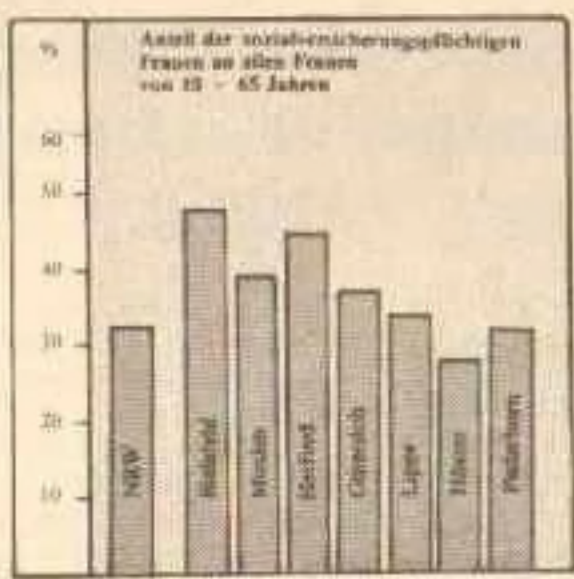
Quelle: 50 Jahre Nibelungen Wohnbau GmbH, Geschäftsbericht 1976

Trotz Pflegebedürftigkeit kein Platz im Pflegeheim

b.wer. Herr S. (Rentner) ist 52 Jahre alt und auf Grund von zwei schweren Behinderungen völlig hilflos, was ihm durch einen Chirurgen auf einem „ärztlichen Fragebogen zur Vorlage beim Städtischen Sozialamt Hannover" auch bescheinigt wurde. Seine Rente beträgt 740 DM im Monat. Wegen der Folgen eines schweren Verkehrsunfalles, Herr S. wurde mit 39 Jahren auf dem Fußweg von einem Auto überfahren, mußte er seine Tätigkeit als Registrator aufgeben. Trotz Pflegebedürftigkeit in einem Alten- und Pflegeheim lebt Herr S., der seit dem Tod seiner Mutter im Oktober 1978 keine Angehörigen mehr hat, in einer 28 m² kleinen Wohnung in Ober-ricklingen. Von den 740 DM Rente muß er 160 DM Miete und 75 DM Nebenkosten zahlen. Außerdem entstehen ihm Kosten für die Hilfe im Haushalt, da Herr S. die anfallenden Arbeiten auf Grund seines Gesundheitszustandes nicht mehr allein verrichten kann. Seine Krankheiten und die geringe Rente haben dazu geführt, daß Herr S. nur noch in der Lage ist, sich von Kaltverpflegung zu ernähren. „Es gibt in Hannover keine Heime für solche Fälle", erklärte Klaus Wedemeyer vom Sozialamt der Stadt Hannover. „Obwohl die Problematik mit jüngeren Behinderten immer häufiger auftritt. Allein 140 Pflegebedürfige warten in Hannover auf einen Heimplatz. 157 körperlich und geistig Behinderte unter 60 Jahren sind in Alten- und Pflegeheimen untergebracht. Die einzige Möglichkeit für Herrn Wolfgang S. wäre ein Alten- oder Behindertenheim." Zeitweilig war Herr S. im Altenstift „Zum Heiligen Geist" untergebracht worden. Herr S.: „Ich lebte dort unter 75 bis 95jährigen Damen." Wegen des großen Altersunterschiedes gab es seitens der älteren Heimbewohnerinnen Schwierigkeiten. Herr S. verließ daraufhin freiwillig das für ihn offensichtlich völlig ungeeignete Heim, in dem ihn das Sozialamt untergebracht hatte.

Ist die Arbeitskraft verschlissen, im Alter durch jahrzehntelange Ausbeutung oder durch frühzeitige Krankheit, so stellt der alte und kranke Lohnabhängige für das Sozialamt nichts als einen lästigen Kostenfaktor dar. Die Renten der sogenannten „Pflegefälle" reichen in den seltensten Fällen aus, die Heimpflegekosten zu decken. Der Differenzbetrag wird durch das Sozialamt oder Landessozialamt gezahlt. Selbst die Kosten für eine einfache Unterbringung und Verpflegung in einem Altenheim übersteigen meistens die Renten und übrigen Einkünfte der Heimbewohner, sodaß die Sozialhilfeträger den Restbetrag übernehmen müssen, falls nicht auf die Angehörigen zurückgegriffen werden kann. Einige Beispiele: Im Altenheim Köringsdorf in Hannover (Träger Arbeiterwohlfahrt) beträgt der monatliche Kostensatz für ein Mehrbettzimmer 1725 DM (1-Bettzimmer 1935 DM). Die monatlichen Kosten für die Unterbringung in der Pflegestation betragen 2850 DM, wozu gegebenenfalls noch Diätzuschläge kommen. Im städtischen Heim „Feierabend" beträgt der monatliche Pflegesatz 3090 DM. Weiterer Kostenfaktor für das Sozialamt sind die 85,- bzw. 142,-DM Taschengeld, die die meisten Heimbewohner als einziges Geld zur freien Verfügung erhalten.





Generell liegt die Anzahl der Sozialhilfeempfänger in den kreisfreien Städten, den Zentren der industriellen Produktion, erheblich höher als in den Kreisen, den mehr ländlichen Gebieten. Sie ist ein allgemeiner Ausdruck für die zunehmend eintretende Verelendung. Der Anteil der lohnabhängigen Frauen an der Frauenbevölkerung gibt einen Eindruck vom unterschiedlichen Grad der Aneignung der *Familien*arbeitskraft durch die Kapitalisten.

Unterschiede der Reproduktion in den Industriezentren und auf dem Land

b.wof. Wir haben in der letzen Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung festgestellt, daß das Lohnniveau in den ostwestfälischen Kreisen im Schnitt 1 DM bis 2,50 DM unter Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen liegt. (Durchschnittlicher Stundenlohn von Industriearbeitern in NRW 1978: 15,63 DM.) Von der Höhe des Lohns hängt der Umfang der für die Reproduktion der Arbeitskraft zur Verfügung stehenden Lebensmittel ab. Die Reproduktion selbst findet aber in Haushalten statt. Da zur Reproduktion der Arbeitskraft, zu ihrer Wiederherstellung, auch die Fortpflanzung gehört, ist die Kinderzahl bereits ein Ausdruck der Vollständigkeit der Reproduktion. Wie verschiedentlich nachgewiesen, ist die Kinderzahl direkt vom Lohn abbhängig und damit vom Haushaltseinkommen. Je niedriger das Einkommen, desto niedriger die Kinderzahl, so daß in den unteren Lohngruppen und entsprechend dem erforderlichen Umfang gewährleistet ist, die Reproduktion also unvollständig ist. Andererseits ist in den ländlichen Gebieten die Kinderzahl höher als in den Industriezentren, was sich in den unterschiedlichen Haushaltsgrößen ausdrückt, obwohl das Lohnniveau gemessen am Durchschnittslohn eben auf dem Land niedriger ist. Das zeigt, daß die Reproduktionsbedingungen der Landbevölkerung ganz anders sind als in den großen Städten.

Ein Unterschied ist, daß das Leben in der Stadt teurer ist als auf dem Land. Z.B. ist der Anteil der Mietausgaben an den Gesamtausgaben der Haushalte erheblich höher. Es bestehen zahlreiche Verbindungen zwischen den Arbeitern und Angestellten auf dem Land und den Bauern. Kartoffeln, Gemüse, Fleisch können von ihnen billiger gekauft werden. Zum anderen sind die Möglichkeiten zu haushaltsmäßiger Verbilligung der Reproduktion in der Stadt erheblich eingeschränkter als auf dem Land. Das wird z.B. deutlich an folgender Aufstellung über den Anteil der Haushalte mit Gärten, wobei in der Aufstellung die Vorgärten bereits weggelassen sind, sodaß man davon ausgehen kann, daß diese Gärten nicht nur der Erholung dienen, sondern auch dem Anbau von Obst, Gemüse usw.

Ausstattung von Wohnungen mit Gärten nach Ortsgröße

Bis 5000 Einwohner	68%
5000 – 20000	60%
20000 – 100000	47%
100000 – 500000	36%
500000 u. mehr	29%

(Nach einer Erhebung der Zeitschrift „Schöner Wohnen", 1972; es wurden insgesamt [illegible] Haushalte befragt.)

Dabei stellt die Zeitschrift „Das Gartenamt" (1/78) fest, daß aus einem Garten von 250 qm, in dem ausschließlich Obst und Gemüse angebaut werden, 1975 jährlich durchschnittlich ein Ertrag von 1511 DM zu holen war, bei Materialkosten für Jungpflanzen, Sämereien, Gartenwerkzeuge usw. von 378 DM. 151 Stunden betrug der jährliche Arbeitsaufwand für einen Garten dieser Größe. Sind in den Städten die Möglichkeiten für Verbilligung der Reproduktion durch Hausarbeit schon eingeschränkt, so werden sie durch den größeren Anteil der Frauen, die aufgrund des niedrigen Lohns in die Lohnarbeit getrieben werden, weiter begrenzt.

Haushalte nach Haushaltsgrößen

(Volkszählung 1970, umgerechnet auf heutigen Gebietsstand)

Haushalte nach Haushaltsgrößen

(Volkszählung 1970, umgerechnet auf heutigen Gebietsstand)

	Personen pro Haushalt 1	2	3	4	5 u. mehr	durchschn. Haushaltsgröße
Bielefeld (118999)*	26,1%	29,3%	20,8%	14,7%	9,1%	2,5
Lippe (113250)	23,1%	27,5%	20,3%	17,0%	12,2%	2,7
Herford (81850)	20,3%	27,8%	22,5%	17,6%	11,8%	2,8
Minden (96661)	19,8%	25,6%	20,0%	17,3%	17,3%	2,9
Gütersloh (83437)	17,6%	23,6%	20,2%	18,9%	19,7%	3,1
Paderborn (61706)	19,1%	22,1%	18,4%	17,7%	22,6%	3,2
Höxter (41548)	18,0%	23,4%	18,1%	17,6%	22,9%	3,2
Reg.Bez. (569477)	21,2%	26,3%	20,3%	17,0%	15,2%	2,9

* in Klammern: absolute Zahl der Haushalte
(Nach: Ergebnisse der Volkszählung 1970, Herausgegeben vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen; neuere Angaben auf Kreisebene liegen nicht vor)

Kostendeckungsprinzip: noch höhere Pflegesätze, noch mehr Patienten durchschleusen

b.ilh. 92 Stellen für 1981, 52 zusätzliche jeweils für 1982 und 1983 sieht die mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen für die beiden medizinischen Hochschuleinrichtungen Hannover und Göttingen vor. „Diese Zahlen sind von der Landesregierung für verbindlich erklärt worden und können auf keinen Fall überschritten werden." Das ist die Antwort des Nds. Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (MWK) auf die Forderung des Personalrates der Med. Klinik Göttingen von 101 neuen Stellen. Den Abteilungsleitern sind für die Anmeldungen die Daumenschrauben eng angezogen worden. So schickte sie eigens einen Schnellbrief für die Haushaltsanmeldung 1980, der besagt, daß „neue Stellen grundsätzlich nur dann in den Entwurf des Haushaltsplanes aufgenommen werden können, wenn ihre Unabweisbarkeit im Einzelfall unter Anwendung strengster Maßstäbe eingehend nachgewiesen ist (z.B. Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit bestehender Einrichtungen ...)" Genaue Rechenschaftslegung, warum ein „Mehrbedarf" vorhanden ist und er nicht mit den bisherigen Geldern bzw. durch Rationalisierungen und Einsparungen an „anderer Stelle" gedeckt werden konnte. Trotz alledem wird der „Schwerpunkt bei der Aufstellung der Haushaltsvoranschläge" beim MWK liegen. So soll dem Kampf der Beschäftigten die Spitze genommen werden nach dem Motto: Sachzwänge, egal wie die Situation ist.

Viele Beschäftigte sagen, „Das war schon immer so, daß für unsere Forderungen kein Geld da ist." – Nach in Kraft treten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes 1972 und der Neuregelung der Bundespflegesatzverordnung 1973 müssen die Krankenhäuser selbstkostendeckend arbeiten und die laufenden Kosten über die Pflegesätze decken. Die Bundesregierung erhält das Recht, direkt Vorschriften über Pflegesätze und Rechnungs- und Buchführungspflichten zu erlassen. Nachweislich wird seit dieser Zeit der Handlungsspielraum der Dienstaufsichten vollends eingeschnürt. Etatüberschreitungen, Jonglieren und Schieben der Haushaltsposten, den Forderungen der Beschäftigten nachzukommen ist so gut wie ausgeschlossen. Hier nur einige Beispiele aus der Entwicklung der Kämpfe an den Unikliniken:

1973 SPD-Kultusminister von Oertzen antwortet auf die Forderung nach 499 Stellen des Gesamtpersonalrates, Verständnis zu haben, falls für die Beantwortung „der angesprochenen schwierigen Fragen" längere Zeit in Anspruch genommen wird. Gleichzeitig veröffentlicht der Verwaltungsdirektor, daß der Landtag keine Nachsicht mehr übt bei Haushaltsüberschreitungen und mit Regreßpflicht droht. Die Beantwortung hat sich v. Oertzen bis heute offen gehalten.

1975: SPD-Abgeordneter Franke-Stehmann antwortet im Auftrag des MWKs auf die Forderung der Vertrauensleute der Chirurgie nach mehr Stellen: 1. seien ausreichend vorhanden; 2. komme eine Vermehrung „im Hinblick auf die angespannte Finanzlage nicht in Betracht."

1976: Richtlinie zur Haushaltsaufstellung: „Es müssen nachweisbar alle Möglichkeiten ausgeschöpft sein, die Funktionsfähigkeit in anderer Weise sicherzustellen."

1980: Haushaltsdebatte des Landtages. Prof. von Oertzen (SPD) unterstützt den Vorschlag des Haushaltsausschusses, die Mehrausgaben an den Kliniken über Erhöhung des Pflegesatzes und höheren Bettenausnutzungsgrad (von 70 auf 75%) zu decken. Prof. Pestel (CDU) bläst ins gleiche Horn: „Einen Teil der Mehrausgaben soll durch die Anpassung der bisher niedrigen Pflegesätze ausgeglichen werden."

Es wird eine gute Gelegenheit sein, auf den kommenden Wahlveranstaltungen die Kandidaten der bürgerlichen Parteien auf die Forderung nach Aufhebung der Kostendämpfungsmaßnahmen und Unterstützung der Forderungen der Belegschaften festzulegen.

Konkurs bei Bartels-Ibus: Kapitalisten wollen profitablere Anlage

b.grr. Am 5.8. haben die Bartels-Ibus Werke für den *Bereich Möbel* Konkursantrag gestellt. Im *Furnierwerk Langenberg GmbH* und der *Langeberger Bauelement GmbH*, die der Baukapitalist A. Doblinger nach Übernahme des Werkes in April letzten Jahres ausgegliedert hat, soll die Produktion weitergeführt werden. Zu einem Zeitpunkt, an dem die Profitproduktion in der Möbelindustrie ins Stocken kommt, verlagert Doblinger sein Kapital in die profitablere Spanplattenindustrie. Nach Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes ging der Produktionsindex in der Möbelindustrie von 1978 auf 1979 um 1,4% zurück. Im gleichen Zeitraum stieg die Kapazitätsauslastung der Spanplattenindustrie im Bundesgebiet durchschnittlich von 85 auf 90%.

Im November 1979 gab Doblinger seine Anteile an der Firma an die Ge-

Im November 1979 gab Doblinger seine Anteile an der Firma an die Ge-sellschaft bürgerlichen Rechts Hartl/Nieß weiter. Hartl schrieb kurz darauf an den Betriebsrat: „Es besteht die dringende Notwendigkeit, diesen Geschäftsbereich zur Gesundung des Restunternehmens aus dem Betrieb auszugliedern und für die Firma Bartels-Ibus GmbH die Möbelproduktion einzustellen." Gleichzeitig versuchten sie durch Rationalisierung und Erneuerung der Produktion in der kapitalistischen Konkurrenz bestehen zu können. 3,5 Mio. DM wurden für Neuinvestitionen ausgegeben, u.a. für eine EDV-Anlage. Einem Teil der Arbeiter sollte der Lohn um 30% gekürzt werden, 400 Arbeiter sollten entlassen werden, um 320 zu niedrigeren Löhnen wieder einzustellen. Diese Pläne konnte die Belegschaft mit ihrer Gewerkschaft im wesentlichen verhindern.

Jetzt setzen die Geschäftsführer die Landesregierung unter Druck, ihnen Investitionszulagen zu verschaffen. Am 13.8. sollte dort bei Vorlage eines Sanierungskonzeptes durch Bartels über einen Zuschuß von 2,1 Mio. DM entschieden werden. Bis dahin fehlten Hartl/Nieß angeblich 0,3 Mio. DM, weshalb sie den Konkurs beantragten. Eine „Auffanggesellschaft" aus München hat jetzt Interesse an der Firma gezeigt. 1,5 Mio. DM will sie aufbringen, einer der Geldgeber ist Doblinger. Nur bei weiterem „Personalabbau" und der Investitionszulage des Landes wollen sie ihr Kapital einsetzen.

Die Kapitalisten haben die Arbeiter der Firma jetzt um 250000 DM Lohngelder betrogen, Urlaubsgeld und vermögenswirksame Leistungen wurden gleichfalls nicht gezahlt. Auch die Auszahlung einer Werksrente von bislang 200 DM pro Quartal wurde gestoppt. Die Geschäftsleitung behauptet, keine Leistungen mehr erbringen zu können. 3500 DM Konkursausfallgeld soll jeder Arbeiter bekommen, allerdings erst im nächsten Monat. Die Gemeinde Langenberg will die sofortige Auszahlung mittels eines Bankkredits ermöglichen, der sie 20000 DM kosten wird. Gleichzeitig hat die Gemeinde noch 750000 DM Steuerforderungen an Bartels-Ibus. Wenn die Kapitalisten eine „Auffanggesellschaft" gründen sollten, will der Betriebsrat auf „absoluter Einhaltung des Tarifvertrages bestehen!"



Juni 1979: Als Doblinger sich über die Interessen der Beschäftigten hinwegsetzen will, protestieren die Arbeiter vor dem Verwaltungsgebäude.

US-Konzern WABCO: Ausbau in Hannover zur Eroberung des Euromarktes

b.geh. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 31.7.80 meldet, daß die Geschäftsleitung der WABCAO-Westinghouse GmbH mit der Stadt Hannover Verhandlungen über den Ankauf eines über 6000 m² großen Geländes in Linden führt. Die WABCO-Kapitalisten beuten 3100 Arbeiter in Hannover aus und zählen hier zu den zehn größten Ausbeutern; WABCO ist zu 99,96% Besitz der „Westinghouse Air Brake Cp."/USA, die ihrerseits zum „American Standart"-Konzern gehört. Durch WABCO haben sich die US-Kapitalisten die Position von Europas größtem Hersteller pneumatischer Bremsen erobert. Damit haben sie Einfluß auf den europäischen Automobilmarkt.

Die WABCO Fahrzeugbremsen GmbH hat von 1969 bis 1979 ihren Umsatz vervierfacht; im Jahr 1979 stieg er um 14%. In der Belegschaftszeitung „WABCO aktuell" Nr.3/Juli 80 äußert sich der Präsident der „American Standart" Marquart so: „Das wirtschaftliche Wachstum in der Welt wird in den 80er Jahren wahrscheinlich geringer sein als in den 70er Jahren, und wir erwarten, daß die gesamten Märkte, in denen unsere Produkte verkauft werden, in realen Werten (absolute Menge) nur zwei bis drei Prozent pro Jahr wachsen werden. Wir erwarten jedoch eine prozentuale erhebliche Steigerung unserer Umsätze und Gewinne, indem wir in für uns neue geographische Gebiete vordringen und indem wir unsere Marktanteile erhöhen." Die Ausbeutung der WABCO-Arbeiter in Hannover ist dafür Basis:

„Eigentlicher Engpaß ist unsere Fertigung. Deshalb bemühen wir uns intensiv darum, die Maschinen- und Personalkapazitäten vernünftig zu erhöhen", erfährt man auf Seite 3 von der Geschäftsleitung. 1979 betrug der Jahresüberschuß von WABCO-Fahrzeugbremsen 19,9 Mio. DM. Darin sind die Abführungen an die „American Standart" als „stille Gesellschafterin" noch nicht enthalten. Daß die US-Imperialisten das Gelände in Linden kriegen werden, das sie wollen, kann man aus folgendem Hinweis der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung entnehmen: „das Unternehmen sei einer der potenten Gewerbesteuerzahler der Stadt."

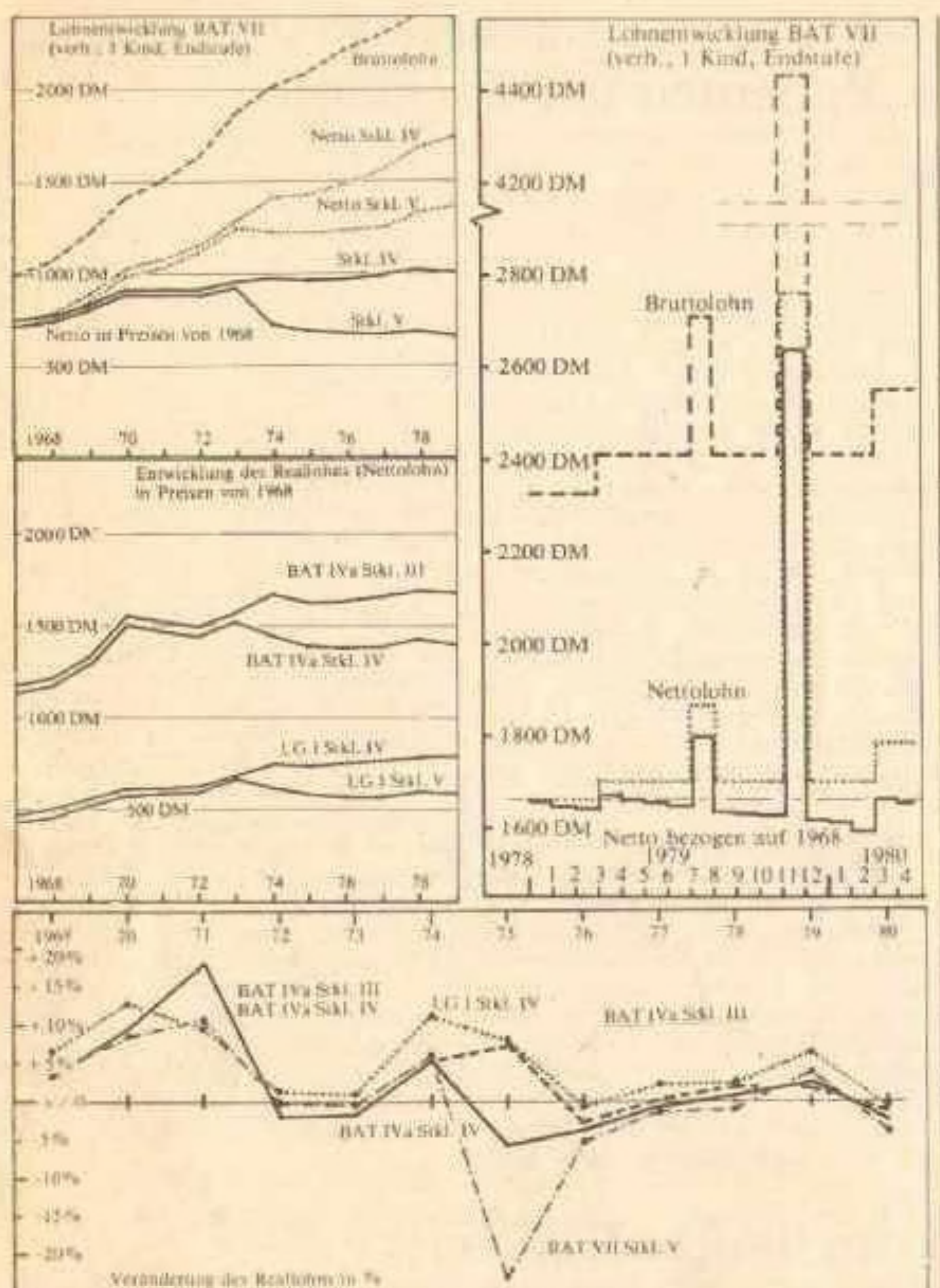
„Personalführung" der Kapitalisten Alles für den Profit! – ein Beispiel

b.anh. Bei den Gothaer Versicherungen in Göttingen wurde für die Bereichs- und Abteilungsleiter ein Seminar zur „Personalführung" veranstaltet. Allgemein gehen die Kapitalisten dabei von folgender Tatsache aus: „Alle unmittelbar gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Arbeit auf größerem Maßstab bedarf mehr oder minder einer Direktion, welche die Harmonie der individuellen Tätigkeiten vermittelt und die allgemeinen Funktionen vollzieht, die aus der Bewegung des produktiven Gesamtkörpers im Unterschied von der Bewegung seiner selbständigen Organe entspringen. Ein einzelner Violinspieler dirigiert sich selbst, ein Orchester bedarf eines Musikdirektors." (Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, S. 350). Aber Marx sagt auch: „Als spezifische Funktion des Kapitals erhält die Funktion der Leitung spezifische Charaktermerkmale ...". Sie ist „dem Inhalt nach zwieschlächtig". (ebd., S. 350/351).

Warum? Etwas verklausuliert heißt es in einer dem Seminar zugrundegelegten Studie: Es ist so, daß nicht der Mensch, sondern die Erbringung einer marktgerechten Leistung im Mittelpunkt eines Unternehmens stehen." Hieraus entspringen Widersprüche (genannt Interessenskonflikt zwischen techno-ökonomischen und sozio-individuellen Gegensätzen). Hinzu kommt für die Verfasser dieser Studie, daß die „Störanfälligkeit" des Unternehmens steigt, je weiter die Rationalisierung und damit die Aufsplitterung der Arbeit in Teilfunktionen fortschreitet.

„Wenn heute ein Fehler gemacht wird, kann es passieren, daß ein ganzer Arbeitsablauf fehlerbehaftet ist." Was die Kapitalisten wollen, ist reibungsloser Ablauf des Arbeitsprozesses, sachgemäße Verwendung der Produktionsmittel. Sie verlangen zugleich die Identifikation der Arbeiter und Angestellten mit ihrer Arbeit. Der Datentypistin soll es eben nicht egal sein, wenn ihr Bildschirm kaputt ist, sie soll nicht Pause machen, sondern sofort den Techniker rufen. Bei der Gothaer gibt es aber viel solcher Ausfallzeiten, die man nutzt, eben weil ein ausgebeuteter Angestellter kein positives Interesse am Produkt seiner Tätigkeit haben kann, weil es ihm nicht gehört, er nicht für sich arbeitet.

Es soll die Aufgabe der Leitung sein, folgendes durchzusetzen: Wie kann man „die Mitarbeiter dazu veranlassen, daß sie das tun wollen, das sie ihrer Aufgabe gemäß tun sollen". Ziel der Personalführung ist, „Arbeitsleistung und Arbeitszufriedenheit zu erreichen". Die Abteilungs- und Bereichsleiter sollen Methoden der Diskussion von Vorschlägen mit den Angestellten anwenden, wobei der Trick darin bestehen soll, nicht soviel selbst zu reden, sondern reden zu lassen, zuzuhören. Wer meint, das wäre demokratisch, höre sich folgendes an: „Der Vorgesetzte entscheidet ... Mehrheitsentscheidungen sind zwar demokratisch, gleichwohl ist der Vorgesetzte verpflichtet, die Interessen des Unternehmens zu berücksichtigen ...". Im Zweifel für die Profite des Hauses! Man kennt diese dynamischen, jungen Abteilungsleiter. – Kapitalistische Leistung ist daher „zwieschlächtig", weil zwar gesellschaftlich produziert wird, aber wegen der privaten Aneignung des Mehrwerts, wegen des Interesses an Höchstprofit, die Leitung immer auch – und oft nur – Antreiberei, Kontrolle bedeutet.



Lohnentwicklung im Öffentlichen Dienst/ Es ist nicht alles Gold, was glänzt

Lohnentwicklung im Öffentlichen Dienst/ Es ist nicht alles Gold, was glänzt

r.jeb. Wir haben die Entwicklung des Reallohns seit 1968 mit Hilfe der offiziellen Angaben der Bundesregierung untersucht für die Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst BAT VII, BAT IVa und Lohngruppe I (mit 1 Kind), ohne Zulagen oder ähnliches, mit Kindergeld und 1980 dem Zuschlag von 13 DM. In den Schaubildern 1 und 2 sind die Entwicklungen der Reallöhne (Nettolöhne in Preisen von 1968), im Schaubild 3 die Entwicklung des Reallohns für BAT VII seit 1979 bis Mai 80 und in Schaubild 4 die Veränderungen der Reallöhne seit 1968 gegenüber dem Vorjahr dargestellt.

Die Tarifpolitik der ÖTV war einer der zentralen Punkte auf dem ÖTV Gewerkschaftstag 1980. Insbesondere der letzte Tarifabschluß wurde kritisiert, weil „es nicht gelungen ist, in dem erwarteten und sicherlich auch notwendigen Umfang einen zusätzlichen Ausgleich für die unteren Einkommen durchzusetzen" (Klunker). Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß er sogar nach den offiziellen Angaben einer der schlechtesten Abschlüsse der letzten Jahre zu sein scheint. Nach den Erhöhungen der Reallöhne 68 bis 71 und der folgenden Stagnation mit dem erfolgreichen Streik 1974 als Abschluß kam es ab 75/76 zu spürbaren Senkungen des Reallohns in der Steuerklasse V und bei Steuerklasse IV oberhalb BAT VII. Steigerungen gab es bei Steuerklasse III, wovon real die Alleinverdiener, die überwiegend in den oberen Gehaltsgruppen zu finden sind, profitiert haben. In Wirklichkeit beschönigen diese Kurven sogar, weil weder die Kürzung des Ortszuschlags für Ehepaare im öffentlichen Dienst noch die allgemeinen Zulagen, die seit Anfang der 70er Jahre nicht mehr erhöht worden sind, berücksichtigt wurden. Außerdem wurde Anfang November 1979 der Preisindex für die Lebenshaltung „aktualisiert", d.h., um 0,4% gesenkt. Man kann also davon ausgehen, daß der größte Teil der obersten Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst Steigerungen des Reallohns verbuchen konnte, während große Teile der Masse der Beschäftigten seit 1974 Senkungen des Reallohns hinnehmen mußte, weil hier die Steuer- und Versicherungsabzüge am schärfsten gewirkt haben. Für die unteren Lohngruppen konnte diese Wirkung durch die Sockel- und Mindestbeträge zumindest gemildert werden. Dies gilt jedoch nicht für die Steuerklasse V, die überwiegend von den Frauen belegt wird. In BAT VII liegt der Reallohn hier unter dem von 1968. Zwar soll der Lohn des Mannes in der Steuerklasse III einen Ausgleich bringen, aber wie bei BAT IVa ablesbar, ist der Gewinn dort nicht so groß wie der Verlust in BAT VII. Deswegen stößt der schlechte Abschluß in diesem Jahr auf besonders harte Kritik.

Gorleben: Die „Probebohrungen" sind Bestandteil des Endlagerbaus

r.thr. Am Freitag, den 8.8.80 hat die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg auf einer Pressekonferenz erneut enthüllt, daß die sogenannten „Probebohrungen" bei Gorleben in Wirklichkeit schon Baumaßnahmen des Endlagers sind. Sie stützt sich dabei auf Absprachen zwischen einem Ministerialbeamten des niedersächsischen Sozialministeriums, der PTB (Physikalisch-Technische Bundesanstalt) und der DWK. Offenherzig wurde erörtert, wie man den für das Endlager notwendigen 7,5m breiten Schacht als für die „Erkundung" notwendig hinbiegen kann, ohne daß es auffällt, und ohne das – für das Endlager notwendige – langwierige Planfeststellungsverfahren, wie es das Atomgesetz vorsieht, in Gang setzen zu müssen. Der Ministerialbeamte als Vertreter der Genehmigungsbehörde, der bisher von einer Schachtbreite von 3,5 bis 4 m ausgegangen war, nahm als Ergebnis mit auf den Weg, daß ein Gutachten in Auftrag gegeben wird, welches 7,5 m Schachtbreite als für die „Erkundung" notwendig oder wünschenswert erklärt.

Das ganze Gespräch wurde dooferweise am 23.6. lautstark im Speisewagen des Intercity Dortmund-Hannover geführt und von dem Hamburger Historiker, Prof. Bley, mitgehört und bezeugt. Nach anfänglichem Dementi mußte es am Mittwoch (13.8.) vom niedersächsischen Sozialministerium bestätigt werden, wobei freilich Absprachen entrüstet zurückgewiesen wurden.

Während immer offensichtlicher wird, daß das Endlager beschlossene Sache ist, geriet der Polizeieinsatz zur Durchsetzung des Bohrprogramms bei der Bohrstelle 1004 erneut in die Schußlinie. Große Teile der Polizeitruppe sind mit ihrem Einsatz gegen die Bauern nicht einverstanden. Zwei Polizisten zeichneten heimlich eine polizeiinterne Auswertung des Einsatzes auf Tonband auf und übergaben dies der Bürgerinitiative. Ein angeblich zu erwartender Schußwaffeneinsatz seitens der Besetzer wurde bei dieser Besprechung zum Vorwand für das Bürgerkriegsmanöver benannt. Um die Risse im Polizeiapparat wieder dicht zu bekommen, wurde Strafverfolgung gegenüber zwei Beamten angekündigt und gleichzeitig wurde vergeblich versucht, mittels Hausdurchsuchung bei einem Rechtsanwalt und bei einem Notar das Tonband aus dem Verkehr zu ziehen. Die DJU (Deutsche Journalisten Union) hat in einer Dokumentation die Behinderung der Presse bei der Räumung von 1004 aufgezeigt. Mit „polizeitaktischen Gründen" rechtfertigte Innenminister Möcklinghoff das Verprügeln von Journalisten. Die Methoden entsprechen den Zielen.

r.thr. Die Umgehung des Planfeststellungsverfahrens, wie es von §9b Atomgesetz vorgeschrieben ist, hätte eine erhebliche Beschleunigung des Endlagerbaus zur Folge. Bei einem Planfeststellungsverfahren müßte eine öffentliche Anhörung erfolgen, gegen die Pläne könnten Einwendungen erhoben und Widerspruchsklagen geführt werden, was langwierige Verfahren werden könnten. Außerdem müßte die Eignung des Salzstockes bei Gorleben zu beweisen versucht werden.

§9b Abs. 1 Atomgesetz: „Die Errichtung und der Betrieb der ... Anlagen des Bundes sowie die wesentliche Änderung solcher Anlagen oder ihres Betriebes bedürfen der Planfeststellung ...."

§9b Abs. 3 Atomgesetz: „Der Planfeststellungsbeschluß ... ist zu versagen, ... wenn von der Errichtung oder dem Betrieb der geplanten Anlage Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit zu erwarten sind, die durch inhaltliche Beschränkungen und Auflagen nicht verhindert werden können, oder ... sonstige öffentlich rechtliche Vorschriften der Errichtung oder dem Betrieb der Anlage entgegenstehen."

Ausbauplan „Luneplate" der Bremer Landesregierung – Größte Kohlehydrieranlage Europas geplant

r.ras. Anfang August wurde bekannt, daß die VEBA-Öl AG für ihre geplante Kohleverflüssigungsanlage „ideale Bedingungen auf der Luneplate" südlich
zend in ein aktuell zu diskutierendes deutsches Umschlagskonzept für Importkohle. Gerade die heftigen Anstrengungen Rotterdams, den überseei-
Landrat Frerichs (SPD) vom Landkreis Wesermarsch hat bereits Widerstand, besonders aus Nordenham, angekündigt. Der Leiter des Umwelt-

r.ras. Anfang August wurde bekannt, daß die VEBA-Öl AG für ihre geplante Kohleverflüssigungsanlage „ideale Bedingungen auf der Luneplate" südlich Bremerhavens sehe. Gegenüber der Pilotanlage in Bottrop mit 200 t täglichem Steinkohledurchsatz wäre diese Anlage mit 20000 t täglich, 4 Mrd. DM Investitionssumme und versprochenen 3000 Arbeitsplätzen die größte Hydrieranlage der Welt. Alternative Standorte sind Emden, das der VEBA schon ein Grundstück angeboten hat, Brunsbüttel, wo die VEBA eigene Grundstücke besitzt, und Wilhelmshaven. Die definitive Entscheidung der VEBA soll Anfang 1981 fallen – Ende 1980 soll nämlich nach dem „Strukturplan Unterweserraum" der Bremer Landesregierung ein baureifer Entwurf für eine neue Seehafenschleuse im Gebiet südlicher Fischereihafen/Luneplate (s. Karte) für bis zu 120000 tdw-Schiffe vorliegen – genau passend für den dann nötigen Großumschlag billiger Importkohle. Mit einem neuen Industriehafenbecken und neuen Verkehrswegen schätzt die Landesregierung die Infrastrukturkosten auf 1,36 Mrd. DM.

Oberbürgermeister Lenz (SPD) und die Fraktionsführer Sturmheit (SPD) und Ebel (CDU) aus Bremerhaven sagen „grundsätzlich ja". Nach Lenz sei keine Umweltbelastung zu befürchten, allenfalls Geruchsbelästigung. Der SPD-Unterbezirksvorsitzende Beckmeyer denkt gleich als erstes daran, den westdeutschen Monopolen in der internationalen Konkurrenzschlacht einen Vorsprung zu sichern. Die 20000 t Kohle täglich paßten „geradezu glänzend in ein aktuell zu diskutierendes deutsches Umschlagskonzept für Importkohle. Gerade die heftigen Anstrengungen Rotterdams, den überseeischen Kohletransport auf sich zu ziehen, um so neben dem Ölengagement auch ein Kohlemonopol zu erreichen, könnten so von deutscher Seite unterlaufen werden." (Nordsee-Zeitung, 9.8.)

Erste Widersprüche brechen aber schon auf. Wilhelmshaven hat bereits abgelehnt, Kohleverflüssigung sei „zu immissionsträchtig". Tatsächlich ist z.B. der Strombedarf so hoch, daß er beispielsweise nicht einmal durch das 20 km südlich gelegene KKW Unterweser bei Esenshamm gedeckt werden könnte, sondern Prozeßwärme aus einem eigenen Atomreaktor gebraucht wird. Die VEBA will dafür den derzeit in der Kernforschungsanlage Jülich entwickelten Hochtemperatur-Reaktor eventuell übernehmen (NZ, 7.8.).

Landrat Frerichs (SPD) vom Landkreis Wesermarsch hat bereits Widerstand, besonders aus Nordenham, angekündigt. Der Leiter des Umweltschutzreferates beim niedersächsischen Sozialminister, Best, habe vor drei Wochen bestätigt, eine Industrie dieser Art sei „nicht genehmigungsfähig".

Der DGB hat sich bisher erst *allgemein*, in seinem „Strukturprogramm Küste", für Kohleveredelung im Küstenbereich eingesetzt. Nordenham zählt der DGB darin aber auch zu den Belastungsschwerpunkten, verlangt eine angemessene Berücksichtigung des Umweltschutzes und lehnt es ab, „ansiedlungsinteressierten Betrieben durch Konzessionen auf dem Gebiet des Umweltschutzes entgegenzukommen". Die Bauern und Bewohner aus Ueterlande und Jührde haben sich schon Anwälte für die zu erwartenden Verfahren besorgt.



Auf der Luneplate stehen für die Industrie 128 ha auf bremischem, 1234 ha auf niedersächsischem Gebiet zur Verfügung (Ländergrenze ist gerastert).

Brandt vertuscht imperialistische Ausbeuterinteressen

r.ans. Etwa 3000 – soviel wie zum 1. Mai – waren in Göttingen am 14.8. zu einer Propagandakundgebung der SPD gekommen, auf der Willy Brandt sprach. Die meisten haben erwartet, daß Brandt etwas zur Friedenspolitik sagt. Das war auch sein Redeschwerpunkt. Brandt: „Die BRD ist und bleibt Verbündeter der USA, nicht ihr Satellit." – Die breite Ablehnung unter den Kundgebungsteilnehmern gegen die NATO und gegen die USA hat ihm dafür Beifall eingebracht. Nicht aber die Annäherungsversuche Brandts an die sozialimperialistische Supermacht, die er mit dem Schmidt-Besuch in Moskau propagierte. Der Wunsch nach Friedenspolitik und Zusammenschluß der Arbeiterklasse mit den Ländern der Dritten Welt brachte auch folgender Aussage Beifall: „Mit der ständigen Erhöhung der Militärhaushalte werden Millionen Nahrungsmittel für die Entwicklungsländer verschwendet." Der Beifall rührt daher, daß deutlicher geworden ist: Die Länder der Dritten Welt sind Hauptkraft im Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Auf die Sprechchöre: „BRD raus aus der NATO! Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages! Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse!", wich Brandt aus: „Man solle besser zuhören." Dies sind Forderungen, bei denen auch Willy Brandt imperialistische Ausbeuterinteressen nicht hinter Friedenssicherung verbergen und so den Kampf gegen Ausbeutung und Krieg schwächen kann.

250 bei der Wahlkampferöffnung der SPD in Bielefeld

r.kiu. Horst Ehmke richtete die SPD in Bielefeld auf die letzten Wochen des Bundestagswahlkampfes aus. Ziel müsse sein, „nicht nur den traditionellen Wählerstamm der SPD unter den Facharbeitern zu halten, sondern auch die ungelernten und da vor allem die jungen Arbeiter davon zu überzeugen, daß ihre Stimme Helmut Schmidt gehört." Gehen soll das durch augenwischende Würdigung der Politik der SPD-Regierungen: Die SPD sei für das Gleichgewicht der militärischen Kräfte und für Abrüstung, sie habe sich stets für Gewaltverzicht eingesetzt und das in den Ostverträgen auch durchgesetzt. Wie dies mit der NATO-Mitgliedschaft der BRD übereinstimmt, dazu äußerte er sich nicht. Wie für die „äußere Sicherheit" habe sich die SPD immer für die „wirtschaftliche Sicherheit" eingesetzt, das beweise ihre Politik der staatlichen Subventionen und der Staatsverschuldung wie die Energiepolitik. Die Staatsverschuldung verglich er mit der Verschuldung, die ein Arbeiter eingeht, um ein Haus zu bauen. Der Unterschied ist nur, daß der Arbeiter die Finanzierung aus seiner Arbeit trägt, der Staat aus der Plünderung der Massen. Ausweitung der Plünderung mittels Steuern kündigte er auch gleich zur Finanzierung der „sozialen Sicherheit" an, „die Rentenreformpläne der SPD sind familienpolitische Maßnahmen und müssen aus den Steuern finanziert werden."

JVA Vechta Frauen: Angriff auf Gefangenenmitverantwortung

r.hep. Am 5.8. hatte die Gefangenenmitverantwortung (GMV) der JVA Vechta Frauen von der Anstaltsleitung Rechenschaft darüber gefordert, daß zwei gefangene Frauen aus nichtigem Anlaß in Absonderung gesperrt und dort schmerzhaft gefesselt und unwürdig behandelt wurden (KVZ Nr. 33). Mit folgender Stellungnahme reagierte Gefängnisleiter Stege auf der nächsten Sitzung mit der GMV am 12.8.:

„Die Mitglieder der GMV, ..., haben den Bediensteten der Frauenabteilung Mißhandlung von Gefangenen in der Woche um den 29.7.1980 vorgeworfen. Außerdem wurde u. a. ausgeführt: 'Wenn Gefangene mißhandelt werden, sorgt das Personal in der Regel als erstes dafür, daß es keine Zeugen unter den Mitgefangenen gibt, damit man nachher Berichte der mißhandelten Gefangenen als Lügen abtun kann oder man versucht sie durch andere Mittel der Einschüchterung zum Stillschweigen zu veranlassen. Der Anstaltsarzt verweigert, ein Attest über zugefügte Verletzungen auszustellen. Das sind die Erfahrungen der Gefangenen hier im Hause. Es liegt der GMV auch ein Bericht einer der mißhandelten Frauen vor.' Die Art und Weise des Vorbringens dieser ungeheuerlichen Behauptungen und Unterstellungen ist Ausdruck fehlender Bereitschaft einer sachlichen Zusammenarbeit dieser Mitglieder der GMV mit den Bediensteten der Anstalt. Hier werden in unzulässiger Weise Ursachen und Wirkungen von Verhaltensweisen auf den Kopf gestellt und Mißtrauen geschürt.

Die behaupteten Vorgänge sind durch die Anstalt intensiv geprüft worden. Es sind keine Anhaltspunkte festgestellt worden, die die Behauptungen auch nur annähernd rechtfertigen würden. Die Aufsichtsbehörden sind von den Behauptungen unterrichtet worden. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg ist eingeschaltet.

Die Vollzugskonferenz der Frauenabteilung lehnt das Gespräch mit den Mitgliedern der GMV, die diese Behauptungen in der oben zitierten Weise aufgestellt haben (es sind alle Mitglieder), ab, da es an dem erforderlichen Vertrauensverhältnis fehlt. Die Bediensteten sind der Auffassung, daß das Verhältnis zwischen ihnen und den übrigen Inhaftierten gut ist und nicht von dem Mißtrauen geprägt ist, wie es die Behauptungen der oben genannten Mitglieder der GMV annehmen lassen."

Davor ließ man jedes einzelne GMV-Mitglied fragen, ob es zu der Resolution steht. Alle standen. Jetzt soll zwischen GMV und Gefangene der Keil getrieben werden. Das ist bisher mißlungen. Eine der betroffenen zwei Gefangenen hat sich jetzt einen Anwalt genommen. Andere Gefangene schreiben Berichte über ihre Erfahrungen. Einen öffentlichen Prozeß über die Verhältnisse in Vechta müssen die Gefangenen nicht fürchten, die Anstalt schon.

„Wir sind Seeleute, keine Knechte!“

Matrosen der Industriefangschiffe von Boulogne im Kampf gegen Entlassungen und Lohnkürzung

z.pel.Paris. Boulogne-sur-Mer, an der nordfranzösischen Atlantikküste, etwa 100 km südwestlich der belgischen Grenze, ist der größte Fischereihafen des Landes. 110000 Tonnen der jährlichen Fangmenge von knapp 700000 t Fisch und Schalentieren werden hier angelandet und direkt umgeschlagen bzw. zunächst in den großen Fabrikhallen in Kainähe eingepökelt, gefroren, zu Konserven verarbeitet. Eine Fangflotte von 32 Industriefangschiffen – von 250 t bis weit über 1000 t, ausgerüstet mit Motoren bis zu 1800 PS und zum Teil mit Gefriereinrichtungen – macht den Ort zum Zentrum der französischen Hochseefischerei und Fischverarbeitungsindustrie. 700 Matrosen arbeiten für ein knappes Dutzend Reedereien, die in ihren Fischverarbeitungsfabriken weitere 4000 Arbeiter ausbeuten.

Am späten Vormittag des 13.8. hat der Hafen nichts von seiner sonstigen Betriebsamkeit. Einige wenige Autos fahren auf die im nordöstlichen Hafenbecken liegende Fähre nach Großbritannien zu, ansonsten ist weder auf dem Wasser noch auf dem Gelände des westlich angrenzenden Bahnhofes irgendeine Bewegung festzustellen. Die großen Industriefangschiffe, leicht an ihren wie abgehackt aussehenden Hecks und den Winden zum Einholen der Netze erkennbar, wie die kleinen 50 Tonnen-Schiffe der Küstenfischer liegen vertäut an den Kais, die langen Fabrikhallen scheinen wie ausgestorben. „Bis auf ein paar Ausbesserungsarbeiten, wie Sie auf dem Kahn da drüben sehen können, wird im ganzen Hafen nicht mehr gearbeitet“, erklärt mir ein Arbeiter vor dem Kontor eines der größten Kapitalisten und örtlichen Vorsitzenden des Reederverbandes, Delpierre. „Gestern noch haben wir dieses Kontor hier und die Verladeeinrichtungen besetzt gehalten. Jetzt scheinen sie begriffen zu haben, daß nichts mehr aus dem Hafen hinausgeht.“ „Sie“, das sind die Reeder und Fischverarbeitungskapitalisten wie Delpierre oder „Nord-Fischerei“ (sieben Schiffe, 33% der gesamten Produktion in Boulogne). Anfang August hatten sie unter Verweis auf die hohen Treibstoffkosten und unter Bruch des bestehenden Tarifvertrages die Matrosen aufgefordert, Lohnsenkungen von 10% und Reduzierungen der Schiffsbesatzungen von 22 auf 18 Mann zuzustimmen.

Die Antwort der lohnabhängigen Fischer lautete nein. Die Reeder stoppten daraufhin jegliches Auslaufen der Schiffe und sperrten aus. Der Gegenschlag ließ nicht auf sich warten: Blockade jeder Fischauslieferung per LKW und Bahn, Solidaritätsstreiks der Hafenarbeiter und in den Konservenfabriken. Einige Tage später traten die selbständigen kleinen Fischer in den umliegenden Häfen ebenfalls in den Streik und forderten von der Regierung Reduzierung der Treibstoffpreise wie Stützung der Erzeugerpreise.

Die Gründe für die große Solidarität mit den Matrosen von Boulogne erläutert uns am Nachmittag, kurz vor der auf 17.00 Uhr festgesetzten Kundgebung der Gewerkschaften CFDT und CGT, ein selbständiger Fischer. „Die Reeder sind reich, die können zahlen. Die Regierung unterstützt mit ihren ‚Hilfen‘ nur die Großen, wir gehen kaputt, die ganze Stadt geht kaputt. 42000 Einwohner, 10% Arbeitslosigkeit. Die wird auf 20% steigen, wenn sie die Reduzierung durchsetzen können, denn Tausende von Arbeitsplätzen in der Fischindustrie werden ebenfalls beseitigt.“

Außer der Fischverarbeitung gibt es in Boulogne nur noch eine größere Fabrik für Spezialstähle, wo der Kapitalist vor kurzem ebenfalls entlassen hat. Über 5000 Menschen beteiligen sich an der Kundgebung. Händler wie Stadtverwaltung schließen ab 16.30 Uhr. Politiker wie Pierre Mauroy, Präsidiumsmitglied der Sozialistischen Partei und Bürgermeister von Lille, nehmen an der Kundgebung teil und müssen sich an der anschließenden Demonstration beteiligen, die später unter den Rufen: „Reeder-Ausbeuter“ den Platz verläßt.

Die Redner erhalten immer dann starken Beifall, wenn sie die Lügenpropaganda über die „Spitzenlöhne von 10000 FF“ (4400 DM) angreifen und die miserablen Arbeitsbedingungen der Fischer schildern. „Zwölf Tage ununterbrochen auf See, zwei Tage Anfahrt zu den Fischgründen mit zehnstündigen Arbeitstagen, dann aber 16–18 Stunden am Tag auf glitschigem Deck: Auswerfen der Netze, drei Stunden fischen, einholen, Eingeweide entfernen, waschen, eisen und lagern. Manchmal wird mit zwei Netzen gleichzeitig gefischt, eine Trosse reißt und bringt die Matrosen in höchste Gefahr. 4700 FF sollen zuviel sein für diese Arbeit?“ Noch einmal braust Beifall auf, als der Vertreter des Internationalen Transportarbeiterverbandes versichert, daß kein französisches Fischereischiff in europäischen Häfen entladen werde, und gemeldet wird, daß die Häfen von Calais und Boulogne seit 14.00 Uhr für jeden Verkehr blockiert sind. Einhaltung des Tarifvertrages und Treibstoffbeihilfen sind die Hauptforderungen. Die Fischer sind entschlossen und ernst, sie wissen, es wird schwer. Bis jetzt sind Reeder und Regierung nicht zurückgewichen.




Wie hier in Boulogne sah es gegen Ende der Woche an fast der gesamten Atlantikküste aus. Kein Schiff lief mehr aus, häufig beschlossen die Fischer Blockade der Häfen. In Le Havre griff am Donnerstag Kriegsmarine ein.

Das Volk von Kap Verde bekämpft Wüste und Trockenheit

z.sec. Eine zwölfjährige Dürreperiode – in der Hauptstadt Praia fiel jährlich nicht einmal 25 mm Niederschlag gegenüber 250 mm im langjährigen Durchschnitt – hat die landwirtschaftliche Produktion auf den rund 450 km vor der westafrikanischen Küste gelegenen kapverdischen Inseln weitgehend brachgelegt. Ohnehin ist der größte Teil des Landes Wüstengebiet, und gegenwärtig müssen 90% der Nahrungsmittel importiert werden. Um die Unbilden der Natur zu überwinden und die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Imperialismus zu erkämpfen, hat das Volk von Kap Verde ein großes Aufforstungs- und Bewässerungsprogramm in Angriff genommen: Innerhalb von zehn Jahren sollen jährlich eine Million Bäume gepflanzt und so 60% des Wüstenlandes für die Landwirtschaft erschlossen werden. Später dann sollen die Bäume auch zur Brennholzproduktion genutzt werden, gegenwärtig nämlich verschlingt das zum Kochen notwendige Kerosin ein Drittel eines Arbeiterlohnes. Zweitens werden Grundwasserbrunnen in z.T. großer Tiefe angebohrt und wird damit begonnen, Hunderte von Hektar Land zu bewässern. Auf diese Weise will das Volk von Kap Verde in einigen Jahren nicht nur seine Hauptnahrungsmittel Mais und Bohnen selbst produzieren, sondern zunehmend auch Gemüse sowie einige Exportprodukte wie Bananen anbauen.

Streik gegen Lohnkürzungen in irischer Zuckerfabrik

z.wem. Vom 7. Juli bis zum 13. August wurde die Zuckerfabrik der Erin Foods in Carlow (Republik Irland) von 17 Zuckerkochern bestreikt und damit lahmgelegt. Seit drei Jahren versuchen die Kapitalisten, einen Vertrag abzuschaffen, der der 800-Mann-Belegschaft für die Dauer der Zuckerrübenkampagne Lohnzulagen sichert: 22 Pfd. pro Woche für die Zuckerkocher, 16 Pfd. für die übrigen. Die Erin Foods wollte sich durch eine einmalige Abfindung von 1750 Pfd. (1 Pfd. = 3,80 DM) von dem seit 1949 geltenden Vertrag freikaufen. Die anliefernden Bauern haben durchgesetzt, daß sie durch die verzögerte Ablieferung überreifer Erbsen keine Einbußen haben. Sie verlangen Lieferverträge, die verhindern, daß die Kapitalisten ihnen die Folgen des Streiks anlasten.

Schottische Fischer protestieren gegen ruinöse Niedrigstpreise

ben. Sie verlangen Lieferverträge, die verhindern, daß die Kapitalisten ihnen die Folgen des Streiks anlasten.

Schottische Fischer protestieren gegen ruinöse Niedrigstpreise

Erzeugerpreise heute die Hälfte von 1979 : Wirkung der EG-Importe / Dazu höhere Kosten und Zinsen

z.hef.London. Ende Juli fuhr eine Woche lang kein Boot aus dem schottischen Fischereihafen Peterhead aus. Die Fischer streikten gegen die niedrigen Preise. Sie haben weitere Protestaktionen beschlossen.

„Zur gleichen Zeit im letzten Jahr war der Preis genau doppelt so hoch wie jetzt“, sagte uns Captain Thomas Milne von der Schottischen Fischerorganisation (Scottish Fishermen's Organisation) am Dienstag. Der Skipper (Schiffsführer) der „Victory“, eines mittelgroßen Bootes, sagt: „Wenn wir vor einem Jahr 200 Kisten (Fisch) hatten, haben wir dafür im Schnitt 4000 Pfund bekommen. Die einzelnen Besatzungsmitglieder hatten dann 200 Pfund. Jetzt hat die Crew Glück, wenn sie bei einem gleichen Fang 80 oder 90 Pfund (pro Kopf) bekommt.“

Peterhead ist einer der größten Fischereihäfen in der EG. Im Gegensatz zu Hull, wo die britische Trawlerflotte liegt, sind hier fast alle Boote im Familienbesitz. Sie gehören meistens vier bis sechs Teilhabern, manchmal auch nur zwei. An einigen Booten sind größere Firmen beteiligt. Aber die Skipper sind immer auch Teilhaber.

Sie fischen vor allem Kabeljau, Schellfisch, Wittling, Scholle und Seehecht, manche Boote auch Makrelen. Die Besatzung besteht meistens aus acht bis zehn Mann. Die Boote fahren 200 bis 400 km hinaus. Eine Fangfahrt dauert zwischen fünf und zehn Tagen. Captain Milne erklärt, wie die Abrechnung erfolgt: „Wenn der Fisch angelandet ist, wird er im Markt verkauft. Dann zahlt man seine Unkosten – das sind die Lebensmittel, Eis, Diesel, Öl, Versicherung, Hafengebühren und Verkaufsgebühr des Fischauktionators. Und was dann übrig bleibt, wird in der Mitte geteilt zwischen der Crew und dem Boot.“ Gehören die Bootsbesitzer, die mit hinausfahren, dabei auch zur Crew? „Ja, die auch. Das Boot zahlt dann die gesamte Ausrüstung, alle Netze, Seile und das Boot selbst.“ Captain Milne ist jetzt 68 und hat ein Bein verloren. Er fährt nicht mehr hinaus, hat aber noch einen Anteil an einem Boot. „Es kam am Montag zurück, mit 270 Kisten Fisch, das brachte 3600 Pfund. Sie mußten 1200 Pfund für Diesel und Öl zahlen. Dazu kamen 800 Pfund für die anderen Unkosten – bleiben 1600 Pfund, geteilt durch zwei. Die Crew ging mit 104 Pfund für jeden für zehn Tage weg.“

Dabei kann ein Fischer höchstens 40 Wochen im Jahr ausfahren. „Im letzten Jahr hat ein Besatzungsmitglied so 7000 bis 8000 Pfund verdient (2300 bis 2600 DM im Monat), aber davon geht auch noch die Steuer und Versicherung ab. In diesem Jahr wird sein Einkommen nicht über 4000 Pfund liegen“, sagt Captain Milne.

Die gesamte Fischerei ist mit 100 Mio. Pfund bei den Banken verschuldet. Das meiste davon sind Hypotheken für den Ankauf von Booten. Von dem „Anteil für das Boot“ müssen diese Hypotheken monatlich zurückgezahlt werden. Die meisten haben fluktuierende Zinssätze – und bei den gegenwärtigen hohen Zinsen bedeutet das Rückzahlungen um 50% höher als vor einem Jahr. Dazu kommen gestiegene Preise für Versicherung und die eigentliche Ausrüstung, wie Netze, Seile usw. „Guck dir dies Seil an“, sagt der Skipper der „Victory“, „das kostet jetzt 170 Pfund die Trommel, und ich brauche 24 Trommeln auf einmal. Wenn ich Glück habe, hält das Seil drei Monate.“

Der niedrige Erzeugerpreis ist der Kern der gegenwärtigen Probleme. Captain Milnes: „Es ist die ausländische Konkurrenz. Sie kann den filetierten Fisch jetzt billiger mit LKW ins Land schaffen, als wir ihn fangen können.“ Woran liegt das? „Nun, ihre Flotten werden von den Regierungen bezuschußt. Wir nicht.“

In den ersten fünf Monaten 1980 lieferten Fischereimonopole aus EG-Ländern 60300 Tonnen Fisch nach Großbritannien, im ganzen Jahr 1979 waren es nur 98000. Regierungszuschüsse sind nur ein untergeordneter Grund. Die großen holländischen, westdeutschen und französischen Fischereimonopole, aber auch die britischen, betreiben modernste Flotten mit einem hohen Grad der Ausbeutung der Mannschaften, und sie scheren sich einen Dreck um Konservierungsmaßnahmen, sondern betreiben Raubfischerei, gerade in den Gebieten, in denen bislang z.B. die Fischer aus Peterhead arbeiteten. Ihre Konkurrenzbedingungen gegenüber den selbstwirtschaftenden Fischern in Großbritannien und der britischen Trawlerkonkurrenz haben sich durch den hohen Wechselkurs des Pfunds noch einmal mehr verbessert. Der Skipper der „Victory“: „Je eher die EG in die Luft gesprengt wird, desto besser. Im letzten Winter arbeiteten wir 120 Meilen draußen vor der Küste. Wir konnten die halbe Zeit nicht arbeiten wegen der großen französischen Trawler, die Hering fischten.“

Die Scottish Fishermen's Organisation hatte eine Versicherung gegen niedrige Preise organisiert. Jedes Boot zahlte ein Prozent der Einnahmen in den Fonds. Aus dem Fonds kaufte die SFO in den letzten Monaten Fisch zu Mindestpreisen auf, der dann mit großem Verlust an Fischmehlfabriken weiterverkauft oder vernichtet wurde. „Schließlich war damit Schluß, weil wir kein Geld mehr hatten“, sagt Captain Milne. „Von der Regierung haben wir dann ein Darlehen verlangt und 1,5 Mio. Pfund gekriegt, das hat drei Monate gereicht. Und nochmal 50000, das reichte für zwei Wochen. Jetzt ist ganz Schluß.“

Die Regierung hat Zuschüsse versprochen und zum Teil schon gezahlt. Die SFO erhält aber nichts, d.h. der Preis wird nicht gestützt. Stattdessen bekommen die Besitzer der großen, neuen Boote individuelle Zuschüsse. Das dient der „Strukturbereinigung“ – d.h. der beabsichtigten Vernichtung der selbständigen Fischer mit kleineren und älteren Booten.



Die „Victory“ kurz vor dem Auslaufen aus Peterhead am letzten Dienstag



Landwirtschaft GB: Zahl tödlicher Unfälle steigt

z.elf.London. Am 7. August war einem vierzehnjährigen Jungen in Wales von einer Landmaschine ein Arm abgerissen worden. Daß Chirurgen den Arm wieder annähten, stellte die bürgerliche Presse als Großtat hin, über die Ursachen des Unfalls verlor sie kein Wort. „Es wird wieder eine blutgetränkte Ernte geben“, erklärte die britische Landarbeitergewerkschaft NUAAW. In der britischen Landwirtschaft dürfen Kinder ab 13 Jahren beschäftigt werden. Die Agrarkapitalisten wehren sich hartnäckig gegen die Forderung der NUAAW nach Hebung der Mindestalters für das Fahren von Traktoren von 13 auf 16 Jahre und die Kontrolle der Maschinerie durch gesetzlich zugestandene Sicherheitsbeauftragte der Gewerkschaften. 1979 starben nach Angaben der Regierung 94 Menschen durch Unfälle in der Landwirtschaft, 21 mehr als im Vorjahr. 34 waren Landarbeiter, 26 Bauern und deren Familienangehörige, 24 Kinder unter 16 Jahren. 19 Menschen kamen allein durch sich überschlagende Traktoren zu Tode, vier davon waren unter 16 Jahren. – Der Grundlohn von nur 58 Pfund (etwa 230 DM) pro Woche zwingt die Landarbeiter während der Erntezeit zu Überstunden an gefährlicher Maschinerie, was unvermeidlich zu Unfällen führt. Die NUAAW schätzt, daß die Zahl von 4024 gemeldeten nichttödlichen Unfällen ein Sechstel aller Unfälle darstellt.

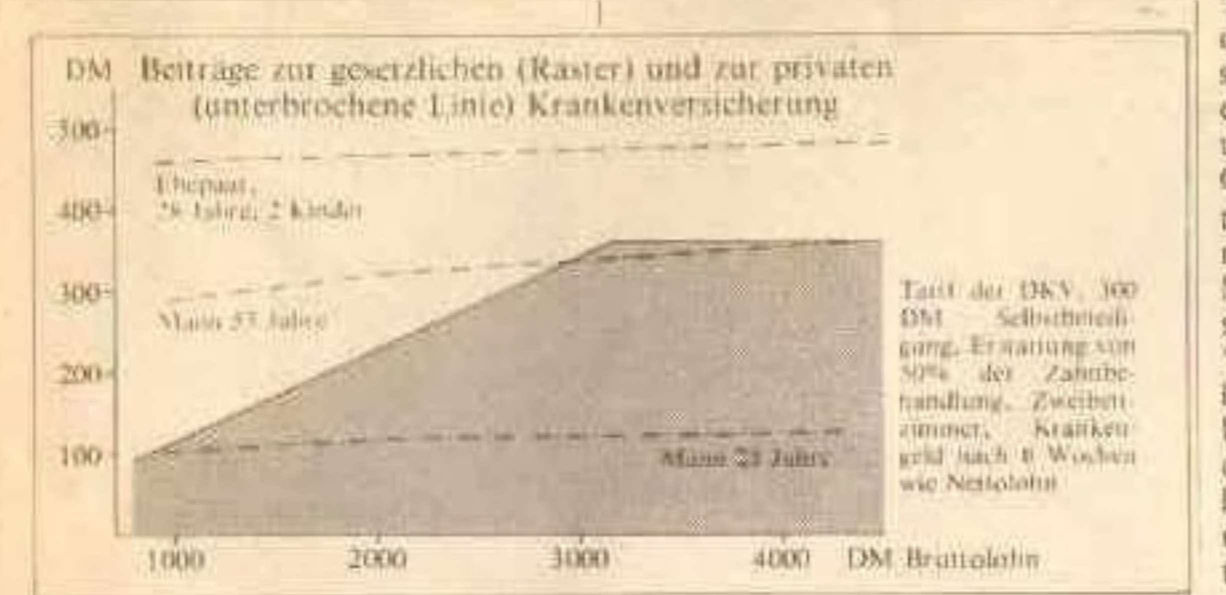
Krankheit ist nicht gleich Krankheit
Exklusive Versicherung für exklusive Behandlung

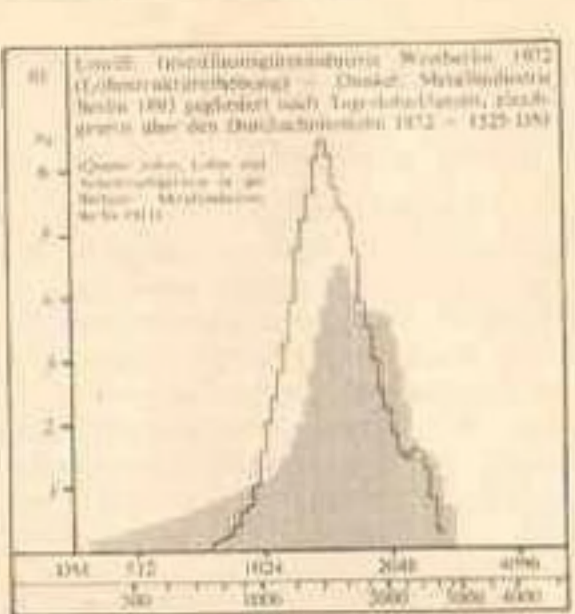
z.frb. 4,6 Millionen oder 7,5% der westdeutschen Bevölkerung sind ausschließlich privat gegen Krankheit versichert. Von diesen 4,6 Millionen sind rund 2 Millionen Erwerbspersonen, hiervon sind 390000 Angestellte, 1 Mio. Beamte und 500000 Selbständige. Umgekehrt ausgedrückt: von den Angestellten sind – laut Mikrozensus – 94% bei den Männern und 97% bei den Frauen, von den Selbständigen knapp 80% gesetzlich versichert. Arbeiter sind prinzipiell pflichtversichert. Angestellte sind versicherungspflichtig, wenn ihr Jahresgehalt unter der Versicherungspflichtgrenze liegt. Diese macht 75% der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung aus und beträgt 1980 37800 DM (monatlich 3150 DM). Angestellte mit höherem Jahresgehalt können sich freiwillig in der gesetzlichen Versicherung weiterversichern. Selbständige können sich hier versichern, wenn sie schon zuvor in einer der gesetzlichen Kassen versichert waren oder wenn ihr Einkommen unter der Versicherungspflichtgrenze liegt. Landwirte, Hausgewerbetreibende, selbständige Lehrer, Erzieher, Musiker, Artisten, Hebammen oder Krankenpfleger unterliegen ebenfalls der Versicherungspflicht.

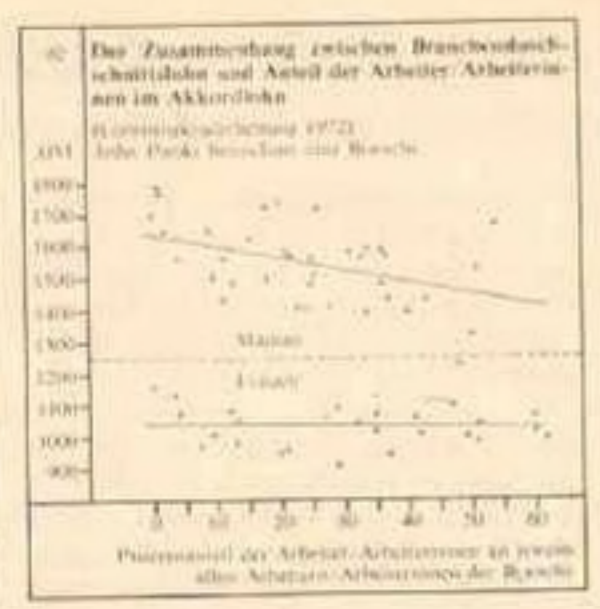
Wenngleich längst keine reine Bourgeoiseinrichtung, so verhindert die Private Krankenversicherung doch, daß die Vorzugsbehandlung, die krankende Bourgeois für ihre Person erheischen, allgemeiner Standard wird. Außerdem verhindert sie, daß die AT-Gehälter auch noch zur Finanzierung der Krankheiten der Volksmassen herhalten müssen. Trotz Versicherungspflicht und gesetzlichem Versicherungsschutz für mehr als 80% der Bevölkerung ist die Privatversicherung bedeutend genug, um finanziellen Druck auf die gesetzliche Versicherung auszuüben.

Der unterschiedliche Charakter der gesetzlichen Krankenversicherung und der Privatversicherung kommt in den Versicherungsbedingungen zum Vorschein. Die Beiträge in der gesetzlichen Versicherung berechnen sich als für alle Mitglieder gleicher Anteil vom Bruttolohn. Im Durchschnitt aller Kassen sind es gegenwärtig etwa 11,4%. Familienangehörige, soweit sie nicht mehr als 390 DM eigenes Einkommen haben, sind ohne zusätzlichen Beitrag mitversichert. Anders in der Privatversicherung. Hier wird ein fester Beitrag gezahlt, der vom Einkommen unabhängig ist, aber eine Reihe von „Risikofaktoren" berücksichtigt. Die Beiträge unterscheiden sich nach Alter und Geschlecht. Für jede Person muß eine eigene Versicherung abgeschlossen werden. Auch der Versicherungsumfang unterscheidet sich. In der gesetzlichen Versicherung wird die Behandlung beim Arzt und Zahnarzt auf Krankenschein, für Zahnersatz und Kieferorthopädie ein Zuschuß von 80% für einfache Ausführung gewährt. Im Krankenhaus wird die allgemeine Pflegeklasse bezahlt. Nach Ende der Lohnfortzahlung wird Krankengeld von 80% des Bruttolohns, höchstens der Nettolohn, gewährt. Während die gesetzliche Versicherung einheitliche Vollversicherung umfaßt, muß die Privatversicherung im einzelnen zusammengestellt werden. Die Krankheitskostenversicherung übernimmt Arztkosten im Rahmen der Gebührenordnung und die Arzneikosten. Zahnarztkosten werden gewöhnlich zu 50% gezahlt. Die Versicherung kann für Zweibettzimmer oder Einbettzimmer mit Chefarztbehandlung abgeschlossen werden. Während die Ärzte mit den Kassen nach den Vertragsvereinbarungen abrechnen, berechnet der Arzt beim Privatpatienten das ein-bis sechsfache des Gebührensatzes nach „billigem Ermessen". 90% der neu abgeschlossenen Versicherungen schließen eine Selbstbeteiligung ein. Bis zu diesem Betrag zahlt der Versicherte bei ambulanter Behandlung selbst. Zahlung eines Tagegeldes bei Krankheit oder Krankenhausaufenthalt muß gesondert versichert werden. Leiden, die bei Abschluß der Versicherung schon bestehen, sind von der Versicherung regelmäßig ausgeschlossen. Die gesetzliche Versicherung kann eine Aufnahme in solchen Fällen nicht ablehnen, die private Versicherung kann.

Je älter der Versicherte, je mehr Familienangehörige mitzuversichern sind, je geringer die Selbstbeteiligung, umso höher das Versicherungsrisiko, umso höher die Prämienzahlung, die die Private Krankenversicherung verlangt. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung steigen nicht im Verhältnis zum Einkommen. Eher sind sie dort höher, wo das Einkommen niedrig ist. Die gesetzliche Versicherung berechnet den Versicherungsbeitrag entsprechend der Höhe des Einkommens. Schon deshalb kann die Privatversicherung einen geringeren Beitrag erheben und hat immer noch genügend finanziellen Spielraum, um Vorzugsbehandlung zu gewähren. Die schlechten Risiken werden als freiwillig Versicherte in die gesetzlichen Kassen gedrückt.









Lohnhöhe und Reproduktion V

z.gör. Es ist die Ansicht geäußert worden, *daß die Lohnunterschiede durch die unterschiedlichen Kosten für die Wiederherstellung der Arbeitskraft je nach ihrem spezifischen Verbrauch durch die Kapitalisten bestimmt sind,* wenigsten „im großen und ganzen". Wie verhält es sich damit? Die Fragestellung ist geeignet, eine Zwischenbilanz dieser Artikelserie zu ziehen.

1. Die Arbeitskraft ist eine Ware, zunächst wie alle übrigen Waren auch. Sie existiert in verschiedenen Sorten, als mehr oder weniger spezifisch ausgebildete Arbeitskraft. Die Gesamtheit der Lohnunterschiede läßt sich demgemäß zerlegen in die Lohnniveauunterschiede zwischen den verschiedenen Berufen und Tätigkeitsbereichen und in die übrigen Lohnunterschiede, die innerhalb dieser Bereiche herrschen. Die Lohnniveauunterschiede sind erheblich ausgeprägt (Schaubild 3). Tatsächlich erklären sie jedoch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der gesamten Lohnspaltung. Im Durchschnitt ist die Lohnspaltung innerhalb der Berufe bzw. Tätigkeitsbereiche sogar größer als die Streuung ihrer Lohnniveaus.

Schaubild 3 zeigt, daß es in der Verteilung dieser Lohnniveaus deutliche Konzentrationszonen gibt. Bei fast 40% der hier erfaßten Berufe lagen die durchschnittlichen Nettoeinkommen 1978 zwischen 1400 und 1500 DM, bei fast 60% zwischen 1300 und 1600 DM. Es ist dies die Konzentrationszone II im Schaubild, und sie besteht durchweg aus Berufen, die für gewöhnlich einen Hauptschulabschluß und eine Lehre voraussetzen. Das bestätigt insofern die in Teil III dieser Artikelreihe geäußerte Auffassung, daß dies den gegenwärtigen Standard für den Wert der Arbeitskraft bildet. Indessen zeigt sich ebenfalls erneut, daß ein erheblicher Teil der Arbeitskraft unter diesen Standard gedrückt ist. Die Frauen fast vollständig. Aber was bedeutet das? Die eingangs zitierte Ansicht legt nahe, die unterschiedlichen Lohnniveaus als Gradmesser unterschiedlicher Produktions- und Reproduktionskosten zu nehmen. Aber davor hatte bereits Marx gewarnt: „Der Unterschied zwischen höherer und einfacher Arbeit, 'skilled' (ausgebildeter) und 'unskilled labour' (unausgebildeter Arbeitskraft), beruht zum Teil auf bloßen Illusionen, oder wenigstens Unterschieden, die längst aufgehört haben reell zu sein, und nur noch in traditioneller Konvention fortleben; zum Teil auf der hilfloseren Lage gewisser Schichten der Arbeiterklasse, die ihnen minder als anderen erlaubt, den Wert der Arbeitskraft zu ertrotzen." (Kapital, Bd.1, S.212 Fn.) Zum Beispiel befinden sich die Textilarbeiter in der Zone I im Schaubild 3. Es gibt tatsächlich keinerlei Anhaltspunkt dafür, daß in den Branchen mit besonders niedrigem Lohnniveau auch besonders wenig Arbeitskraft verausgabt wird. Im Gegenteil, vergleiche Schaubild 2.

2. Weil die Arbeitskraft eine Ware ist, ist ihr *Wert* durch die *durchschnittlichen* Kosten ihrer Produktion und Reproduktion bestimmt. Das heißt *erstens*, daß in der Bezahlung der Arbeitskraft von allen individuellen Besonderheiten ihrer Produktion und Reproduktion abstrahiert ist. Also davon, ob der Arbeiter verheiratet ist, ob er Kinder hat, ob seine Gesundheit bereits mehr oder weniger ruiniert ist, ob er einen weiten oder kurzen Weg zur Fabrik hat, ob er über besondere Geschicklichkeit verfügt, die ihm die Arbeit erleichtert, usw. usf. Davon ist in der Lohnform abstrahiert, d.h. es gibt keinen rationellen Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und den notwendig je besonderen Reproduktionserfordernissen der Arbeitskraft. Das heißt aber nicht, daß gar kein Zusammenhang besteht. So wenig die Lohnform geeignet ist, das Interesse der Arbeiter an ihrer Reproduktion zu gewährleisten, so gemäß ist sie dem Ausbeutungsinteresse der Kapitalisten. Sie versuchen noch stets, den Lohn auch „durch Exploitation der zufälligen Not einzelner Arbeiter" (Marx) zu drücken. Schaubild 1 illustriert, wie die Erkämpfung von Lohntarifen Wirkung vor allem hiergegen hatte, indem untere Schranken für den Lohn durchgesetzt wurden. Allgemein tritt die Ausnutzung besonderer Not auf bei der fast durchgängige Bezahlung der Arbeitskraft der Frau unter ihrem Wert. Das Argument, daß die Reproduktionskosten der Frau unter denen des Mannes liegen, wird natürlich mit fortgesetzter Zerstörung der traditionellen Haushaltsbildung immer hinfälliger. *Zweitens.* Während bei den gewöhnlichen Waren eine fortwährende Anpassung ihrer individuellen an die durchschnittlichen Produktionskosten stattfinden kann, ist dies bei der Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft nicht möglich. Ein Familienvater mit 2 oder 3 Kindern kann die Reproduktionskosten seiner Familie nicht an die durchschnittlichen Verhältnisse anpassen, ohne zum Kindesmörder zu werden. Er muß die Reproduktion seiner Familie einschränken.

3. Bei näherem Hinsehen läuft die eingangs zitierte Ansicht auf zwei Behauptungen hinaus: (a) Die unterschiedliche Verausgabung von Arbeitskraft ist die Ursache („bestimmt") die Lohnunterschiede. (b) Diese Lohnunterschiede haben ihre Zweckmäßigkeit im Ausgleich unterschiedlicher Reproduktionskosten. Beide Behauptungen beruhen auf der Ideologie, daß das Lohnsystem einen rationellen Zusammenhang zwischen Arbeitsleistung (das Produkt aus Arbeitsdauer und -intensität) und Lohnhöhe erzeugt. Demzufolge wird etwa gesagt, *das Akkordsystem ermögliche es dem einzelnen Arbeiter, einen höheren Lohn zu erzielen*... Aber „höher" inbezug worauf? Sagt man: höher als der Durchschnittslohn, so stimmt das nicht. Denn der Lohn der Masse der Akkordarbeiter liegt unter dem Durchschnittslohn. Den VW-Kapitalisten ist es von 1972 bis 1978 im Werk Wolfsburg (mehr als 40000 Beschäftigte) z.B. gelungen, den Anteil der Akkordarbeiter vollständig ohne Erhöhung des Durchschnittslohns von 49% auf 57% hochzutreiben. Sagt man andererseits: „höheren" Lohn als den zuvor, so hat man noch überhaupt keinen Zusammenhang zu den tatsächlichen Veränderungen in der Arbeitskraftverausgabung hergestellt (und man könnte dies auch nur tun durch die falsche Gleichsetzung von Arbeitskraftverausgabung und an der produzierten Menge gemessener „Produktivität). Was bleibt dann aber vom „höheren" Lohn? Bloß der *relative* Lohnunterschied, also die Lohnspaltung. Im Unterschied zum Wert der Arbeitskraft ist aber in der Lohnspaltung, der Abweichung der individuellen Löhne vom Wert, jeder rationelle Bezug auf die Reproduktionskosten ausgelöscht. An die Stelle dessen tritt die Zweckmäßigkeit für die Kapitalisten. Denn *erstens* treibt die Lohnspaltung den *Durchschnitts*grad der Arbeitsintensität in die Höhe. Sie senkt also den Wert der Arbeitskraft selbst dann, wenn die Akkordzuschläge die gesteigerte Verausgabung von Arbeitskraft im Einzelfall wettmachen würden, was man aber bezweifeln muß. Denn die ganze Methode ist von den Kapitalisten ja darauf berechnet, für *vorübergehende* Lohnerhöhungen *bleibende* Intensitätssteigerungen einzuhandeln, deren wirkliche Kosten sich erst mittel- und langfristig im schnelleren Ruin der Arbeitskraft zeigen. *Zweitens* erleichtert die Lohnspaltung den Kapitalisten die Reallohnsenkung. In der Tendenz gilt: je größer die Lohnspaltung in einer Branche, desto niedriger ist ihr Lohnniveau (vgl. KVZ 23/80, S.9).



z.anb.Wien. **In den im Juni aufgenommenen Verhandlungen über die Neuordnung des Lohn- und Gehaltsgruppenschlüssels im Öffentlichen Dienst in Österreich hat die Gewerkschaft gegen die Regierung einen ersten Teilerfolg errungen.** In den unteren Lohngruppen werden die Verwendungsgruppen der Allgemeinen Verwaltung mit denen der Beamten „in handwerklicher Verwendung" (siehe dazu KVZ 25/80, S.10) zusammengelegt, die produktive, dem industriellen Standard entsprechende Arbeit im öffentlichen Dienst wird damit gleich gezahlt wie die unteren Verwaltungsarbeiten, bislang lag sie darunter. Außerdem werden die untersten 2 Gehaltsstufen gestrichen, bislang waren sie nur per Verordnung von 1973 durch eine Sonderzulage angehoben worden, aber nicht beseitigt. Damit gilt sofort nach Eintritt in den öffentlichen Dienst die 2jährliche Vorrückung in die nächsthöhere Gehaltsstufe. Dies hatte die Regierung bislang mit Hinweis auf die Sonderzulage für die neu eintretenden Beamten verweigert, so daß diese 6 Jahre lang keinerlei Vorrückung erhielten. Während die Regierung als Spaltungsmanöver die Anhebung der unteren Lohngruppen kostenneutral, d.h. durch innere Umschichtung des Lohngruppenschlüssels organisieren wollte, hat die Gewerkschaft dies strikt abgelehnt: sie akzeptiere nur eine Lösung, die die unteren LG besser stelle, damit auch Mehrkosten verursache.

z.bag. **Den norwegischen Energiekonzernen Norsk Hydro, Saga Petroleum und Statoil ist es nicht gelungen, die Regierung zur Zwangsschlichtung gegen den fast fünf Wochen dauernden Streik der Ölarbeiter auf den Bohrschiffen der Nordsee zu bewegen.** Zwangsschlichtung ist nur möglich, wenn „Schaden für die Allgemeinheit" nachgewiesen werden kann. Alle wußten aber, daß in diesem Fall nur die drei Konzerne Schaden erlitten. Sie mußten rund 70000 $ täglich pro Bohrschiff an die Reedereien bezahlen, die die Bohrschiffe betreiben. Die in der Seeleutegewerkschaft organisierten Arbeiter hatten ihre Lohnforderungen von rund 45 auf einen Rahmen von 30,5% reduziert, die Reedereikapitalisten waren zuletzt von 10 auf 15,3% hochgegangen. Am 13.8. mußten die Kapitalisten einem Schlichtungsvertrag zustimmen, der Lohnerhöhungen zwischen 23 u. 30% vorsieht. „Ein teures Abkommen, aber eine Fortsetzung des Streiks wäre noch teurer geworden."

z.bag.Aarhus. **Die dänische Metallarbeitergewerkschaft hat gegen die Energiekonzerne DUC und Maersk Drilling bedeutende Verbesserungen für die Ölarbeiter in der Nordsee durchgesetzt.** Die Konzerne müssen jedem Arbeiter im Durchschnitt 15000 Kr. (rund 5000 DM) mehr Lohn im Jahr bezahlen und 14 Tage mehr Urlaub geben. Die bisherige Regelung war 14 Tage Arbeit, 14 Tage frei; jetzt bekommen die Ölarbeiter im Sommer 28 Tage zusammenhängenden Urlaub. Die neuen Tarife gelten für die Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaft und den Maschinistenverband; die Seeleutegewerkschaft fordert jetzt auch Tarifverhandlungen.

z.mif. **Ab Sonntag, dem 27.Juli, 16 Uhr, streikten in Vancouver an der Westküste Kanadas 14 philippinische Seeleute.** Sie sind Teil der 22 Mann Besatzung des Frachters Parsico, der unter panamesischer Flagge für japanisches Kapital Kalium transportieren sollte. Seit Mai hatten sie keine Löhnung erhalten, und der Lohn betrug für manche nur 160 Dollar im Monat. Das teilte der Internationale Transportarbeiterbund ITF mit. Die Streikenden forderten ITF-Löhne, das sind 1400 Dollar im Monat. Sie begannen den Streik, als das Schiff fertig beladen war. Am 31. Juli hatten die Arbeiter einen Erfolg erzielt, und das Schiff lief aus. – Am 6. August ließen in Swansea, Wales, die Seeleute und Hafenarbeiter das Schiff „Susanna" erst dann nach Hamburg auslaufen, nachdem 100000 DM ausstehender Lohn an die sieben Mann Besatzung ausgezahlt waren.

z.bag.Aarhus. **Seit dem 24.7. streikt die Belegschaft der Vereinigten Brauereien (Tuborg und Carlsberg) in Fredericia gegen den Plan der Betriebsleitung, die Besetzung der Maschinen zu reduzieren.** Die Brauereiarbeiter fordern die Beschäftigung von 209 Mann, die Betriebsleitung will auf 151 einschränken. Die Brauerei in Fredericia ist mit einer hochautomatisierten Produktionsanlage die modernste des Landes. Von Anfang an hat es Kampf um sie gegeben, weil die Absicht des Brauereikonzerns ganz offensichtlich die war, die gesamte Produktion (einschließlich des Hauptwerks in Kopenhagen) mit minimaler Besetzung auf Fredericia zu konzentrieren. Erst nach mehrwöchigen Streikaktionen um eine ausreichende Besetzung konnte die Anlage Anfang dieses Jahres in Betrieb genommen werden. Eine Reduzierung der jetzigen Belegschaft würde eine erhebliche Intensivierung der Arbeit bedeuten. Zweimal ließen die Brauereikapitalisten den Streik durch ein Arbeitsgericht verbieten, ohne Erfolg. Nun haben sie 650 Arbeiter in Kopenhagen ausgesperrt, weil 40 von ihnen zur Unterstützung des Streiks seit dem 11.8. die Auslieferung von Bier in die Provinzen Fünen und Jütland verhindern.

z.pel.Paris. **Seit einer Woche läßt der Kapitalist der französischen Firma Desquenne & Giral, Gleisbau und Reparatur, seine Baustellen von Werkschutz mit Hunden sowie Bereitschaftspolizei bewachen.** Der Großteil der von ihm ausgebeuteten Arbeiter, vorwiegend Nordafrikaner, war vor

Lohnfortzahlung und Anrechnung von Sonderzahlungen für Arbeitslose und Umschüler durchgesetzt

z.dis. Das Ehrenbergministerium hat den Forderungen der Arbeitslosen und Umschüler nach Lohnfortzahlung des Arbeitslosen- bzw. Unterhaltsgeldes im Krankheitsfall und nach Anrechnung von Urlaubsgeld und 13. Monatsgehalt nachgegeben. Im „Zehnten Buch des Sozialgesetzbuches – Verwaltungsverfahren, Schutz der Sozialdaten, Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten" (BT-Drucksache 8/4022) sind die entsprechenden Gesetzesänderungen des Arbeitsförderungsgesetzes enthalten. Im ursprünglichen Entwurf dieses Gesetzes vom 4.8.1978 waren diese Punkte noch nicht einmal erwähnt. Im Oktober letzten Jahres hatte die erste bundesweite Umschülerkonferenz eine Kampagne zu diesen Forderungen beschlossen, in den Wochen vor Weihnachten fanden in vielen Orten Aktionswochen mit Unterschriftensammlungen und Demonstrationen vor den Arbeitsämtern statt. Das Gesetz ist nach Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat endgültig am 4. Juli verabschiedet worden und tritt am 1.1.1981 in Kraft.

Nach der bisherigen Regelung stoppte das Arbeitsamt im Fall von Krankheit die Zahlungen sofort. Auf das Geld von der Krankenkasse mußte man zwei bis sechs Wochen warten, auf die Wiederbewilligung und Weiterzahlung des Arbeitslosen- bzw. Unterhaltsgeldes dann noch einmal. Krankheit von nur drei Tagen führte so zu leeren Taschen über mehrere Wochen.

Jetzt sind die Regelungen des Lohnfortzahlungsgesetzes ins Arbeitsförderungsgesetz übernommen, sie gelten für alle Bezieher von sogenannten Lohnersatzleistungen, also Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld, Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld.

Die Anrechnung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf das Arbeitslosengeld wird für viele Arbeitslose und Umschüler eine spürbare Erhöhung der Zahlung durch das Arbeitsamt bringen. Bisher wurde als Bemessungsgrundlage das „im Bemessungszeitraum in der Arbeitsstunde durchschnittlich erzielte Arbeitsentgelt" genommen, bezogen auf die tarifliche Arbeitszeit. Überstundengeld und alle Zahlungen, die nicht in den Stundenlohn eingehen, bleiben unberücksichtigt, obwohl sie inzwischen größere Teile des Lohns ausmachen. So kommt es, daß z.B. die Umschüler nach eigenen Erhebungen im Durchschnitt nur ca. 70% ihres letzten Nettoverdienstes als Unterhaltsgeld erhalten und nicht die gesetzlich festgelegten 80%. Ein Arbeiter, der z.B. 2300 DM brutto verdient und arbeitslos wird, bekommt ein wöchentliches Arbeitslosengeld von ca. 240 DM (Lohnsteuerklasse I). Werden jetzt 13. Monatsgehalt und Urlaubsgeld in die Bemessungsgrundlage einbezogen, so erhöht sich das wöchentliche Arbeitslosengeld um rund 20 DM. Diese Regelung gilt ebenso für alle Bezieher von Lohnersatzleistungen.

Die Weiterbeschäftigung während des Kündigungsprozesses muß durchgesetzt werden

z.ebk. „Die Bundesregierung will nach der Wahl den Kündigungsschutz erheblich verbessern", läßt Anke Fuchs, Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, die „Bild-Zeitung" verbreiten. Auf Nachfrage erklärte ihr Pressesprecher, daß ein entsprechender Beschluß der Bundesregierung nicht vorliege. Die Staatsekretärin, früher Vorstandsmitglied der IG Metll, habe sich lediglich zwei Stunden „sehr tief" über „die Probleme der achtziger Jahre"
lediglich zwei Stunden „sehr tief" über
„die Probleme der achtziger Jahre"
unterhalten. Ein Problem ist freilich die Weiterbeschäftigung des gekündigten Arbeiters während des Kündigungsprozesses nicht erst seit den achtziger Jahren.

Das Kündigungsschutzgesetz überläßt es dem gekündigten Arbeiter, gegen die Kündigung durch den Kapitalisten vor dem Arbeitsgericht zu klagen. Die Verpflichtung des Kapitalisten, den Arbeiter bis zur Klärung der Kündigung im Prozeß weiterzubeschäftigen, sieht es nicht vor. Das ist der entscheidende Grund dafür, daß weniger als 5% der Kündigungsprozesse damit enden, daß der Kapitalist durch Urteil verpflichtet wird, den Arbeiter weiterzubeschäftigen. Über 80% der Prozesse enden mit einem Abfindungsvergleich: das Arbeitsverhältnis wird aufgelöst, der Kapitalist zahlt eine Abfindung von durchschnittlich ½ bis ⅔ eines Monatslohnes pro Jahr der Beschäftigung.

Es war vor allem die Krise 1974/75 und ihrer Folge die hohe Arbeitslosigkeit, die einen solchen Abfindungsvergleich als nicht mehr akzeptable Lösung erscheinen ließen. Der Streit ging immer mehr um tatsächliche Beschäftigung. Dieser Streit ist halb gewonnen, wenn der Kapitalist den gekündigten Arbeiter bis zum Ende des Prozesses beschäftigen muß.

Die Arbeitsgerichte sind in dieser Frage gespalten. Während eine größere Zahl von Arbeitsgerichten die Kapitali-
Zahl von Arbeitsgerichten die Kapitali-
sten zur Weiterbeschäftigung während des Prozesse verpflichtete und immerhin auch einige Landesarbeitsgerichte solche Urteile bestätigt haben, hat das Bundesarbeitsgericht in einem Grundsatzurteil 1977 entschieden, daß „in der Regel kein Beschäftigungsanspruch" besteht. Ein rechtes Grundsatzurteil ist aber daraus nicht geworden. Arbeits- und Landesarbeitsgerichte entschieden auch danach, teilweise ausdrücklich, gegen das Bundesarbeitsgericht. 1978 war die Frage Hauptthema des Deutschen Juristentages. Gegen massiven Druck der Advokatenmaffia der Bourgeoisie stellte der Referent Prof. Simitis die These auf: „Jedem Arbeitnehmer steht während der gerichtlichen Auseinandersetzung über die Kündigung grundsätzlich ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung zu." Besser wäre allerdings die Forderung, daß *der Kapitalist*, will er einen Arbeiter kündigen, die Kündigung beim Arbeitsgericht einklagen und bis zur endgültigen Entscheidung den Arbeiter weiterbeschäftigen muß.

Polen: Forderungen nach Arbeiterrechten

Arbeiter der Lenin-Werft in Gdansk knüpfen bewußt an 1970 an

z.hku. Am Donnerstag letzter Woche fand auf der Lenin-Werft in Gdansk eine Betriebsversammlung zweier Schichten statt, auf der folgende Forderungen erhoben wurden: Lohnerhöhung von umgerechnet 120 DM; höhere Renten; Anhebung der Familienzuschläge auf das, was bei der Polizei gezahlt wird; Auflösung der gegenwärtigen Gewerkschaftszentrale, Unabhängigkeit der Gewerkschaften; Wiedereinstellung von zwei entlassenen Mitgliedern der „Freien Gewerkschaften"; Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Kämpfe von 1970; Ministerpräsident Babiuch soll auf die Werft kommen. Nach der Versammlung wird ein Streikkomitee mit der Verhandlungsführung beauftragt. In der Nacht auf Freitag besetzen die Arbeiter die Werft, den ganzen nächsten Tag verfolgen sie die Verhandlungen. Vor der Werft sammelt sich eine große Menschenmenge zu Solidaritätsbekundungen; die Straßenbahner und zwei weitere Werften schließen sich dem Streik an. Nach den letzten Nachrichten waren die Wiedereinstellung der Entlassenen und der Bau des Mahnmals zugesagt, über die Lohnzuschläge war noch keine Einigung erzielt.

Am selben Donnerstag hatte das polnische Fernsehen zum ersten Mal über die Streikbewegung im Land berichtet. Tags zuvor hatte Politbüro-Mitglied Lukascewicz vor der Auslandspresse nicht mehr von „Produktionsstörungen" gesprochen, sondern erstmals von Streiks. Die damit vollzogene faktische Anerkennung der Streikbewegung als elementarem ökonomischem Kampf der Arbeiter ist von grundlegender Bedeutung und hat sofort das Kräfteverhältnis weiter zugunsten der Arbeiter verändert. Lukascewicz hatte zur Beruhigung der westlichen Kreditgeber hinzugefügt, die Streiks hätten ausschließlich ökonomischen Charakter und seien sowieso im großen und ganzen vorbei. Er hat nicht gerade Recht behalten.

In den entscheidenden Industriezentren des Landes wurden letzte Woche die Streiks fortgesetzt. In Lodz durch die Arbeiterinnen einer Baumwollspinnerei. Am Dienstag beendeten die Arbeiter der Warschauer Stadtreinigung ihren viertägigen Streik mit einer Lohnerhöhung von 10% und der Zusicherung, im Betrieb würden Organe der „Arbeiterselbstverwaltung" (1) gebildet. Am gleichen Tag begann ein Ausstand der Warschauer Bus- und später Straßenbahnfahrer, der in einigen Depots aus zum Wochenende noch nicht beigelegt war. Weitere Streiks werden auch Breslau gemeldet; und schließlich die Werften von Gdansk.

In welchem Ausmaß die polnische Arbeiterklasse jetzt Lohnerhöhungen durchgesetzt hat, und wo das noch drängende Notwendigkeit ist, läßt sich nicht annähernd genau sagen. Der Charakter der gegenwärtigen Bewegung läßt den Mangel an Informationen besonders fühlbar werden. 1970 wie 1976 hatten die Arbeiter die *Zurücknahme* der Preiserhöhungen durch die Partei- und Staatsführung verlangt und nach erbitterten Kämpfen mit dem Staatsapparat auch durchgesetzt. 1980 hat die polnische Arbeiterklasse nicht mehr versucht, das gegenwärtige Preis- und Subventionssystem unverändert aufrechtzuerhalten, sondern ist den Weg gegangen, den Preis der Arbeitskraft durch Lohnerhöhungen zu verteidigen. Das hat Aktionen auf der Ebene des Einzelbetriebes ermöglicht; es hat offensichtlich den Kräften und dem Organisationsgrad der Arbeiterbewegung gut entsprochen, so daß sich die Streikbewegung trotz örtlicher und zeitlicher Zersplitterung einheitlich entwickelt hat.

Man muß dabei folgendes bedenken: der *Tariflohn* (rund 50–70% vom Effektivlohn) wird in Polen vom staatlichen Komitee für Arbeit und Löhne in Abstimmung mit den Gewerkschaften festgelegt. Auf seiner Basis wird im Einzelbetrieb zwischen Betriebsrat (= betrieblicher Gewerkschaftsleitung) und Betriebsleitung der Kollektivvertrag abgeschlossen, der die *Grundlöhne*, die Eingruppierungsgrundsätze und die Prämienverteilung festlegt. Der Spielraum für betriebliche Lohnerhöhungen wird jährlich zentral, in Abhängigkeit vom Zuwachs der Arbeitsproduktivität, festgelegt; diese Grenze ist allerdings in den letzten Jahren immer überschritten worden. Jedenfalls haben die Betriebsleitungen hier einen Spielraum, der zu Beginn der Streikbewegung ausdrücklich nochmals von der PVAP-Führung erweitert worden ist.

Es ist aus den letzten Wochen kein einziger Fall bekannt, in dem die *Gewerkschaft* die Forderungen der Arbeiter vertreten hätte. Das haben vielmehr Arbeiterkommissionen gemacht, dazu direkt beauftragte Streikkomitees. Die Revisionisten haben mit dem Recht auf Streik auch die Bildung dieser selbständigen Klassenorgane anerkennen müssen und haben mit ihnen verhandelt. Mit diesen Komitees sind die Belegschaften so gut organisiert gewesen, daß sie Verhandlungen über einen längeren Zeitraum hinweg führen und auch einen Streik wieder haben aufnehmen können, wenn z.B. Zusagen nicht erfüllt wurden, wie das bei den Flugzeugwerken in Swidnik der Fall war. Die demokratische Wahl der Streikkomitees ist auch ein wirksamer Schutz gegen die Verfolgung der Streikführer gewesen.

Gleichzeitig wächst aus den Erfahrungen der Streiks der Ruf nach Unabhängigkeit der Gewerkschaften, nach umfassenden Koalitionsrechten. Wie 1970 haben die Werftarbeiter in Gdansk auch jetzt diese Forderung erhoben. Gegenüber den Forderungen nach Rechten der Arbeiter wird die PVAP die flexible Verhandlungstaktik nicht lange anwenden können.

(1) Die „Arbeiterselbstverwaltung" wurde 1956 nach dem Posener Aufstand geschaffen. Ihre Organe, mehrheitlich von PVAP und Gewerkschaftsleitung besetzt, haben Mitwirkungsrechte bei Planaufstellung, Lohn- und Prämienaufteilung u.ä. Praktisch spielt sie gegenwärtig keine Rolle.





Ursus-Traktorenwerke in Warschau, Ausgangspunkt der Streiks 1976 und 1980. – Während die Versorgung der Arbeiterfamilien immer schwieriger wird, kann man auf den privaten Märkten noch alles bekommen – gegen „harte Währung".

drei Monaten in den Streik getreten, nachdem Giral ihre Forderungen nach Erhöhung des Lohns von 2100 FF (910 DM) auf 2400 FF und Verbesserung der sanitären Bedingungen auf den Baustellen nicht erfüllen wollte. Anfang Juni standen 400 der insgesamt 600 Arbeiter im Streik. Giral entließ 49 „Streikführer", schloß eine Baustelle ganz und stellte 100 Arbeiter, zumeist Flüchtlinge aus Südostasien, neu ein. Mit Einwochenverträgen und unter der Drohung, sie könnten jederzeit abgeschoben werden. Als es den Streikenden jedoch gelang, die Neueingestellten zur Arbeitsniederlegung zu bewegen, erfolgte der Polizeieinsatz. In Santigny wurde der CGT-Gewerkschaftssekretär gleich mitverhaftet. Die CGT ruft für den 21.8. zum Streik in der ganzen Branche auf.

z.hew. **Am 5. August ist ein zweitägiger Streik der Fiat-Arbeiter in Rio de Janeiro erfolreich beendet worden.** 3000 Arbeiter hatten für die Forderungen nach Erhöhung des Mindestlohnes vom 4700 auf 7000 Cruzeiros (ca. 270 DM) sowie für die Garantie von fester Beschäftigung für sechs Funktionäre der Gewerkschaft gestreikt. Der Durchschnittslohn der Metallarbeiter in der Sao-Paulo-Region betrug im Januar 14155,55 crz. (559 DM). Schon im April hatten die brasilianischen Metallarbeiter in dieser Industrieregion große Kämpfe um eine Lohnerhöhung um 15%, vierteljährlich Anhebung der Inflationszuschläge (Inflationsrate 81,7%), mindestens einjährige Arbeitsverträge, 100% Überstundenzuschläge, 40-Stundenwoche, freien Zugang der Gewerkschaftsvertreter zu den Betrieben und Anerkennung der Gewerkschaften geführt. Die brasilianische Regierung hatte auf die Streiks mit Verhaftung der führenden Mitglieder der Gewerkschaften reagiert. Durch eine geschickte Taktik konnten die Gewerkschaften jedoch verhindern, daß der Streik führungslos wurde. Schon im letzten Jahr hatte ein Streik mit Verhaftung der Führer zerschlagen werden können.

z.gkr. **Vier Wochen streiken inzwischen die 67000 Film- und Fernsehschauspieler in den USA, die gegenwärtig zu 90% unter 10000 Dollar im Jahr verdienen.** Am 8. August haben sich dem Streik auch 5000 Musiker angeschlossen. Die großen Fernsehgesellschaften befürchten schon einen 25%igen Verlust bei den Werbeeinnahmen auf Grund geringerer Einschaltquoten im Winterhalbjahr. Grund: Statt neuer Filme – alleine mindestens 50 Fernsehspiele und -serien werden auf Grund des Streikes nicht mehr fertig – werden alte Sendungen hervorgekramt.

z.scc. **Nach 27 Tagen ist der Streik der Lohnabhängigen in den Hotels und Restaurants von San Francisco, USA, beendet.** Anfang letzter Woche beschlossen die Gewerkschaftsmitglieder mit einem Stimmverhältnis von 3:1, ein Verhandlungsergebnis anzunehmen, von dem bisher nur bekannt ist, daß es Lohnerhöhungen von 40% innerhalb von drei Jahren vorsieht. Das „letzte Angebot" der Kapitalisten vor dem Streik hatte auf 31% gelautet. Die meisten der Lohnabhängigen in den Hotels und Restaurants sind Chinesinnen oder Mexikanerinnen, die, oft „ohne Papiere" und besonders rechtlos, zu einem Stundenlohn von weniger als 4,50 $ im Akkord Zimmer putzen, Geschirr spülen, Wäsche waschen müssen. Ihr Streik, den sie trotz leerer Gewerkschaftskassen 27 Tage durchhielten, stieß bei den übrigen Lohnabhängigen v.a. in San Francisco auf große Unterstützung. Der Schaden der Kapitalisten, die ihre Hotels großteils schließen mußten, geht in die Millionen.

z.chm. **In Bangladesh streiken 1200 Krankenhausärzte seit dem 24. Juli für höhere Löhne.** Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden ca. 50 Assistenzärzte und Medizinstudenten verletzt. Der Streik der Ärzte hat die Gesundheitsversorgung in den acht Kliniken von Dacca lahmgelegt. Sie fordern höhere Löhne, Arbeitsplatzsicherung und die Regelung der Medikamentenausgabe. Die Polizei hatte versucht, die Ärzte dazu zu zwingen, die Arbeit an der Universitätsklinik wiederaufzunehmen. Zwölf Ärzte wurden verhaftet. Im Lauf der Zusammenstöße mit der Polizei setzten die jungen Ärzte die Autos der Chefärzte in Brand und besetzten das Verwaltungsgebäude der Universitätsklinik.

z.hef. **Die azanischen Arbeiter setzen ihre Streikbewegung gegen die Elendslöhne und für die Anerkennung ihrer Gewerkschaften fort.** Bauarbeiter auf der SASOL-Baustelle für eine neue Kohle-Benzin-Anlage in Transvaal streikten in der letzten Woche zum dritten Mal seit Anfang des Jahres. Sie setzten eine Lohnerhöhung von 4,80 Rand (etwa 13 DM) in der Woche durch, aber die Kapitalisten konnten 70 von ihnen entlassen. 800 Arbeiter in den fleischverarbeitenden Fabriken um Kapstadt streiken seit mehr als drei Monaten für die Anerkennung ihrer Gewerkschaften. 2000 Bergarbeiter in den Goldbergwerken von Gold fields of South Africa weigerten sich in der letzten Woche einzufahren. Mehrere hundert Bergarbeiter bei De Beers Diamanten in der Kapprovinz wurden entlassen, als sie für mehr Lohn streikten. 1500 Landarbeiter in Orangenplantagen in Nordtransvaal streiken. Ihr *Höchstlohn* beträgt gegenwärtig 140 DM im Monat. – Die Beteiligung dieser Arbeiter an der Streikbewegung zeigt das Ausmaß der Entschlossenheit der azanischen Arbeiterklasse. Denn im Gegensatz zu Arbeitern in Betrieben wie VW Südafrika, die angelernt sind oder von denen einige jetzt auch zu Facharbeitern ausgebildet werden, können die Kapitalisten die ungelernten Arbeiter leicht durch andere aus den Reservaten ersetzen. Die Polizei vertreibt dann mittels der Paßgesetze die entlassenen Arbeiter aus den Städten, nach vorheriger Verurteilung. 55 Arbeiter aus Boksburg wurden am 9. August zu 60 Tagen Gefängnis oder 140 DM Geldstrafe wegen Beteiligung an einem illegalen Streik verurteilt.

Weg mit der Stufenausbildung!

r.gas. Die geltende Grundlage für die Ausbildung im Einzelhandel ist die verabschiedete Ausbildungsverordnung, die die Stufenausbildung im Handel beinhaltet: die 1.Stufe dauert 2 Jahre, danach ist man Verkäufer, die 2.Stufe dauert ein weiteres Jahr, danach ist man Einzelhandelskaufmann.

Mit Einführung der Stufenausbildung wurde dem Drang der Kapitalisten, die Ausbildung zu beseitigen und das erkämpfte Lohnniveau zu drücken, Folge geleistet. Entsprechend den Anforderungen der Kapitalisten wurde mit Hilfe des Notenschnitts nach der 1.Stufe aussortiert: nur etwa 20% der Auszubildenden wurden in die 2.Stufe übernommen.

Besonders ins Auge fallen dabei die weiblichen Auszubildenden: waren 1970 noch 33736 weibliche Auszubildende in der 2.Stufe, so gab es 1976 nur noch 17164 (Abbau von 50,9%!). Diejenigen Auszubildenden, die nach der 1.Stufe ausgesiebt werden, dienen zum Auffüllen der unteren Lohngruppen. Eine Verkäuferin mit Kassierertätigkeit z.B. verdient im 1.Tätigkeitsjahr DM 1200 brutto (Tarif); während eine Kassiererin im 1.Tätigkeitsjahr DM 1620 verdient. Hier ist eine Ausbildung nicht notwendig, ja einfach zu teuer. Frech begründet wird dies durch folgende Aussage von Hans-Ludwig Gruschow, Vorstandsmitglied des Hertie-Konzerns und Vorsitzender des Bildungspolitischen Beirats der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels: „Die Anforderungen an denjenigen, der in Zukunft beraten und verkaufen will, werden wachsen. Wir werden auf der anderen Seite Tätigkeiten, wie Nachsortieren und Warenauszeichnen von Kräften durchführen lassen, die vom Arbeitsmarkt kommen. Dazu braucht man keine 3jährige Ausbildungszeit. Da reicht eine kurze Einarbeitungszeit." (Bilanz, Magazin für Wirtschaft und Politik, 2/80)

Die Gewerkschaftsjugend tritt den Bestrebungen der Kapitalisten entgegen. 1976 beschloß der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der HBV einen Antrag zur Neuordnung der Ausbildung im Einzelhandel. Darin heißt es: „Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Ministerien dafür einzusetzen, daß die bisherige gestufte Ausbildung im Einzelhandel abgeschafft wird ..." Aus der Begründung: „Bei der 2jährigen Ausbildung zum Verkäufer handelt es sich um verhältnismäßig enge Fachausbildung. Eine zukunftsorientierte Berufsausbildung muß aber von einer breit angelegten beruflichen Grundbildung mit einer darauf aufbauenden fachlichen Spezialisierung ausgehen." Die IGM-Jugend des Nordverbundes fordert dieses Jahr als Übernahme in den MTV-Auszubildende u.a.: „Übernahme aller bei Stufenausbildung!" „Übernahme nach der Ausbildung!"

Das zeigt die Richtung, in die der Kampf für die Ausbildungsinteressen der Jugend organisiert werden muß!

CDU: Die Forderung nach Lernmittelfreiheit ist ein Ladenhüter der SPD

r.geo. „Die Erziehungsberechtigten sollen von den Kosten der Lernmittel entlastet werden. Art, Umfang und Zeitpunkt der dazu dienenden Maßnahmen regelt ein besonderes Gesetz." So §95 des Niedersächsischen Schulgesetzes, 1975 unter einer SPD-Regierung verabschiedet, 1980 von der CDU keineswegs geändert. Also gesetzlicher Auftrag – nur ein Zeitpunkt steht nicht in dem Gesetz.

Im Januar 1978 hat die SPD den ersten Entwurf für ein Lernmittelfreiheitsgesetz im Landtag eingebracht. Ablehnung durch CDU und FDP. Im Herbst folgte der zweite und wurde Sommer 1979 von der CDU abgelehnt. Jetzt hat die SPD, passend zum Bundestagswahlkampf, den dritten Gesetzentwurf vorgelegt. Erste Reaktion der CDU: die SPD hat lediglich einen alten

CDU: die SPD hat lediglich einen alten

Ladenhüter präsentiert; der FDP: wohl wünschenswert, aber für solche „Spezialinteressen" ist kein Geld da. Vielleicht ist die Jugend ein „Spezialinteresse" der Volksmassen. Auf jeden Fall wächst seit Jahren an den Schulen die Bewegung für diesen „Ladenhüter", kosten doch allein die Schulbücher die Eltern nach Schätzung des SPD-Entwurfs pro Jahr und Kind 200 DM.

50 Mio. DM oder 0,22% des Landeshaushalts rechnet die SPD an jährlichen Kosten. Die CDU 1978: kein Geld, 1979: kein Geld, 1980: kein Geld. Allein der geplante Ausbau des Herzog Albrecht (Herrenhäuser) Schlosses soll 40 Mio. DM kosten. Gravierend sind Remmers Bedenken gegen das Leihsystem von Schulbüchern, könnten doch Eltern ihren Kindern die Schulbücher trotzdem kaufen, wodurch „an der äußeren Beschaffenheit der Schulbücher dann die soziale Schichtung der Schüler zum Ausdruck kommt" (Landtag 19.10.78). Bei einer Übereigung der Schulbücher kann Remmers sicher mit breiter Unterstützung rechnen.

Der von der SPD eingebrachte Entwurf sieht vor: schrittweise in drei Jahren leihweise zur Verfügungstellung aller Bücher, Übereignung eines Atlas, Wörterbuch und einer Formelsamm-

Wörterbuch und einer Formelsamm-

lung und für die Berufsschüler 250 DM als einmaligen Betrag für Arbeitskleidung. Sicher keine wirkliche Lernmittelfreiheit, aber die Verabschiedung dieses Gesetzes wäre ein erster Schritt. Aussicht auf Erfolg hat er nur bei entsprechendem Druck. Der Stadtschülerrat Hannover hat beschlossen, seinen Schulbuchflohmarkt („eine pädagogisch denkbar schlechte Geschichte", Horrmann, CDU) am 5./6.9. mit der Forderung nach Lernmittelfreiheit und einer Unterschriftensammlung zu verbinden.

280000 behinderte Schüler sollen in Grund- und Hauptschulen integriert werden

z.gih. „Soviele Sonderschulen wie unbedingt nötig. Aber unbedingt soviel Eingliederung wie möglich" – „Ein gut ausgebautes Sonderschulwesen darf nicht dazu verführen, die Schwierigen, die Langsamen, die Unbequemen, die Ausländer ‚der Einfachheithalber' aus der Gemeinschaft ihrer Altersgenossen auszusortieren." So stellte Bildungsminister Schmude 90 Modellversuche zur Eingliederung behinderter Kinder und Schüler in das Bildungswesen am 8. August der Presse vor, für die bisher 60 Mio. DM ausgegeben worden sind.

1978 besuchten fast 390000 Schüler eine Schule für Behinderte. Darunter werden Gehörlose, Blinde, geistig Behinderte, emotional gestörte Menschen, Körperbehinderte, durch soziale Bedingungen Benachteiligte oder Lernbehinderte zusammengefaßt. 280000 Schüler könnten nach Ansicht von Bildungsminister Schmude in Grund- und Hauptschulen integriert werden. 1977 betrugen die Ausgaben für Grund- und Hauptschulen 14253 Mio. DM und für Schulen für Behinderte 2429 Mio. DM. Pro Schüler wurden somit an Grund- und Hauptschulen 2368 DM und an Schulen für Behinderte 6103 DM ausgegeben. Aber auch im innerschulischen Bereich sind die Bedingungen an den Sonderschulen meist günstiger als an den Grund- und Hauptschulen.

Schüler/Klasse an Schulen f. Beh.	12,3
Schüler/Klasse an Grund- u. Hauptsch.	26,2
Schüler/Lehrer an Schulen f. Beh.	10,0
Schüler/Lehrer an Grund- u. Hauptsch.	24,3

Quelle: Bildung im Zahlenspiegel 1980, Stat. Bundesamt Wiesbaden

Mit seinem Vorschlag will Schmude zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Er will im Hinblick auf „den allgemeinen Rückgang der Schülerzahlen in den geburtenschwachen Jahrgängen" die vorhandenen Grund- und Hauptschulen nutzen, um sie wieder aufzufüllen, um dann einen Großteil der Sonderschulen für Behinderte schließen zu können. Das würde ihm z.Zt. bei den zugrundeliegenden Ausgaben ca. 1 Mrd. DM jährlich einbringen. Weiter nutzt er den Kampf der Volksmassen gegen die Sonderschulen aus, um seine Ziele durchzusetzen. Gleichzeitig setzt er darauf, die Lehrer, die sich für die Eingliederung der „behinderten" Schüler einsetzen, aber auch für bessere Arbeitsbedingungen und für Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen, spalten zu können. Für alle Schüler wird sich die Lage an den Schulen eher verschlechtern als verbessern.

Die berufliche Mobilität soll gefördert werden

Bund-Länder-Kommission legte Bildungsgesamtplan II zur Beratung vor

z.hew. Seit Mitte Juni liegt den am Bildungswesen beteiligten Verbänden und Institutionen die Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes (Bildungsgesamtplan II) der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zur Beratung vor. Der Vorsitzende der Kommission, Wissenschaftsminister Engler, erklärte in einer Pressekonferenz, die Fortschreibung des Planes sei „entsprechend den eingetretenen Veränderungen" nötig.

Als „eingetretene Veränderungen" werden in der Einleitung des Bildungsgesamtplanes II genannt: Das Absinken der Schülerzahlen in den nächsten Jahren, die wirtschaftliche Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die bildungspolitischen Ausgaben, Notwendigkeit der besseren Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem, sowie die Fortführung der Bildungsreform auf Grundlage der neuen Daten.

Der bisherige Bildungsgesamtplan von 1973 wurde in einer wirtschaftlichen Lage beschlossen, in der die Kapitalisten einen relativen Mangel an Arbeitskräften hatten. Durch die Bildungsreform sollte dem abgeholfen werden, indem schnell Arbeitskräfte verschiedener Qualifikation herangebildet wurden. Dazu der Plan: „Eine Produktionssteigerung tritt dann ein, wenn infolge eines höheren Bildungsniveaus Qualität und berufliche Mobilität der Arbeitnehmer verbessert werden und diese ihre erworbene Qualifikation am Arbeitplatz entsprechend anwenden ... Dies (vergrößerte Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, d. Red.) ermöglicht vor allem der Wirtschaft ... den Einsatz kapitalintensiverer Produktionsverfahren bei entsprechendem Rückgang relativ anspruchsloser Tätigkeiten." Ferner erwog man, daß bei einem Ausbau des Bildungswesens, besonders der Ganztagsschulen, die Berufstätigkeit der Frauen zu erhöhen sei.

Das Ergebnis ist die Spezialisierung der Schüler im Kurssystem der Oberstufe, die Aufsplitterung verschiedener Berufe in Teilberufe, Stufenausbildung und Berufsgrundbildungsjahr. Heute ist die Zahl der anerkannten Ausbildungsberufe auf 452 (1978) von 372 (1968) angewachsen.

Die neue Planung ist demgegenüber von den Bedürfnissen der Bourgeoisie zur „Krisenbewältigung" bestimmt. Es geht nicht mehr um die Schaffung eines Ausbildungssystems zur Produktion von Qualifikationen je nach Bedarf, sondern um die Verschiebbarkeit dieser Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt.

Zu diesem Zweck soll die Ausbildung in der Sekundarstufe I um das 10. Hauptschuljahr erweitert werden. „Ein besonderer Schwerpunkt der Hauptschule liegt darin, den Jugendlichen Kenntnisse zu vermitteln, die sie in die Berufs- und Arbeitswelt einführen und ihnen die Entscheidung bei der Berufswahl erleichtern solle", heißt es im Gesamtplan. Naben dem bestehenden 10. Hauptschuljahr in NRW und einigen freiwilligen in anderen Bundesländern soll vor allem das 10. Hauptschuljahr als Berufsgrundbildungsjahr diesem Ziel gerecht werden. Geplant ist, daß bis 1985 36% der Vollzeitschüler im 10. Schuljahr ein Berufsgrundbildungsjahr absolvieren. Sollten sie danach keine Lehrstelle bekommen, ist oftmals die Berufschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr gesetzlich an einem Stück abgegolten.

Mit dem Berufsgrundbildungsjahr will die Bourgeoisie erreichen, daß alle Lehrlinge eines Bereiches eine gemeinsame Grundausbildung erhalten und damit nach der Ausbildung leichter verschiebbar sind. Durch die Regelung 10. Schuljahr gleich Berufsgrundbildungsjahr wird das 10. Schuljahr dann zum ersten Jahr der Berufsausbildung. Denn: „Das erste Jahr der Berufsausbildung erfolgt zunehmend im Berufsgrundbildungsjahr, das in vollzeitschulischer Form an der Berufsschule oder in kooperativer Form in Betrieb und Berufsschule durchgeführt wird." Für die Kapitalisten hat das BGJ den Vorteil, daß sie die Arbeitskraft des Lehrlings nicht bezahlen müssen, da in der kooperativen Form das Arbeitsamt die Kosten trägt. Für die Jugendlichen heißt es, daß in einem Jahr möglichst viel vom gesamten Lehrstoff der Lehre durchgezogen wird.

Ergänzt wird dieses Programm durch die weitere Einführung des Blockunterrichts in den folgenden Ausbildungsjahren und die Errichtung von mehr überbetrieblichen Lehrwerkstätten. Gegen die Verschärfung der Auslese durch BGJ und Blockunterricht und gegen die Einsetzbarkeit der Jugendlichen z.B. in Montagetrupps zwischen den Blöcken hat die Jugend- und Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren verschiedene Kämpfe geführt.

Die Oberstufe der Gymnasien wird im Gesamtplan II als im wesentlichen den Erfordernissen entsprechend bewertet. Als Schwierigkeit wird benannt, die Anforderungen für den Zugang zu einer gymnasialen Oberstufe genügend zu koordinieren. Auch in der Planung für die Verteilung der Schüler der Sek. II schlägt dieses Problem der Vorauslese durch: War 1973 geplant, 1975 17%, 1980 17–19% und 1985 20–23% der Schüler in der Sek. II in der Oberstufe zu haben, so sind diese Planziele übertroffen worden: 1975 waren 19,1% und 1980 20% in der Oberstufe. Die Planung ist jetzt auf 19–21% für die Jahre bis 1990 begrenzt worden.

Ferner heißt es: „Ein möglichst hohes Maß an Einheitlichkeit soll durch die Übereinkunft zur ‚Einheitlichen Durchführung der Vereinbarungen zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe' ... und durch die ...‚Vereinbarung über einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung' erreicht werden ... Außerdem werden einheitliche Prüfungsanforderungen für weitere Fächer ... erstellt." Diese Maßnahmen sind den Schülern noch im Ohr: unter dem Namen „Lübecker Beschlüsse der KMK" waren sie die Grundlage für die Einführung der Sequentialität in Hamburg, Bremen und Niedersachsen. Noch in diesem Frühjahr führten die Schüler Streiks gegen diese Beschlüsse durch.

Durch ein – bisher nur von den nicht-CDU-regierten Ländern – befürwortetes Programm der Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung soll die Vielzahl der Abschlüsse noch um einige erweitert werden, die sowohl Studienzulassung als auch Berufsschulabschluß beinhalten sollen, somit die Mobilität innerhalb verschiedener Berufe gleich einschließen. Den Kapitalisten wird denn auch gleich empfohlen: „Einstellungsverhalten und Einstellungsbedingungen sollten das veränderte Qualifikationsniveau berücksichtigen. Aufstiegs- und Einkommenschancen sollten ... mehr als bisher von Leistung und beruflicher Bewährung abhängen."

Die Schüler- und Jugendbewegung hat sich in den letzten Jahren gegen die einzelnen Maßnahmen der Landesregierungen zusammengeschlossen und große Kämpfe geführt – die Durchsetzung dieses Programms wird der Bourgeoisie schwerfallen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Essen, Stoyftstr. 15, Tel. 25 23 53
Zelle Krupp

Essen
4. August 1980

Bessere Ausstattung der Schulen mit Lehrern und Sachmitteln

Der Landeselternrat Gymnasien NRW hat die Forderung nach besserer Ausstattung der Schulen mit Lern- und Sachmitteln erhoben. Im Oktober 1978, wo die letzte Erhebung zur Schulstatistik durchgeführt wurde, hatten in der Sekundarstufe I an den Gymnasien 70,4% der 14071 Klassen mehr als 30 Schüler: an die 330000 Schüler, zwischen 60 und 70% aller Schüler an Gymnasien in NRW, waren derart zusammengpfercht. Drastischer noch sieht es in den Jahrgängen 5–7 aus: 85% bzw. 87% bzw. 74% aller Klassen überschritten die Stärke von 30 Schülern. Danach hat die Selektion gegriffen, was in der steigenden Zahl kleinerer Klassen zum Ausdruck kommt.

An den Grundschulen waren zum gleichen Zeitpunkt zwar nur 16,2% aller Klassen stärker als 30 Schüler, aber immerhin noch 55,5% stärker als 25. Bei den Hauptschulen steigert sich die Anzahl der Klassen mit 30 und mehr Schülern auf 36,2%, fast 80% umfassen mehr als 25 Schüler. Für die Realschulen werden ähnliche Zahlen wie für die Gymnasien vermeldet. Etwas besser ist die Lage an den Gesamtschulen. Dort sind immerhin fast 30% aller Schüler in Gruppen, die kleiner sind als 25. Für die Berufsschulen mögen die wöchentlichen Unterrichtsstunden ein Bild geben. Nur 4,9% aller Berufsschüler, die nicht in Blockunterricht gepreßt waren, hatten 12 oder mehr wöchentliche Unterrichtsstunden. 58,4% wurden nur bis zu 7 Stunden in der Woche „beschult".

Widerspricht die Forderung nach besserer Versorgung der Schulen mit Lehrern dem Kampf der Lehrer um Verkürzung der Arbeitszeit und für die 40-Stundenwoche? Das ist nur dann der Fall, wenn man die bessere Versorgung durch hohe und vermehrte Auspressung der Arbeitskraft der Lehrer sucht, eine Idee, die nur einem Kultusministerhirn entspringen kann.

Die Forderung des Landeselternverbandes zielt dagegen auf Bedingungen, die zur Hebung der Qualität des Schulunterrichts dienen können. Das wird spätestens in ihrem zweiten Teil klar. Anhaltspunkte, um sie zu stützen, gibt die amtliche Statistik keine. Nicht einmal die Anzahl von Fachräumen, was ja minimale Auskunft gäbe, kann man ihr entnehmen. Für die Berufsschulen ist immerhin interessant, daß 17,8% der Klassen sog. Wanderklassen sind, 3,8% in fremden Schulgebäuden und 358 Klassen = 1,3% in Nicht-Schulgebäuden untergebracht sind.

Lediglich für Grundschulen gibt es eine Empfehlung des Kultusministers für die Ausstattung, aus dem Jahre 1973. Das ist eher günstig. Das Schulfinanzgesetz verpflichtet die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände als Schulträger zur Finanzierung der Sachausgaben der Schulen. Wegen der Auspowerung der kommunalen Finanzkraft durch Landes- und Bundesregierung sind die Gemeinden dazu aber immer weniger in der Lage, sondern auf Zuschüsse angewiesen, die mit engen Auflagen verbunden sind. So werden für die Erstausstattung nur 7% der Neubaukosten als „förderungsfähig" anerkannt. Die tatsächlichen Aufwendungen liegen darüber, nach einer Umfrage von 1975 bei 9,6%. Richtig wird es sein, um die Forderung zu konkretisieren, sich einen Überblick über die derzeit möglichen Standarte der Schulausstattung zu verschaffen, z.B. in den Schülervertretungen, und die nötigen Forderungen an die Kommunen zu stellen.



Seit Jahren wird der Kampf um die Bedingungen der Ausbildung in der Schule als Kampf für die Einstellung aller Lehrer geführt.

Weisung des Generalinspekteurs zum 25jährigen Bestehen der Bundeswehr

z.ped. Der Bonner Untersuchungsausschuß zu den Aktionen gegen die Rekrutenvereidigung in Bremen am 6. Mai hat seine Beweisaufnahme abgeschlossen. Bis zum 29. August wird er sein „Untersuchungsergebnis" vorlegen. Derweil hat die bürgerliche Presse das Ergebnis schon auf einen Nenner gebracht: „Was Bremen politisch zum Skandal machte – die fatale Rolle der Jusos, die zumindest problematische Haltung großer Teile der Bremer SPD, die ganze nebulöse Mischung aus Vorbehalten und Animositäten, aus denen beides herauswuchs –, lag schon vorher zutage." (Die Zeit, 8.8.) „Die Signale einer Volksfront hinter deren Schirm von Gewaltlosigkeit sich die Gewalttäter so gern verstecken" analysierte die FAZ erneut am 6.8., um in Hinblick auf den verschiedenen Orts geplanten Antikriegstag am 1. September festzuhalten: SPD und FDP werden diesmal hoffentlich auf die Verstrickungen etlicher ihrer Judos und Jusos achten und Vorsorge treffen. Denn die klarsten Erkenntnisse der Nachrichtendienste nützen nichts, wenn die Parteien und Regierungen daraus keine Konsequenzen ziehen. Diese zu befördern dürfte dem Bonner Untersuchungsausschuß vermutlich gelungen sein."

Abschottung der bürgerlichen Parteien und insbesondere der SPD als bürgerlicher Arbeiterpartei gegenüber den Forderungen und Interessen der Massen; ihr bedingungsloses Einschwören auf die Politik der Finanzbourgeoisie, die die Bundesregierung verficht; Drohung an die Adresse der Massenbewegung gegen den imperialistischen Krieg sowie Überprüfung und Verbesserung der staatlichen Unterdrückungsapparate, all das ist nötig, um die – mit neuer Qualität des im Frühjahr eingeleiteten Schrittes der öffentlichen Gelöbnisse – umfassendere und intensivere Mobilisierung aller Teile des Volkes für die NATO-Kriegsvorbereitungen durchzusetzen.

Unmittelbar am Tage nach der Rekrutenvereidigung in Bremen hatte die Bundesregierung in einer Presseerklärung diese Maßnahmen bekräftigt. Bundeskanzler Schmidt hatte in einem Brief an den Verteidigungsminister derartige Veranstaltungen als sinnvoll begrüßt und die Bundeswehr darin bestärkt, diese Tradition im bisherigen Umfang fortzuführen. Was „im bisherigen Umfang" bedeutet, machte die Weisung des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Brandt, vom 14. Juli 1980 klar:

„Die Bundeswehr besteht am 12. November 1980 25 Jahre. Aus diesem Anlaß werden in Bonn und in einer herausgehobenen Veranstaltung in jedem Wehrbereich wehrpflichtige Soldaten ihr feierliches Gelöbnis vor der Öffentlichkeit ablegen. Außerdem ist des Geburtstages der Bundeswehr in allen Standorten zu gedenken. Das öffentliche Ablegen des feierlichen Gelöbnisses ist keine militärische Machtdemonstration, sondern eine notwendige Begegnung zwischen „Auftraggeber" und „Auftragnehmer". Dabei wird die Aufmerksamkeit der Soldaten und der zivilen Bevölkerung auf den Sinn des militärischen Dienstes gelenkt ... In den Wehrbereichen sind Vertreter des öffentlichen Lebens (Mitglieder der Landesregierungen, führende Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Gruppen) für die Ansprachen zu gewinnen. Auch in den Standorten ist des „Geburtstags" der Bundeswehr zu gedenken ... Für die Veranstaltungen besteht größtmögliche Gestaltungsfreiheit. Jedoch ist die Öffentlichkeit einzubeziehen."

In dem „Anhang zur Weisung" wird „auf folgende Möglichkeiten, den 25. Geburtstag der Bundeswehr in den Standorten zu begehen, hingewiesen: 1. Öffentliche Ablegung des feierlichen Gelöbnisses der im Oktober einberufenen Soldaten. 2. Appelle und Empfänge. 3. Tage der Offenen Tür. 4. Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit Presse und Gästen."

Nach der Vereidigung in Bremen sind verschiedentlich geplante Vereidigungen ausgesetzt bzw. in die Kasernen hineinverlegt worden. Das liegt nicht an einigen brennenden Bundeswehrfahrzeugen in Bremen. Es wächst die Aufmerksamkeit und Besorgnis über die Zug um Zug erfolgenden Schritte der beiden Supermächte zum Krieg gegeneinander, über ihre sich erweiternden Aggressionen gegen die Völker zwecks Ausgangsstellungen für diese Schlacht. Unter dem Oberkommando der US-Finanzbourgeoisie oder im anderen Fall der sowjetischen bürokratischen Monopolbourgeoisie Krieg zu führen hat ja wirklich nichts für sich. Diese Perspektive ist bedrohlich. Sie wird um so bedrohlicher, je stärker sich die Bundesregierung in die Seile hängt, um die gesamte Bevölkerung für die Vorbereitung dieses Krieges zu gewinnen und einzuspannen. Die Maßnahmen der westdeutschen Finanzbourgeoisie, ihrer Bundesregierung, liegen offen. Die Interessen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung stehen dem entgegen. In den jetzt bevorstehenden gewerkschaftlichen Aktionen zum Antikriegstag werden diese Interessen zum Ausdruck kommen, genau wie in den Aktionen, die gegen die geplanten Geburtstagsfeierlichkeiten der Bundeswehr um den 12. November notwendig sind.

„Die armen US-Soldaten in Deutschand"

r.jok. Wegen des Dollarkursverfalles gehe es den US-Besatzungssoldaten in Westdeutschland mittlerweile materiell so schlecht, daß Moral und Leistungsfähigkeit der US-Truppe gefährdet seien, haben in der letzten Woche verschiedene Zeitungen verbreitet, Hamburger Abendblatt, 5.8.80. Die US-Imperialisten verlangen jetzt von der Bundesregierung verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung der Besatzertruppe: Besatzersoldaten sollen Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden; zinsverbilligte Baudarlehen und weitere Steuererleichterungen sollen gewährt werden. Zusätzlich fordern die USA Preisnachlässe in kommunalen Einrichtungen und Fahrkartenermäßigung bei der Bundesbahn und örtlichen Verkehrsbetrieben (worum die Bundeswehrsoldaten immer noch kämpfen).

Die US-Imperialisten haben bislang die BRD-Imperialisten immer wieder zwingen können, große Teile der Besatzungskosten zu übernehmen. Nach Beendigung des offiziellen Besatzungsregimes 1955 mußte die BRD fast 4 Mrd. DM in den nächsten 2 Jahren Besatzungskosten zahlen. Seitdem hat sich die Bundesregierung geweigert, direkt Besatzungskosten zu übernehmen, was „innenpolitisch unannehmbar sei". Stattdessen wurden alle 2 Jahre „Devisenausgleichsabkommen" zwischen BRD und USA geschlossen, wonach sich Westdeutschland verpflichtete, für festgelegte Beträge Waffen in den USA zu kaufen – als Ausgleich für die Devisen, die die US-Truppen in die BRD bringen würden. Das schloß „Vorauszahlungen" für Waffen, die gar nicht benötigt wurden, ein. Später mußte die Bundesbank US-Schatzanweisungen kaufen. Vorzeitige Schuldenrückzahlung und Übernahme von US-Forderungen gegenüber anderen Schuldnern kamen hinzu. 1973 renovierte die BRD sämtliche US-Truppenunterkünfte und gewährte 1975 weitere Steuer- und Gebührenbefreiung für US-Truppen. Insgesamt hat die BRD im Zeitraum von 1961-1975 auf diesem Weg 40,25 Mrd. DM für die fremden US-Truppen bezahlt.

In Vorbereitung des Antikriegstages und im Kampf gegen die Herbstmanöver wird von Gewerkschaften und Aktionsbündnissen immer wieder die Forderung nach Abzug der fremden Truppen erhoben.



r.dem. Eröffnung des deutsch-amerikanischen Volksfestes durch US-Brigadegeneral Anderson und Stadtverordnetenvorsteherin Lehmann in Bremerhaven. Parallel dazu Windjammerparade mit der sowjetischen Bark „Krusenstern". Nach Magistratsmeinung soll das Volksfest der Freundschaft mit den amerikanischen Besatzern dienen, die Hofierung der Sozialimperialisten dem besseren Verständnis.

CDU-Hasselmann fordert neue Heimatschutztruppe aus „weißen Jahrgängen"

z.hev. Der stellvertretende niedersächsische Ministerpräsident Wilfried Hasselmann hat bereits am 20. Juni auf einer Tagung der Hermann-Ehlers-Stiftung die Aufstellung von „infantristisch ausgerüsteten kombattanten Verbänden" angeregt, die aus einem „auch heute noch ungenutzten Potential an Reservisten und Angehörigen der weißen Jahrgänge" (1928 – 1937, sie waren bei der Aufstellung der Bundeswehr nicht eingezogen worden) rekrutiert werden sollten. Hasselmann geht davon aus, daß die NATO-Kampfverbände der Bundeswehr und der Besatzertruppen bei einem Angriff des Warschauer Pakts durch Kräfte aus dem nicht der NATO unterstellten Territorialheer angereichert werden müßten und dann die Aufgaben, die eigentlich der sog. Heimatschutztruppe des Territorialheeres obliegen, wie „Objektschutz" und „Sicherung von Marschwegen" nicht mehr wahrgenommen werden würden. Der neue Verband solle daher als „dritte Linie" für die „Heimatverteidigung" eingesetzt werden. „Es soll etwas spürbar werden von den inneren Bindungen an den eigenen Lebensraum, seine Menschen und seine Lebensordnung." (zit.n. „Die Welt", 8.8.) Das sei auch ein ideologisch wirksam einzusetzendes Propagandamittel, um solchen Volkskämpfen wie bei der öffentlichen Vereidigung in Bremen vorzubeugen.

Verteidigungsminister Apel hat die Vorschläge zwar abgelehnt, aber vom Tisch sind sie deshalb noch lange nicht. Bei den Generälen gibt es viele Befürworter. Grundlage dafür ist der Ausbau der Brigaden des Territorialheeres bis Mitte der 80er Jahre zu vollwertigen Panzer-, Jäger- und Feldartillerieeinheiten, der nach dem Verteidigungsweißbuch 1979 „zusätzliche Großverbände als Reserven für die Vorneverteidigung" verfügbar macht, was nichts anderes heißt, als daß de facto der NATO weitere Verbände unterstellt werden können, wenn sie das beschließt. Das Territorialheer ist dann nicht mehr „räumlich gebunden", wie sein ursprünglicher Auftrag lautet, sondern wird dort eingesetzt, wo immer „vorne" gekämpft wird, sei dies die DDR, diee Tschechoslowakei oder andere Staaten. Westdeutschland bietet so eine offene Flanke – die eigene Bevölkerung.

Hasselmann hält eine „milizionäre Truppe" für „militärisch sinnlos". Er meint, daß Leute, die beim Herannahen des Feindes schnell ihr Gewehr aus dem Schrank holen, nur von geringem Gefechtswert seien. Seine „dritte Linie" ist eher sowas wie eine Neuauflage des ursprünglichen Konzepts der Territorialverteidung, die im wesentlichen Pionier-, Fernmelde- und Aufgaben der Feldjäger zu erfüllen hatte, dann aber Schritt für Schritt zur vollwertigen Heereseinheit ausgebaut und schließlich 1967 auch dem Heereskommando unterstellt wurde. In Zukunft wird nur noch ein Teil des Territorialheeres als Heimatschutzbataillone und Sicherungstruppen eingesetzt werden.

Der Vorschlag Hasselmanns spiegelt die Auseinandersetzung in den Reihen der Bourgeoisie wider, auf welche Weise das Reservistenpotential weiter ausgedehnt und die Zahl der eigentlichen Kampftruppen erhöht werden könnte. Hasselmann will sogar auf die weißen Jahrgänge" zurückgreifen, eine Generation, die den letzten Krieg noch bewußt miterlebt hat und deren Schonung beim Aufbau der Bundeswehr ein Ergebnis der heftigen Kämpfe gegen die Wiederaufrüstung gewesen ist. Apel als SPD-Minister kann dies nicht einfach ignorieren, sondern verfolgt derzeit die Linie, die vorhandenen Reservisten stärker über Wehrübungen heranzuziehen und die „Verfügungsbereitschaft" zu erhöhen.

Seit dem Ersten Weltkrieg Kampf gegen Anwendung Chemischer Kampfstoffe

Verstärkter Einsatz durch Sozialimperialisten in Afghanistan und Kampuchea / VR China fordert Verbot und Vernichtung

z.gkr. Vor wenigen Tagen legten die US-Imperialisten eine Studie vor über den Einsatz chemischer Kampfstoffe durch die Sozialimperialisten in Afghanistan, Laos and Kampuchea. Danach berichtete ein afghanischer Offizier von den Auswirkungen eines „weißen Pulvers", von einem sowjetischen Piloten über Operationsgebiet von Widerstandskämpfern abgeworfen, auf afghanische Truppen, die sich ganz in der Nähe befanden: „Über 100 Menschen wurden getötet, und viele mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden." In Kampuchea wurden z.B. beim Versprühen toxischer Gifte (hochgiftige, von Pflanzen oder Bakterien erzeugte Substanz, 60 Gramm Botulinus-Toxin genügen z.B., um 60 Mio. Menschen zu töten) in der Provinz Pursat 83 Menschen getötet. Heuchlerisch verlangen die US-Imperialisten, die selber im Vietnamkrieg riesige Mengen chemischer Kampfstoffe eingesetzt haben, die Einberufung eines Untersuchungsausschusses durch die UNO.

Chemische und Biologische Kampfmittel gehören mit den Atomwaffen zu den Massenvernichtungsmitteln. Im Gegensatz zu Atombomben richten sie an Anlagen keine Schäden an, können aber Menschen kampfunfähig machen oder töten. Während biologische Waffen in der Regel nicht sofort wirken und darauf beruhen, daß sich die Organismen vermehren, also eine breite Wirkung entfalten, ist der gewünschte Effekt bei chemischen Waffen sofort zu erreichen. Ihre Giftigkeit nimmt aber relativ rasch wieder ab. Daher sind vor allem die Chemischen Waffen für Kriegszwecke einsetzbar.

Die erste umfangreiche und systematische Anwendung von ihnen erfolgte im ersten Weltkrieg. Insgesamt 52000 t Blaukreuz, Grünkreuz und Gelbkreuz wurden von deutscher Seite verwandt, insgesamt 113000 t chemische Kampfmittel setzten die verschiedenen am Krieg beteiligten imperialistischen Staaten ein. Verschiedene vertragliche Verbote der Benutzung von chemischen und biologischen Waffen nach dem 1. Weltkrieg ergaben sich aus dem Druck der Massen auf die Regierungen. So mußte sich Deutschland in den Pariser Friedensverträgen zum Verzicht auf alle biologischen und chemischen Waffen bereiterklären. In die übrigen Friedensverträge wurden ähnliche Abschnitte aufgenommen.

Das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925, dem bis 1979 99 Staaten beigetreten waren, war die erste allgemeine Vereinbarung über das Verbot des Einsatzes von „erstickenden, giftigen oder anderen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Krieg". Dieses Verbot wurde in der Folgezeit allerdings ständig durchbrochen, die US-Imperialisten unterzeichneten die Konvention erst 1975.

Im Spanischen Bürgerkrieg und besonders durch die italiensichen Faschisten in Äthiopien und durch Japan in China wurden große Mengen chemischer Kampfmittel angewandt. Im Zweiten Weltkrieg spielten sie dagegen mit einigen Ausnahmen nur eine untergeordnete Rolle. Nichtsdestoweniger häuften die sich bekämpfenden imperialistischen Mächte schon vor und vor allem im Verlauf des 2. Weltkriegs riesige Mengen an solchen Kampfstoffen auf. 1940 besaßen Deutschland, Großbritannien, USA und Japan zusammengenommen höchstens 30000 t chemische Kampfstoffe, davon allein Deutschland 20000 t. Bei Kriegsende hatten diese Staaten über 250000 t in ihren Lagern.

In den Folgejahren stand der Kampf gegen die Anwendung der Atomwaffe auf Grund der Erfahrung im Zweiten Weltkrieg im Vordergrund. Dies veränderte sich, als der systematische Einsatz dieser Kampfmittel durch die US-Imperialisten in Vietnam bekannt wurde. Laut Angaben der Nordvietnamesischen Regierung waren von 1961 bis 1970 58000 km² Fläche in Südvietnam (Gesamtfläche 172540 km², davon 30% bewaldet) dem Besprühen vor allem mit Entlaubungsmitteln durch die USA ausgesetzt, 1,5 Mio. Menschen erlitten dabei Vergiftungen, 1600 wurden allein dadurch getötet. Unter dem Druck der Massenbewegung in allen Staaten gegen die Praktiken der US-Imperialisten in Indochina mußten die Verhandlungen über ein Verbot der Herstellung und Lagerung von chemischen Waffen im Genfer Abrüstungsausschuß aufgenommen werden. 1972 wurde schließlich ein Verbot der biologischen Waffen beschlossen und das Verbot der Herstellung und Verwendung von Toxinen mitaufgenommen. Ein Verbot der chemischen Waffen verhinderten die Imperialisten bis heute.

Weder das Genfer Protokoll noch das B-Waffenverbot von 1972 haben allerdings die Weiterentwicklung und Anwednung dieser Waffen durch die Imperialisten verhindert. Erst am 27. Juni bewilligte das US-Repräsentantenhaus 3,1 Mio. $ für eine neue Nervengasfabrikationsanlage. So forderte die VR China auf der diesjährigen Sitzungsperiode der Genfer Abrüstungskonferenz, an der sie erst seit Anfang dieses Jahres teilnimmt, Ende Juni angesichts der zunehmenden Produktion chemischer und biologischer Waffen vor allem durch die beiden Supermächte: Vollständiges Verbot der Entwicklung, Produktion, Lagerung, Verkauf und Anwendung von chemischen und biologischen Waffen und eine Vernichtung bestehender Lager. Schon in der Frühjahrssitzungsperiode waren entsprechende Forderungen von verschiedenen Staaten aufgestellt worden.



US-Flugzeuge beim Versprühen von Entlaubungsmitteln in Vietnam

Gestützt auf die eigene Kraft will Jugoslawien seine Wirtschaft stabilisieren

z.ana. Nach monatelangen Beratungen zwischen den Republiken und Autonomen Gebieten Jugoslawiens hat die Bundesversammlung am 31. Juli weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft gebilligt. Das Zahlungsbilanzdefizit, das 1979 3,5 Milliarden Dollar betrug, soll 1980 2 Milliarden Dollar nicht überschreiten. Geplant ist die Zunahme des Exports um 34,9% bei gleichbleibendem Import. Der jugoslawische Premier Djuranovic meinte am 8. August, daß die beschlossenen Maßnahmen für eine dynamische Entwicklung der Wirtschaft sorgen werden. Notwendig sei es, die Rolle der „organisierten sozialistischen Kräfte zu verstärken" (tanjug).

Schwierigkeiten bereiten der jugoslawischen Wirtschaft nach wie vor die Energiepreise und das raschere Ansteigen der Einfuhrpreise (um 19%) gegenüber den Ausfuhrpreisen (um 15%). Dagegen wollen die Arbeiter und Bauern und die verschiedenen Nationalitäten sich verstärkt auf die eigenen Ressourcen stützen und die Produktivität der Volkswirtschaft erhöhen. Im Autonomen Gebiet Kosovo lagern 11 Milliarden Tonnen Braunkohle. Kosovo ist mit den Teilrepubliken übereingekommen, mit Hilfe dieser Kohlevorkommen die Stromversorgung in den anderen Landesteilen zu verbessern.

Am 7. August meldete tanjug – nach Abschluß der Ernte in der Getreidekammer Wojwodina –, daß 150000 Waggons Weizen mehr geerntet worden sind als ursprünglich geplant. Zur Mobilisierung der Bauern hatte die Regierung kürzlich die Ankaufpreise um einen Dinar pro Kilo Weizen erhöht. Das Niveau der Industrieproduktion und die wirtschaftlichen Möglichkeiten im Handel beweist ein jetzt abgeschlossener Vertrag mit dem Irak. Bis Ende 1982 wird Jugoslawien der irakischen Eisenbahn 1960 Güterwaggons und 78 Personenwagen liefern. Auch die BRD-Imperialisten hatten sich um dieses Geschäft bemüht.



Belgien: Staatsschuld wächst ins Unermeßliche – Volksmassen sollen zahlen

z.scc. Brüssel. Um umgerechnet mindestens 15,1 Mrd. DM oder 1535 DM pro Kopf der Bevölkerung auf insgesamt knapp 135 Mrd. DM wird die belgische Staatsschuld 1981 steigen. Über die Hälfte der Neuverschuldung, 7,8 Mrd. DM, halten die Banken gleich für die fälligen Zinsen auf die Staatsschuld ein. Die belgische Finanzbourgeoisie hält ihren Staatsapparat eng an der Leine. Zwar, ihre Hauptforderungen sind noch offen, aber an mangelnder Willigkeit der Regierung Martens wird es nicht liegen, wenn der neuerliche Milliarden-Ausplünderungsfeldzug ins Stocken gerät.

Zusätzlich knapp 190 Mio. DM

Zusätzlich knapp 190 Mio. DM müßten demnach die Volksmassen, und zwar ausschließlich die Volksmassen, 1981 für die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Benzin, Heizöl und Erdgas zahlen. Hier steigt der Steuersatz, bei teilweiser Senkung der Verbrauchssteuern, von 16 auf 25% (Benzin) bzw. 6 auf 16% (Heizenergie). In den drei Monaten seit der letzten Regierungskrise hat die Regierung Martens III die indirekten Steuern bereits um 1,25 Mrd. DM erhöht!

Um 375 Mio. DM sollen die Löhne im öffentlichen Dienst durch Einführung eines Rentenversicherungsbeitrages von 2% gekürzt werden. Warum nur die Löhne im öffentlichen Dienst kürzen, fragen gebieterisch die Finanzbourgeois. In den für September angekündigten Verhandlungen mit den Gewerkschaften solle die Regierung durchsetzen, daß die Laufzeiten sämtlicher Tarifverträge von 12 auf 18 Monate verlängert, Lohnerhöhungen über die gesetzliche Lohnindexierung hinaus ausgeschaltet und die Forderungen nach Verallgemeinerung der 38-Stundenwoche und Einführung der 36-Stundenwoche ein- für allemal vom Tisch kommen.

Noch unzufrieden zeigen sich die Kapitalisten auch über die Regierungspläne zur „Sanierung der Sozialversi- Kapitalisten auch über die Regierungspläne zur „Sanierung der Sozialversi- cherung". Anstelle der beabsichtigten 940 Mio. DM (bei gleichzeitigen Beitragserhöhungen von 840 Mio. DM) könnten gut und gerne 2 Mrd. DM an den Ausgaben gespart werden: z.B. durch Begrenzung des Arbeitslosengeldes an Alleinstehende und verheiratete Frauen, durch Kürzung des Kindergeldes und Erhöhung der „Eigenbeiträge" in der Kranken- und Invaliditätsversicherung. Die Gewerkschaften haben diesen Lohnsenkungs- und Ausplünderungsplänen den Kampf angesagt. Die bevorstehenden Auseinandersetzungen werden schwer.

Nordirland: Kämpfe gegen die Sondergesetze der britischen Imperialisten

z.elf. London. Am 9. August demonstrierten in vielen Städten Nordirlands Tausende gegen die britische Kolonialherrschaft. Britische Soldaten erschossen dabei zwei Iren. Anlaß der Demonstrationen war der 9. Jahrestag der Internierungsverfügung des damaligen Kolonialministers Faulkner, aufgrund derer die britischen Imperialisten Tausende von Iren ohne Anklage oder Richterspruch festnahmen und mehr als 2000 in Internierungslager sperrten.

Grundlage der Internierungsverfügung war das 1971 in seinen Grundzügen immer noch bestehende Sondervollmachtsgesetz (Special Powers Act) von 1921, als die britischen Imperialisten ihre Kolonialherrschaft nur noch auf dem nordöstlichen Teil Irlands, Ulster, aufrechterhalten konnten. Nach diesem Gesetz konnte der Kolonialminister u.a. ohne Anklage festnehmen, internieren, hinrichten lassen, Organisationen, Versammlungen und Publikationen verbieten und Einzelbestimmungen ändern, wenn er wollte.

Die britischen Imperialisten reagierten mit den Internierungen 1971 auf die wachsende Stärke des bewaffneten Befreiungskampfes in Ulster. Aufgrund der umfassenden Kampfaktionen der Iren mußten sie Ende 1972 das Sondervollmachtsgesetz fallen lassen, verabschiedeten jedoch 1973 das Notstandsgesetz (Emergency Provisions Act), das die wesentlichen alten Internierungsbestimmungen enthält und es z.B. jedem Polizisten oder Soldaten erlaubt, jeden auf der Straße anzuhalten und festzunehmen, wenn er ihn für einen Terroristen hält. Bleibt der Angehaltene nicht sofort stehen oder gibt seine Personalien nicht an, so kann er dafür für bis zu sechs Monate im Gefängnis landen. Jeder Polizist und Soldat kann jederzeit in jede Wohnung eindringen, sie durchsuchen, ja für Armeezwecke beschlagnahmen. Wird der Festgenommene vor ein Sondergericht gestellt, so muß nicht der Staat dem Gericht die Vorwürfe, er muß dem Gericht seine Unschuld beweisen. Ihm von der Polizei abgefolterte Geständnisse erkennt das Gericht nur dann nicht an, wenn er die Folter beweisen kann. Die Gesetze geben den juristischen Rahmen für die berüchtigten H-Blocks im Internierungslager Long Kesh, wo die Gefangenen seit 1976 für die Wiedereinführung des Status als politische Gefangene kämpfen.



Tagtäglich durchsuchen britische Soldaten Iren auf offener Straße.

Sri Lanka: Kampf um Streikrecht und mehr Lohn

Noch hat die Arbeiterklasse kein festes Bündnis mit den Bauern geschlossen

z.krk. Die United National Party (UNP), die heutige Regierungspartei Sri Lankas, war die erste nationale Partei, die nach der Erringung der Unabhängigkeit des Landes von den britischen Kolonialisten die Regierungsgeschäfte übernahm. Eine ihrer ersten Maßnahmen war damals, Zuschüsse für Grundnahrungsmittel einzuführen, so für in den Läden verkauften Reis, als auch für die reisproduzierenden Bauern. Diese Maßnahme war damals ein Erfolg der revolutionären Bewegung für die Unabhängigkeit Sri Lankas und hob das Lebensniveau der Massen über das bis dahin vorherrschende Elendsniveau. Seit ihrer Einführung sind diese Lebensmittelzuschüsse (sie gab es außer für Reis auch für Mehl, Brot und Zucker) sowohl von der Bourgeoisie als auch von den Volksmassen heiß umkämpft. Hatte sie die eine Regierung abgeschafft, mußte sie die nächste aufgrund von Streiks und Massendemonstrationen wieder einführen. Im Januar dieses Jahres nahm die Regierung erneut Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel vor, also Abschaffung der Subventionen: Mehl wurde um 14 cents auf 1,50 Rupien (Rs) erhöht, Brot um 10 Cents auf 1,35 Rs und Zucker, sowieso schon rationiert, von 1,50 Rs auf 4,50 Rs (1 Rs = 0,12 DM). Die Preise für Reis sind je nach Qualität um 10 bis 18 Cents erhöht worden, Preiserhöhungen für den öffentlichen Verkehr um 30% hat die Regierung angekündigt.

Subventionen für Lebensmittel sind eine Notmaßnahme: sie zeigen an, daß die Landwirtschaft des Landes nicht im Stande ist die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, zu Preisen, über die bei gegebenem Lohnstandard die Ernährung sichergestellt werden kann. Im eben befreiten Sri Lanka war die Einführung von Subventionen eine vernünftige Maßnahme: die monokulturelle Wirtschaft war nicht imstande die Ernährung der Bevölkerung zu sichern, große Mengen Reis mußten zu hohen Preisen aus dem Ausland importiert werden. Wenn die Ernährung der Massen heute noch über diese Subventionen gesichert werden muß, so ventionen gesichert werden muß, so zeigt dies an, daß es Sri Lanka nicht gelungen ist, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit dem Imperialismus gegenüber zu erringen. Es war gerade die Sonderkommission des IWF, die als Voraussetzung für weitere Kredite an das schwer verschuldete Land die Aufhebung der Lebensmittelsubventionen verordnete. Dagegen erhoben nun vor allem die städtischen Arbeiter, mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an der Spitze, berechtigten, erbitterten Protest. Am 17.7. riefen nach mehreren einzelnen Streiks die Gewerkschaften den Generalstreik aus. Drei Tage vorher wurde von der Regierung der Notstand verhängt und Pressezensur angeordnet. Ministerpräsident Jayewardene bezeichnete die Streikenden als Saboteure und verfügte die Entlassung aller Streikenden des öffentlichen Dienstes. Am 8.8. antworteten die Gewerkschaften mit Umzügen auf diese Maßnahme und griffen die staatlichen Busse an, die Neueingestellte zur Arbeit fuhren. Militär mit Panzern fuhr in den Straßen von Colombo auf, nach einer blutigen Straßenschlacht sind mehrere Gewerkschaftsführer verhaftet worden.

Unter der Führung der Bourgeoisie konnten die Produktivkräfte des Landes nicht befreit werden, konnte keine wirkliche Unabhängigkeit vom Imperialismus errungen werden. Weiterhin lebt das Land von drei Hauptprodukten: Tee, Kautschuk und Kopra, für die sich außer in der kurzen Periode des Korea-Krieges die Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt immer mehr verschlechterten. Nach einem kurzen Aufschwung ging die einheimische Reisproduktion immer mehr zurück. Reis wird nur auf kleinen Parzellen angebaut, ein Viertel aller Bauern besitzt weniger als einen halben Acre, die großen Güter stellen die drei Hauptprodukte her. Eine Akkumulation für die Industrie ist daher stark behindert, an der Mehrarbeit der Landarbeiter bereichern sich immer noch die ausländischen Imperialisten, was sich in der immer erschreckenderen Schuldenbilanz einen Ausdruck verschafft. Für dieses Jahr wird eine Inflation von 30% erwartet. Die Löhne in der Industrie stiegen seit 1952 in konstanten Preisen um 166%, im öffentlichen Dienst um 121%, die Preise dagegen (in Colombo) um 227%.

Jährlich wächst die Zahl der Arbeitslosen: 1977 waren etwa 12% der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Arbeit. Von 120 000 Arbeitskräften, jugendliche Mittelschulabsolventen und in hoher Zahl landlose Bauern, die jährlich auf den Arbeitsmarkt strömen, finden nur etwa 100 000 eine Arbeit. Das Jahr 1980 verheißt nichts Gutes: bei den drei Hauptprodukten wird ein Ernterückgang erwartet wegen der viel zu geringen Investitionen für die Erneuerung der Pflanzen und die Verbesserung und Bewässerung des Bodens, aus Kapitalmangel.

Vor allem die Arbeiterklasse der Städte (etwa 30% der Bevölkerung lebt in den Städten) hat in der Vergangenheit große und heftige Kämpfe gegen die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage und den Ausverkauf des Landes an die Imperialisten geführt. Sie errang dabei nur beschränkte Erfolge, denn ein Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern kam dabei bisher nicht zustande. Es war 1971 das erste Mal seit der Befreiung, daß eine Bewegung ihren Schwerpunkt auf dem Land hatte, und die Regierung Bandaranaike wußte um die Gefährlichkeit dieser Bewegung. Eine wirkliche Erhebung der Bauern war dieser Aufstand aber auch nicht. Er wurde angeführt von Mittelschulabsolventen, die keine Arbeit fanden (1971 waren es 14000), von niederen, schlecht bezahlten Angestellten des öffentlichen Dienstes, Volksschullehrern auf dem Lande usw., die erkannten, daß die Hauptkraft der Revolution die Bauern sein müßten. Sie forderten Landreform, Aufhebung der Überreste des Kastensystems, und die Enteignung der damals hauptsächlich noch britischen Plantagenbesitzer. Sie stützten sich dabei aber vor allem auf die eigenen Kräfte, statt wirklich die Bauernmassen zu mobilisieren und hatten auch nicht die Unterstützung der städtischen Arbeiterschaft. Die von der führenden Organisation, der „Nationalen Befreiungsfront" begangene Abweichung war nur die Kehrseite der bis dahin unter den Revolutionären (vor allem auf Einfluß der Trotzkisten) vorherrschenden falschen Auffassung, in Sri Lanka sei der Kapitalismus die vorherrschende Produktionsweise und der Hauptwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. Die Regierung erkannte die Schwäche der Bewegung und schlug gnadenlos zu. Tausende sind dahinmassakriert, 14000 in Konzentrationslager gesperrt worden. Von diesem Schlag hatte sich die revolutionäre Bewegung bis heute nicht erholen können. Unter dem Druck der Kämpfe hatte die Regierung über die Enteigung der Plantagen und eine fortschrittliche demokratische Außenpolitik dem Imperialismus einige Schläge versetzt. Diese Erfolge sind aber durch die Schwäche der revolutionären Bewegung, die fehlende Einheit zwischen Arbeitern und Bauern, immer wieder gefährdet. Heute wagt die Regierung zu erwägen, die enteigneten Plantagen ihren ehemaligen britischen Verwaltern wieder anzuvertrauen.





Tee macht die Hälfte der Exporte Sri Lankas aus. Eine weitere wichtige Devisenquelle ist der Abbau und Export von Edelsteinen

Keine Hinrichtung Kim Dae-jungs!

z.wos. 6.8.: Haftstrafen zwischen einem und 5 Jahren für 31 Bergleute wegen Beteiligung an „Unruhen" im April. 11.8.: „Säuberung" der südkoreanischen Presse: Zeitungen und Zeitschriften werden verboten, 420 Journalisten, die weiter verschärfte Zensurbestimmungen kritisiert hatten, werden unter Vorwürfen wie „korrupt", „illoyal", „zu wenig gearbeitet" entlassen. 14.8.: Kriegsgerichtsprozeß gegen Kim Dae-jung. 15.8.: 30578 Personen im Juli festgenommen, erklärt das Regime. – Erst die Bewegung der Arbeiter, der Studenten, der Volksmassen im Blut ersticken, dann den wichtigsten Politiker der bürgerlichen und christlichen Opposition und ehemaligen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten mundtot machen – nach diesem Rezept will die Militärclique um Chun Du-hwan ihre Macht festigen. Sie führt sich nationalistisch auf und wettert gegen Korruption, tatsächlich aber arbeitet sie der US-Besatzungsmacht in die Hände und den ausländischen Monopolen. Letztere sind in Sorge: „die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Korea, bislang eines der Lieblingskinder westlicher Investoren, stellt eine zusätzliche Gefahrenquelle dar" („Handelsblatt", 15./16.8.) – für weitere Volkserhebungen. Am Freitag verhängte das Regime das Kriegsrecht, Präsident Choi ist zurückgetreten. – In Tokyo haben am 8.8. 15000 unter Führung des Gewerkschaftsverbandes SOHYO gefordert: „Keine Hinrichtung Kim Dae-jungs!" Es ist schon ein starkes Stück, wenn W. Brandt unter diesen Umständen eine „faire und gerechte Gerichtsverhandlung" wünscht.

Regierung von Zaire läßt rebellische Studenten zwangsausheben

z.scc. Rund vier Monate nach Beginn der Streiks und Demonstrationen der zairischen Studenten verfügte die Regierung Mobutu, daß alle Studenten im ersten Studienjahr für ein Jahr zur Armee eingezogen werden. Die Streiks waren angesichts einer von den Imperialisten erzwungenen „Währungsreform" entflammt und hatten sich schnell gegen Unterdrückung und imperialistische Ausplünderung gerichtet. Seit April hält die Regierung die Hochschulen geschlossen, jetzt versucht sie durch Zwangsaushebung, der Lage Herr zu werden. Sie hat Furcht. Die sich häufenden Meldungen über Massaker – am 15.7. z.B. tötete die Armee unter Teilnahme europäischer Agenten der Gesellschaft MIBA nahe der Diamantenfelder von Nibungi und Kabunda 150 Bauern – sind deutliche Anzeichen wachsenden Volkswiderstandes.

Die Zionisten müssen das Jerusalem-Gesetz aufheben

z.ana. 40 Mitgliedsstaaten der Islamischen Konferenz bereiten eine Debatte des UN-Sicherheitsrates vor und fordern, daß Israel innerhalb von drei Monaten das Jerusalem-Gesetz für null und nichtig erklärt. Die Initiative gegen diese erneute zionistische und von den US-Imperialisten veranlaßte Aggression hatten der Irak und Saudi-Arabien ergriffen. Die beiden Staaten sind sich einig, alle politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit jedem Land, das die Annexion Ost-Jerusalems akzeptiert und seine Botschaft in die „neue Hauptstadt" verlegt, abzubrechen. 10 arabischen Staaten haben gleichlautende Erklärungen abge-

Ölpreisentwicklung entlarvt imperialistisches Kalkül – die OPEC wird nicht tatenlos zusehen

z.anb. Nach den jüngsten Meldungen der imperialistischen Presse ist auf dem Rotterdamer Spot-Markt, wo Öllieferungen ad hoc, ohne feste Lieferverträge gehandelt werden, der Ölpreis eingebrochen. Nigeria kann dort den Preis von 37 $/b nicht erzielen (siehe Tabelle). Der offizielle OPEC-Preis für feste Lieferverträge bewegt sich derzeit nach dem Beschluß vom Juni zwischen minimal 27 $/b und maximal 37 $/b. Der Durchschnittspreis wurde auf 32 $/b vereinbart, 5 $ darüber oder darunter darf die Preisspanne betragen, je nach den Besonderheiten der Wirtschaftslage der einzelnen Mitgliedsländer, der Qualität des Öls und der Entwicklung der Austauschrelationen mit einzelnen imperialistischen Ländern.

Der OPEC-Beschluß vom Juni ist von den Imperialisten mit einem Propagandaschwall begleitet worden, der an 1973/74 erinnert. Die einbrechende Industrieproduktion in den imperialistischen Metropolen, die sich verschlechternde Zahlungsbilanz und Staatsverschuldung und nicht zuletzt das ungeheuer gestiegene Niveau der staatlichen Plünderung der Lohnabhängigen, all das mußte herhalten, um Verantwortungslosigkeit und Preistreiberei der OPEC ins Schußfeld zu bringen. Es ist ausreichend entlarvend, dagegen von der OPEC selbst veröffentlichtes Material zu setzen:

Die OPEC hat eine eigene Forschungsabteilung eingerichtet, die der imperialistischen Propaganda Material entgegenstellt, an der sie sich die Zähne ausbeißen dürfte. Das ist der Grund, warum diese Tatsachen so hartnäckig unterdrückt und verschwiegen werden. Eine simple Rechnung weist aus, daß der durchschnittliche Großhandelspreis für Öl in der EG am 1.6.1979 48 $/b betrug. Darauf entfallen volle 42% im Durchschnitt auf staatliche Steuerlast. Weitere 29% teilten sich die imperialistischen Konzerne und Gesellschaften für Raffinierung, Transport, Vermarktung. Es blieben den Produzentenländern 29%. Legt man zur indirekten Steuerlast der imperialistischen Staaten die über direkte Steuern aus Lohn verwandelten Kapitalmassen hinzu, die in die Ölverarbeitung und -vermarktung investiert wurden, steigt der Steuertribut von 42% auf 50%. So haben die westlichen imperialistischen Staaten 1979 100 Mrd. $ an Lohn beschlagnahmt, die Einnahmen aller OPEC-Länder im selben Zeitraum beliefen sich auf 56 Mrd. $.

Real lag der OPEC-Preis im 3. Quartal 1979 bei 7 – 11 $/b; damit *unter* dem Niveau von 1974! Das Handelsbilanzplus der Produzentenländer von 60 Mrd. $ rutschte bis 1978 auf 1 Mrd. $ ab. Erst die Preisanpassung von nahezu 120% 1979 glich dieses wieder mit 50 Mrd. $ annähernd aus. Aber das sagt noch nichts über den tatsächlichen Wert der Einnahmen der OPEC. Ein Beispiel: eine hydraulische Presse, in Westdeutschland produziert, die 1970 rund 200000 DM gekostet hätte, kostet nach dem offiziellen Preisindex für Produktionsgüter 1980 360000 DM. Ein stabiler Dollarpreis vorausgesetzt müßte ein OPEC-Land heute dafür 3214 barrel Öl liefern, da aber der Dollar von 1970 – 1980 gegenüber der DM nur noch 53,4% seines Werts hält, er dennoch nach wie vor die Währung ist, in der das Öl verrechnet wird, muß das OPEC-Land tatsächlich den stofflichen Gegenwert von 8824 barrel Öl für diese Maschine liefern.

Obige Rechnung bezieht nur die Dollaraggression der USA ein. In Wirklichkeit kommt noch weiteres hinzu: die Imperialisten haben ihre Exportpreise in die OPEC-Länder z.T. wesentlich mehr verteuert als im Handel zwischen ihresgleichen. Auf sämtliche Preisanpassungen seit 1973 hat allein die Dollarentwertung einen Abzug von 46,6% realen Verlusts geschlagen. Die OPEC, der Preistreiber …

Außer dem Umstand, daß von den Preisen, die die Arbeiter und Bauern in den imperialistischen Metropolen für Öl und Ölprodukte zahlen müssen, nur 29% auf die Produzenten entfallen, außer dem Umstand, daß die Ölkonzerne 1978 ihre Profite um 109%, 1979 um 102% gesteigert haben, jeweils zum Vorjahr, sind die Reserven der OPEC-Länder, die 1960 noch für fast 70 Jahre ausreichten, inzwischen zu über einem Viertel erschöpft, nicht erneuerbar, unwiderbringlich verbraucht. Es ist unbedingt notwendig, die Preispolitik auf diesen Tatbestand zu konzentrieren, sagt die OPEC. Nach wie vor entfallen 65% des Weltenergieverbrauchs auf Erdöl, die OPEC hält 49% der gesamten Produktion. Sie wird diese Produktion drosseln müssen, in Einklang bringen mit den Erfordernissen und Bedürfnissen der nationalen Entwicklung. Bis 1985 soll das tägliche Exportvolumen der OPEC von 1979 28,28 Mio. barrel auf 22 Mio. b reduziert werden, bis 1990 auf 17,9 Mio. Das bedeutet eine Drosselung um 40%. Bedenkt man, daß 83% des Weltölhandels aus OPEC-Produktion stammt, kann man das Ausmaß ermessen. Und die Imperialisten ermessen es.

Für ihre Strategie zur Spaltung und Zerschlagung der OPEC ist die Bildung strategischer Reserven, der enorme Ausbau der Lagerhaltung derzeit das entscheidende Instrument. Trotz 3% Rückgang des Verbrauchs in den OECD-Ländern stieg im Vorjahr das Kaufvolumen um 11%. Vor allem die USA, die BRD und Japan haben ihre Lager ausgebaut und vollgepumpt, und zwar vorwiegend über den Spot-Markt. Im April 1980 maß die strategische Reserve der 21 Mitgliedsstaaten der Internationalen Energieagentur 4,17 Mrd. barrel, bei max. 5 Mrd. Kapazität. Das ist ausreichend für 89 Tage. Diese Politik, „große Lager an Rohöl aufzubauen, als Bestandteil einer Politik der Konfrontation gegen die OPEC-Staaten, wird sich als zweischneidiges Schwert erweisen", erklärt die OPEC in ihrem Bulletin vom Juni d.J. Nicht die OPEC sei es, die den Lohnabhängigen in den imperialistischen Staaten den Lohn entwerte durch Anheizen der Inflation, durch Preissteigerung und Angebotsverknappung. Andersherum: die imperialistische Bourgeoisie nutzt die Inflation nicht nur im Innern zur Entwertung des Lohns der Arbeiter, sondern auch auf dem Weltmarkt zur Aneignung eines stets wachsenden Teils des Wertprodukts der Länder der Dritten Welt. Wenn man weiß, daß die Politik der randvollen Lager pro m³ Lagerraum die Lohnabhängigen wiederum 6 – 12 $ kostet, die auf die Preise natürlich überwälzt werden oder über staatliche Energieprogramme eingezogen, liegt die Zweischneidigkeit der imperialistischen Energiepolitik leicht ersichtlich im Widerstand der Lohnabhängigen gegen Lohnsenkung und staatliche Steuerlast.

Die USA wollen ihre strategische Reserve auf 1 Mrd. barrel aufstocken, das wären 20% aller Kapazitäten. Die Sowjetunion tritt verstärkt mit ihrer aus den Lohngeldern der Arbeiter im RGW finanzierten Erdölausbeute auf den Weltmarkt, durch Preisunterbietung hat sie sich Zutritt verschafft, jetzt hebt sie den Preis auf OPEC-Niveau (siehe Spot-Markt-Preise). 1979 bereits hat sie darüber ihre Exporteinnahmen um 50% gesteigert. Der RGW erhält immer weniger Öl.

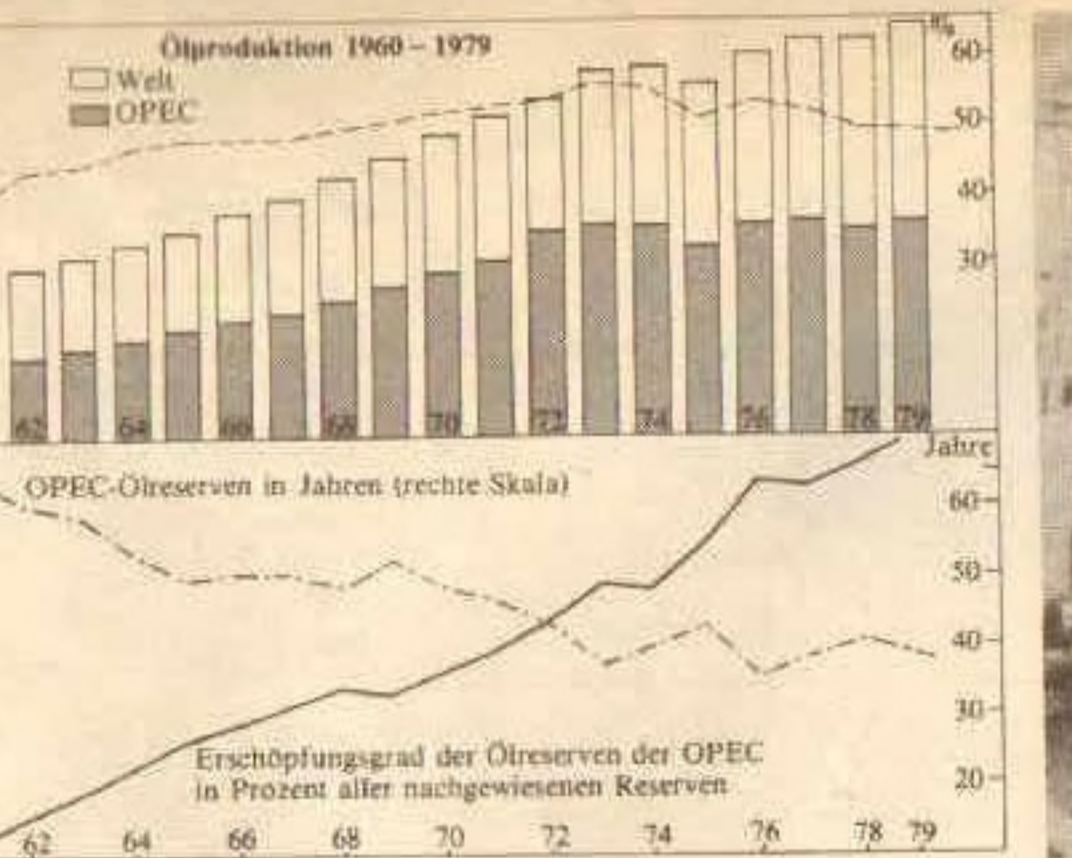
Im Herbst tritt die OPEC neuerlich zur Beratung zusammen. Wenn sich auch die Imperialisten darauf konzentrieren, einzelne Mitgliedsstaaten, deren Zahlungsbilanz sich rapide verschlechtert hat, mit künstlicher Nachfragedrosselung bei gleichzeitig objektiv bedingtem Rückgang derselben unter Preisdruck zu bringen – all diese Schliche sind für die Produzentenländer längst keine Überraschung mehr. Sie haben in 20 Jahren seit Gründung der OPEC ihre Einheit zu festigen gelernt. Mexiko und Venezuela haben vor wenigen Tagen erklärt, sie übernehmen die Belieferung ganz Lateinamerikas mit Erdöl, transportiert in eigenen Tankern. Wütende Reaktion der USA: 10% Drosselung der Ölimporte aus Mexiko. Die Antwort des mexikanischen Erdölministers war ernüchternd für sie. Das seien dann eben 10% mehr für Lateinamerika.

Preisentwicklung auf dem Spot-Markt

	Jan. 79	Mai 79	Nov. 79	Jan. 80	Mai 80
Sahara Blend (Algerien)	18,41 $/b	31,75	43,94	41,50	38,50
Ir[illegible]ight	17,15 $/b	28,34	40,75	38,13	36,10
Nigeria Bonny Light	18,13 $/b	31,13	43,63	41,00	38,25
Ekofisk (Norwegen)	18,25 $/b	31,13	43,63	41,50	38,50
Urals (UdSSR)	16,71 $/b	29,75	40,38	38,25	35,75
North Slope (Alaska)	16,30 $/b	27,13	38,75	36,50	31,50

Quelle: OPEC-Review, July 1980

Die Tabelle belegt die Preisschwankungen unter Einbeziehung des Spektrums der Qualitätsunterschiede beim Erdöl. Der





Energie für Aluminiumproduktion: In Australien und Neuseeland zu Schleuderpreisen

z.mat.Sydney. Geringes Gewicht, leichte Formbarkeit und in geeigneter Legierung große Festigkeit haben Aluminium zu einem begehrten Werkstoff gemacht. Es kommt in leicht abbaubaren Erden vor (Bauxit), doch ist seine Gewinnung mit großem Verbrauch an elektrischer Energie verbunden. Diese beiden Besonderheiten bilden die stofflichen Voraussetzungen bei Entscheidungen über Produktionsstandorte. Im Kapitalismus verwandeln sich beide in Fragen des Höchstprofits: Wo ist der Strom am billigsten, und wo lassen sich tote Kosten beim Abbau am niedrigsten halten?

Mit 25 Mio. t oder 31% der Weltproduktion ist Australien der größte Bauxitproduzent und der Hauptlieferant der BRD. Die beiden Abbaugebiete, Kimberley in Westaustralien und Aurukun in Nordqueensland, befinden sich in Gebieten der Aboriginals („Reservaten"). In den Augen der Kapitalisten enthebt sie das der Wiederherstellung des Bodens und damit hoher toter Kosten. Mit dem Kampf der OPEC um einen gerechten Ölpreis haben die Imperialisten jetzt die gewaltigen Energiereserven des Kontinents neu „entdeckt". Eine ganze Serie von Aluminiumschmelzen wollen sie hier errichten, gespeist mit billigem Strom, der aus den Steuern der Volksmassen finanziert werden soll.

Als wirkungsvolles Druckmittel erweist sich dabei der Niedergang der Wirtschaft Neuseelands infolge des Rückgangs der Agrarexporte in die Kolonialmetropole Großbritannien. Neuseeland verfügt über große Wasserkraftreserven, die in den letzten Jahren in Erwartung ausländischer Aluminiumschmelzen weit über Bedarf ausgebaut wurden. Die Auslastung der meisten Kraftwerke beträgt zur Zeit zwischen 25% und 60%. Australien hat keine Wasserkraft, aber unabsehbare Kohlevorräte. Das erlaubt den japanischen, US-amerikanischen, britischen, schweizerischen, französischen und kanadischen Imperialisten, die Regierungen der beiden Kolonien gegeneinander auszuspielen. Mit einem Preis von 1,5 Cents pro kwh, 0,8 Cents unter dem üblichen Industrieabnahmepreis, hat die neuseeländische Regierung die Zusage für eine neue Schmelze erhalten können. Australien bietet in Victoria ebenfalls 1,5 Cents, bei 4 Cents für Privatverbraucher. Die westdeutschen Imperialisten sind über die Ruhrkohle AG mit der Erschließung der Kohlelager im Rennen und seit einigen Monaten über die VAW mit 12% Beteiligung an einem der fünf im Hunter-Flußtal geplanten neuen Schmelzen.

Der Kampf gegen diese Pläne entzündet sich an der damit einhergehenden Zerstörung der Lebensgrundlage der Bewohner. Die von den Aboriginals geschaffenen Land Councils von Kimberley und Nordqueensland haben sich im Oktober erstmals getroffen, um ihre Aktionen zu vereinheitlichen. Im Hunter-Flußtal, einem der größten Weinbaugebiete Australiens, haben die Weinbauern ein Komitee zur Verhinderung der Anlagen gegründet, weil der Fluorausstoß das Ende ihres Weinbaus bedeuten würde.



US-japanisch-britische Aluminiumschmelze in Neuseeland.

geben. Die Botschaften Venezuelas und Uruguays zogen inzwischen nach Tel Aviv um. Der jordanische König sprach von einem „neuen Akt der Aggression gegen das Königreich Jordanien" (NZZ 11.8.). In einer Erklärung des saudischen Kronprinzen Fahd heißt es, daß sich die arabischen und islamischen Staaten einer „einzigartigen Herausforderung gegenübersehen, die sich mit Unterstützung der stärksten Militärmächte der Welt ergeben hat" (NZZ 16.8.). Fahd forderte Ägypten auf, das Scheitern des Camp-David-Abkommens einzugestehen. Saudi-Arabien bemühe sich, ein Gipfeltreffen aller arabischen Staaten einzuberufen, um eine einheitliche Haltung in der Jerusalem-Frage zu schaffen.

Österreich: Erdgasverhandlungen mit der UdSSR abgebrochen

z.ana.Wien. Gespräche über die kurzfristige Lieferung von 3 Milliarden m³ Erdgas aus der Sowjetunion nach Österreich sind in der vergangenen Woche wegen unterschiedlicher Preisvorstellungen abgebrochen worden. Der Erdgasverbrauch in Österreich stieg in den letzten Jahren rapide und deckt inzwischen 19% des gesamten Energiebedarfs. Erdgas kann Erdölprodukte wie leichtes Heizöl ersetzen, und so soll auch von dieser Seite Druck auf die OPEC-Staaten ausgeübt werden. 55,7% des Erdgases muß die österreichische Regierung importieren. Lieferländer sind die Sowjetunion und die BRD. Die Verhandlungen mit der Sowjetunion wurden notwendig, nachdem die iranische Regierung ein 1975 zwischen dem Schah und Österreich geschlossenes Abkommen über jährliche Lieferungen von 1,8 Milliarden m³ ab 1981 aufgehoben hat. Auch an die Sowjetunion hat der Iran die Lieferungen eingestellt. Der Iran fordert wie Algerien die Annäherung des Erdgaspreises an den Ölpreis. Die Imperialisten wollen nur den Preis akzeptieren, den sie für Produkte zahlen müssen, mit denen sie Erdgas ersetzen können, z.B. Koks. Die Sowjetunion hat inzwischen die Erdgaslager in der afghanischen Provinz Jozjan angezapft und will dort jährlich 2 Mrd. m³ plündern. Mit dem in Sibirien und in Afghanistan zusammengeraubten Erdgas sind die Sozialimperialisten in den Verhandlungen mit Österreich so aufgetreten, daß sie den Erdgaspreis in Richtung Ölpreis hochtrieben. Die österreichische Bourgeoisie will mit Röhren bezahlen. Da sie diese nicht für einen Spottpreis loswerden wollte, muß im Oktober neu verhandelt werden.

Demonstration in Manchester gegen Cruise Missiles

z.hef.London. Etwa 2500 Demonstranten protestierten am 9. August in Manchester gegen die Stationierung der US-amerikanischen „Cruise Missile"-Raketen in Großbritannien. Die Demonstration war am 18. Juli von den 800 Teilnehmern einer Versammlung gegen die Stationierung beschlossen worden. Als erste in Europa war die britische Regierung im Juni mit den US-Imperialisten übereingekommen, daß ab 1983 Cruise Missiles auf zwei bisher nicht voll benutzten US-Luftwaffenbasen in der Nähe von London stationiert werden (siehe KVZ 27, S. 15). Die Demonstration in Manchester, eine der größten der letzten Zeit, zeigt das Wachsen der Bewegung gegen die Stationierung der Cruise Missiles. An der Aktion beteiligten sich Gewerkschafter, viele Mitglieder der Labour-Partei, die „Kampagne für Nukleare Abrüstung", die revisionistische KP und trotzkistische Organisationen. „Britain out of NATO", Großbritannien raus aus der NATO, gehörte zu den Parolen. Die Kommunistische Gruppe Stockport verteilte ein Flugblatt, in dem sie u.a. den Austritt aus der NATO, den Abzug aller britischen Truppen aus dem Ausland und die nukleare Abrüstung Großbritanniens fordert.

3430 FF Steuer – nur um die Straße benutzen zu dürfen

z.pel.Paris. Am 23.7. veröffentlichte die französische Regierung im Gesetzblatt die neuen Tarife für polizeiliche Strafmandate. Sie bewegen sich künftig zwischen 20 und 6000 FF. Die Steigerungsraten sind beachtlich: Wer vorher 40 FF für Falschparken zahlte, soll jetzt mit 150 FF zur Kasse gebeten werden, aus 160 FF Strafe werden 600. Zahlungsunwilligen werden für Verzug zwischen vier Tagen Gefängnis (bei Strafen zwischen 20 und 150 FF) und 6000 FF plus zwei Monaten (bei Strafmandaten zwischen 1200 und 3000 FF) angedroht. Bevor der französische Arbeiter, Angestellte oder Beamte, der gezwungen ist, das Auto zu benutzen, jedoch überhaupt in die Gefahr geraten kann, dergestalt geplündert zu werden, hat er schon durchschnittlich 3430 FF an Steuer hinblättern müssen. 72 Mrd. FF will jedenfalls der französische Finanzminister nach seiner neuesten Schätzung 1980 allein für das Recht, die Straße im Kraftfahrzeug zu benutzen, eintreiben. 1976 waren es erst 35,5 Mrd., 1979 67,5 Mrd. und damit fast der Gegenwert für die Ölimporte in Höhe von 71 Mrd. FF. Den größten Posten stellt dabei die Benzinsteuer, über die 54 Mrd. FF eingetrieben werden sollen. Der Rest wird über die 33%ige Mehrwertsteuer beim Autokauf, die jährliche Autosteuer und die Abgabe „zum Finanzausgleich der Sozialversicherung" gezogen. 22,6% der Gesamtsumme werden 1980 für Straßenbau vorgesehen. (1976: 35%) Mag sein, daß der Prozentsatz weiter gesenkt werden muß zwecks Verfolgung der 20% Autofahrer, die noch nie ihr Strafmandat zahlten.

Die Notwendigkeit des breiten Bündnisses mit den Bauern sowie mit den unterdrückten Völkern

z.gek. Die Oktoberrevolution war die erste sozialistische Revolution in der Menschheitsgeschichte; aber sie war unmittelbar aus einer bürgerlich-demokratischen Revolution hervorgegangen, und sie hatte alle Aufgaben dieser vor ihr liegenden Revolution zuerst noch zu erfüllen. Auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) im März 1919 begründete Lenin noch einmal prinzipiell die Notwendigkeit des Selbstbestimmungsrechts: „Keinem der Völker, die innerhalb der Grenzen des ehemaligen Russischen Reiches leben, können wir sie (*die Selbstbestimmung*) versagen. Nehmen wir sogar an, die Baschkiren stürzten ihre Ausbeuter und wir würden ihnen dabei helfen. Aber das ist nur dann möglich, wenn die Umwälzung völlig herangereift ist. Und das muß vorsichtig getan werden, damit wir durch unsere Einmischung nicht eben jenen Prozeß der Differenzierung des Proletariats aufhalten, den wir beschleunigen müssen ... Man muß die Entwicklung der betreffenden Nationen abwarten, die Differenzierung des Proletariats von den bürgerlichen Elementen, die unvermeidlich ist ..." (Werke, Bd. 28, S. 189/90)

Also gerade, weil er befürchtete, daß der Prozeß der Differenzierung des Proletariats von den bürgerlichen Elementen gehemmt statt beschleunigt würde, reagierte Lenin mit solcher Schärfe auf die „Eilfertigkeit", „Ungeduld", den „Hang zum Administrieren", den Stalin, Dzierzynski und Ordshonikidse im Kampf gegen die sog. „Sozialnationalisten" im Kaukasus an den Tag legten (vgl. dazu das unten abgedruckte Dokument). Lenins Unversöhnlichkeit gegenüber jedem Anflug von großrussischem Chauvinismus hatte dabei noch einen andern Grund: die Korrumpierung der Arbeiterklasse Rußlands selbst, die über den Chauvinismus unweigerlich wieder unter den Einfluß der Bourgeoisie geraten würde.

In Bezug auf das Klassenbündnis mit den Bauern machte Lenin entsprechende Gesichtspunkte geltend: „Natürlich beruht die soziale Ordnung in unserer Sowjetrepublik auf der Zusammenarbeit zweier Klassen, der Arbeiter und Bauern, zu der jetzt noch die ‚NÖP-Leute', d.h. die Bourgeoisie, unter gewissen Bedingungen zugelassen sind. Wenn zwischen diesen Klassen ernsthafte Klassendifferenzen auftauchen, dann wird eine Spaltung unvermeidlich sein, aber unsere soziale Ordnung bietet keine Handhabe zu Anlässen, die eine solche Spaltung als notwendig erscheinen ließen, und die Hauptaufgabe unseres ZK ... sowie unserer Partei in ihrer Gesamtheit besteht darin, aufmerksam die Umstände zu verfolgen, aus denen sich eine Spaltung ergeben könnte, und ihnen vorzubeugen, denn in letzter Instanz wird das Schicksal unserer Republik davon abhängen, ob die Bauernmasse der Arbeiterklasse folgen ... oder ob sie es den ‚NÖP'-Leuten gestatten wird, sie mit den Arbeitern zu entzweien, sie von ihnen abzuspalten." (Lenin, Wie wir die Arbeiter- und Baueminspektion reorganisieren sollen, in: Lenin Ausg. Werke, Bd. III, S. 875)

In beiden Fragen: dem Bündnis mit den unterdrückten Nationen des vormaligen Reiches und dem Bündnis mit den Bauern, einschließlich den Mittelbauern, verteidigte Stalin eins ums andere Mal die Positionen Lenins. In der Praxis sah es etwas anders aus. Er legte die von Lenin kritisierte „Ungeduld", seinen „Hang zum Administrieren" nicht ab. Im Juni 1923 bereits säuberte er einen sehr großen Teil der führenden Kader nicht-russischer Nationalität aus der Partei hinaus, in Fortführung eben der „ominösen Kampagne gegen den ‚Sozialnationalismus' ", die Lenin verurteilt hatte. Auf einer Beratung des ZK der KPR(B) mit verantwortlichen Funktionären der nationalen Republiken und Gebiete führte Stalin dazu u.a. aus: „Der Nationalismus ist das ideologische Haupthindernis bei der Heranbildung marxistischer Kader, einer marxistischen Vorhut in den Randgebieten und Republiken. Die Geschichte unserer Partei lehrt, daß der russische Teil der Partei der Bolschewiki wuchs und erstarkte im Kampf gegen den Menschewismus, denn der Menschewismus ist ... der Schrittmacher bürgerlicher Ideologie in unserer Partei ... Das gleiche gilt für unsere kommunistischen Organisationen in den Randgebieten und Republiken hinsichtlich des Nationalismus. Der Nationalismus spielt für diese Organisationen dieselbe Rolle, die der Menschewismus in der Vergangenheit für die Partei der Bolschewiki gespielt hat." (J.W. Stalin, Werke Bd. 5, Dortmund 1976, S. 270/71)

Aber der Menschewismus bedeutete Klassenversöhnung mit einer *imperialistischen* Bourgeoisie! Diese Gleichsetzung war geeignet, den grundlegenden Unterschied zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden und einer unterdrückten Nation zu verwischen. Hier hatte Stalins „Ungeduld" in der Behandlung der Widersprüche eine theoretische Grundlage.

1929 leitete das ZK der KPdSU unter Führung Stalins den Übergang „von der Politik der *Einschränkung* der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der *Liquidierung des Kulakentums als Klasse*" ein. Die Kulaken waren die kapitalistischen, d.h. Lohnarbeit ausbeutenden Großbauern, die zugleich die Rolle von Dorfwucherern einnahmen. Im selben Zuge wurde die allgemeine Kollektivierung der Masse der Bauernwirtschaften in Angriff genommen und binnen weniger Jahre abgeschlossen. Beides waren letzten Endes notwendige Aufgaben. Aber diese politische Wendung wurde zu einem wesentlichen Teil begründet mit der weltweiten Verschärfung des Klassenkampfes. In seiner Rede „Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)" stellte Stalin fest, „daß in den Ländern des Kapitalismus die Elemente eines neuen revolutionären Aufschwungs heranreifen. Daher die Aufgabe, den Kampf gegen die Sozialdemokratie als die soziale Stütze des Kapitalismus und vor allen Dingen gegen ihren ‚linken' Flügel zu verschärfen. Daher die Aufgabe, den Kampf gegen die rechten Elemente in den kommunistischen Parteien ... zu verschärfen." (Fragen des Leninismus, a.a.O., S. 266)

International hat diese Linie des Kampfs gegen den „Sozialfaschismus" erheblich dazu beigetragen, die Arbeiterklasse gespalten zu halten, zu isolieren und die Zwischenschichten auf die Seite der Bourgeoisie hinüberzuziehen. Wohl möglich, daß eine ähnliche Überspitzung des Klassenkampfs in der Sowjetunion selbst schon Grundlagen dafür legte, Teile der Bauernmassen von der Arbeiterklasse abzuspalten, und so der „neuen Bourgeoisie" zu gestatten, sich gerade eine breitere Klassenbasis zu verschaffen, statt ihr diese Klassenbasis zu entziehen.

Die Oktoberrevolution sprengt das Bollwerk der internationalen Reaktion

z.gek. Das russische Zarenreich hatte seine Stellung als Hauptfestung und Reserve der europäischen Reaktion im 19. Jh. genutzt, um sich auf dem Balkan, im Kaukasus, in Zentralasien und im Fernen Osten ein gigantisches Kolonialimperium direkt einzuverleiben.* Darüber war es jedoch mit England als der beherrschenden kapitalistischen Macht der Zeit aneinandergeraten. 1904 erklärte Japan mit Unterstützung Englands dem Zarenreich den Krieg. In der Mandschurei gingen Armeen zwangsausgehobener russischer Bauernsöhne zu hunderttausenden zugrunde. Nacheinander versenkten die funkelnagelneuen japanischen Schlachtschiffe erst die Pazifikflotte und dann die herangedampfte Baltische Flotte. Noch 1914 hatte Rußland keine neuen Panzerkreuzer. Dem Zarismus waren die Flügel erheblich gestutzt.

Diese Niederlage, die die Macht des Zaren auch im Innern bedeutend unterminierte, brachte die Revolution von 1905 hervor. Es zeigte sich, daß infolge der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, verbunden mit der Verwandlung des Reichs in ein riesenhaftes Völkergefängnis, die Zarenmonarchie gegen sich gewaltige revolutionäre Energien konzentriert hatte. Schon in den 90er Jahren war die Arbeiterklasse Rußlands als ihr eigentlicher Gegenspieler, als die erste politisch handelnde Klasse nach Jahrhunderten der Stagnation, hervorgetreten. Die Arbeiterklasse Rußlands litt bereits unter der kapitalistischen Ausbeutung, aber sie litt doppelt unter dem *Mangel* an kapitalistischer Entwicklung. „Wir sind immer noch Leibeigene!", hatte in einen berühmt gewordenen Prozeß 1887 der Textilarbeiter Alexejew den zaristischen Richtern entgegengehalten und geschildert, wie „mit Ausnahme der Feiertage, alle Arbeiter sich unter strenger Aufsicht befinden", und wie jeder Streik mit der Verbannung nach Sibirien endet.

Über Strategie und Taktik der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" kam es vor und nach dem 1. Parteitag 1903 zu einer entscheidenden Auseinandersetzung. Plechanow, als Vertreter der ersten Generation russischer Marxisten, ging davon aus, daß die Masse der proletarisierten, aber noch mit dem Land verbundenen Bauern zuerst „im Fabrikkessel ausgekocht" werden müsse, bevor die Arbeiterklasse an ihnen revolutionäre Verbündete finden könne. Auf absehbare Zeit müsse sich die Arbeiterbewegung den Bestrebungen der liberalen Bourgeoisie anschließen. Dagegen trat Lenin auf Grundlage seiner Untersuchung „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" mit aller Entschiedenheit auf. Er wies nach, daß die kapitalistische Ausbeutung bereits in einen Großteil der ländlichen Produktion, insbesondere auch des bäuerlichen Nebengewerbs, eingedrungen war und die Klassenpolarisierung auf dem Lande sich äußerst rasch entwickelte – daß aber gerade dies die fortbestehenden, vom Zarismus garantierten Überreste der Fronherrschaft nur umso unerträglicher mache. „Ein rücksichtsloser Kampf gegen diese Fesseln, die die Lage der Bauernschaft maßlos verschlechtern und sie an Händen und Füßen binden, ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig im Interesse der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung des Landes, denn die grenzenlose Armut, Unwissenheit, Rechtlosigkeit und Erniedrigung der Bauern drückt allen Verhältnissen in unserem Vaterland den Stempel des Asiatentums auf." (Lenin, Arbeiterpartei und Bauernschaft, Werke Bd.4, S. 425) Nur über die Errichtung einer revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern, nicht mehr unter Führung der Bourgeoisie, war diese bürgerlich-demokratische Umwälzung möglich. Einmal vollbracht, konnte sie sogleich den Weg zur sozialistischen Revolution eröffnen.

Ein zweiter Punkt betraf die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Völker und Nationalitäten des Zarenreichs, die bereits die Mehrheit seiner Einwohner bildeten. In den „Thesen zur nationalen Frage" faßte Lenin 1913 noch einmal seine Ansichten zusammen: „Die Zarenmonarchie ... (ist) für Europa wie für Asien das Hauptbollwerk der Barbarei, der Bestialität und der Reaktion. Zum Sturz dieser Monarchie ist aber nur das vereinigte Proletariat aller Nationen Rußlands imstande, das sich an die Spitze der konsequent demokratischen und zum revolutionären Kampf fähigen Elemente der werktätigen Massen aus allen Nationen stellt." Im ersten Satz seiner Thesen stellt er noch einmal kategorisch fest: „Der Paragraph unserer Programms darf nicht anders ausgelegt werden als im Sinne *politischer* Selbstbestimmung, d.h. des Rechts auf Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates ..." (Werke Bd.

*Vgl. dazu die beiden ersten Folgen der Serie in KVZ 30/80 und 32/80



(1) Kalmykische ASSR (2) A.O. der Adigej (3) Karatschajew-Tscherkassische A.O. (4) Abchasische ASSR (5) Karbadino-Balkarische ASSR (6) Adsharische ASSR (7) Nordossetische ASSR (8) ASSR der Südosseten (10) Dagestanische ASSR (11) ASSR Nachitschewan (12) A.O. der Nagorno-Karabschen (13) A.O. Gorno-Badachschan (14) A.O. Gorno-Altai (15) A.O. der Chakassen (16) Tuwinische ASSR (17) Burjatischer Ust-Ordynsker N.O. (18) Burjatischer Aginsker N.O. (19) Burjatische ASSR (20) A.O. der Juden (21) N.O. der Korjaken (22) N.O. Taimyr (23) N.O. der Jamalo-Nenzen (24) N.O. der Chanten und Mansen (25) ASSR der Komi (26) N.O. der Komi-Perjaken (27) N.O. der Nenzen (28) Mordwinische ASSR (29) Tschuwaschische ASSR (30) ASSR der Mari (31) Tatarische ASSR (32) Udmurtische ASSR (33) Baschkirische ASSR (34) Karelische ASSR

Lenin „Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung' "

„Es scheint, ich habe mich vor den Arbeitern Rußlands sehr schuldig gemacht, weil ich mich nicht mit genügender Energie und Schärfe in die ominöse Frage der Autonomisierung eingemischt habe, die offiziell, glaube ich, als Frage der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bezeichnet wird.

Im Sommer, als diese Frage auftauchte, war ich krank, und dann, im Herbst, setzte ich allzu große Hoffnungen auf meine Genesung und darauf, daß es mir auf dem Oktober- und Dezemberplenum möglich sein würde, mich in diese Frage einzuschalten. Indessen konnte ich weder auf dem Oktoberplenum (bei diesem Punkt) noch auf dem Dezemberplenum anwesend sein, so daß diese Frage fast völlig ohne mich behandelt wurde ...

Man sagt, die Einheit des Apparats sei nötig gewesen. Woher stammten diese Behauptungen? Doch wohl von demselben russischen Apparat, den wir, wie ich schon in einer früheren Aufzeichnung meines Tagebuchs feststellte, vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben ...

Unter diesen Umständen ist es ganz natürlich, daß sich die ‚Freiheit des Austritts aus der Union', mit der wir uns rechtfertigen, als ein wertloser Fetzen Papier herausstellen wird, der völlig ungeeignet ist, die nichtrussischen Einwohner Rußlands vor der Invasion jenes echten Russen zu schützen, des großrussischen Chauvinisten, ja im Grunde Schurken und Gewalttäters, wie es der typische russische Bürokrat ist. Kein Zweifel, daß der verschwindende Prozentsatz sowjetischer und sowjetisierter Arbeiter in diesem Meer des chauvinistischen großrussischen Packs ertrinken wird wie die Fliege in der Milch ...

Mir scheint, hier haben Stalins Eilfertigkeit und sein Hang zum Administrieren wie auch seine Wut auf den ominösen „Sozialnationalismus" eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Wut ist in der Politik gewöhnlich überhaupt von größtem Übel.

... – Ich fürchte auch, daß Gen. Dzierzynski, der nach dem Kaukasus gefahren war, um die ‚Verbrechen' dieser ‚Sozialnationalisten' zu untersuchen, sich hier ebenfalls nur durch seine echt russische Gesinnung hervorgetan hat (bekanntlich neigen die russifizierten Nichtrussen stets zur Übertreibung, was die echt russische Gesinnung betrifft), und daß die Unvoreingenommenheit seiner ganzen Kommission durch Ordshonikidses ‚Handgreiflichkeit' hinreichend charakterisiert wird.

... Ordshonikidse verkörperte gegenüber allen anderen Bürgern im Kaukasus die Staatsmacht. Ordshonikidse hatte kein Recht zu jener Gereiztheit, auf die er und Dzierzynski sich beriefen. Ordshonikidse war im Gegenteil verpflichtet, eine solche Zurückhaltung zu üben, wie kein einziger gewöhnlicher Bürger üben muß.

Ich habe bereits in meinen Schriften über die nationale Frage geschrieben, daß es nicht angeht, abstrakt die Frage des Nationalismus im allgemeinen zu stellen. Man muß unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation, zwischen dem Nationalismus einer großen Nation und dem Nationalismus einer kleinen Nation.

... Deshalb muß der Internationalismus seitens der unterdrückenden oder sogenannten ‚großen' Nation (obzwar groß nur durch ihre Gewalttaten, groß nur im Sinne, wie ein Dershimorda* groß ist) darin bestehen, nicht nur die formale Gleichheit der Nationen zu beachten, sondern auch solch eine Ungleichheit anzuerkennen, die seitens der unterdrückenden Nation, der großen Nation, jene Ungleichheit aufwiegt, die sich faktisch im Leben ergibt. Wer das nicht begriffen hat, der hat die wirklich proletarische Einstellung zur nationalen Frage nicht begriffen.

Was für praktische Maßnahmen sind nun bei der entstandenen Lage zu ergreifen?

Erstens muß man die Union der Sozialistischen Republiken bestehen lassen und festigen; über diese Maßnahme kann kein Zweifel sein. Wir brauchen sie ebenso wie das kommunistische Weltproletariat für den Kampf gegen die Weltbourgeoisie und für die Verteidigung gegen ihre Intrigen.

Zweitens muß man die Union der Sozialistischen Republiken, was den diplomatischen Apparat betrifft, bestehen lassen ...

Drittens muß man Gen. Ordshonikidse exemplarisch bestrafen ... sowie alle Materialien der Kommission Dzierzynskis nachträglich prüfen bzw. neu untersuchen, um die Unmenge von Unrichtigkeiten und voreingenommenen Urteilen, die es dort zweifellos gibt, zu korrigieren. Politisch verantwortlich für diese ganze wahrhaft großrussisch-nationalistische Kampagne müssen natürlich Stalin und Dzierzynski gemacht werden.

Viertens muß man äußerst strenge Vorschriften hinsichtlich des Gebrauchs der nationalen Sprache in den nichtrussischen Republiken erlassen,

* „Dershimorda", wörtl. „Halt-die-Schnauze". Der Polizist in Gogols „Revisor"





Oben: Kusnetz in der sibirischen Ural-Region 1928, beim Eintreffen der ersten Arbeiter. – *Unten:* Kusnetz 1932, eine gigantische Agglomeration um die neu errichteten Stahlbetriebe, in denen die Erze von Magnitogorsk verarbeitet werden

19, S. 233) – Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts sollte gerade auch dazu dienen, die Arbeiterklasse der verschiedenen Nationalitäten zusammenzuschließen, ihr Wachstum und ihre Selbständigkeit zu fördern.

Das war ein übergeordnetes Ziel: „Die Gesamtheit der ökonomischen und politischen Verhältnisse Rußlands verlangt … unbedingt von der Sozialdemokratie den *Zusammenschluß* der Arbeiter aller Nationalitäten in ausnahmslos *allen* proletarischen Organisationen (den politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, den Bildungsorganisationen usw. usf.). Nicht Föderation im Parteiaufbau, nicht Bildung nationaler sozialdemokratischer Gruppen, sondern Einheit der Proletarier aller Nationen an jedem Ort." (Ebenda, S. 239)

Diese strategische Konzeption setzte die revolutionären Energien frei, die in der Oktoberrevolution nicht nur den Zarismus stürzten, sondern auch den Sieg der Sowjetmacht gegen die Interventionstruppen der imperialistischen Mächte und gegen die weißgardistische Konterrevolution sicherten.

1920/21, mit dem Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik (NÖP)", wurde in Rußland selbst wie in den Gebieten der Nationalitäten des alten Zarenreichs ein neues, durchaus breites Bündnis aller am Fortschritt interessierten Klassen geschlossen. „Die NÖP sei Kapitalismus, sagt die Opposition. Die NÖP sei vorwiegend ein Rückzug, sagt Sinowjew. Das alles ist natürlich falsch. In Wirklichkeit ist die NÖP eine Politik der Partei, die den Kampf der sozialistischen und kapitalistischen Elemente zuläßt und auf den Sieg der sozialistischen Elemente über die kapitalistischen Elemente abzielt." So erklärte Stalin 1926 den eingeschlagenen Weg. (J. Stalin, Fragen des Leninismus, Westberlin 1972, S. 187)

Bevor man von den Fehlern spricht, die gemacht wurden, muß man von den gewaltigen Erfolgen und Verdiensten sprechen, die die Sowjetunion in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens errungen hat. Vieles wäre da zu nennen: Die historische Entscheidung, den Weg des Aufbaus des Sozialismus in ei-

errungen hat. Vieles wäre da zu nennen: Die historische Entscheidung, den Weg des Aufbaus des Sozialismus in ei-

nem Land zu beschreiten, nachdem die revolutionäre Bewegung in Westeuropa fürs erste niedergeschlagen war. Die Gründung der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" als freier Zusammenschluß, der die Landkarte des riesigen Gebiets auf demokratische Weise neu ordnete, was ein bleibender Fortschritt war. Der Entwicklung der unterdrückten Völker, insbesondere ihrer Arbeiter und Bauern, wurde ein bis dahin nicht gekannter Spielraum gewährt. Für die ganze internationale Arbeiterbewegung und anti-koloniale Befreiungsbewegung war die Sowjetunion eine unschätzbare Unterstützung. Mit Beginn der faschistischen Aggressionen eingangs der 30er Jahre verschaffte ihre bloße machtvolle Existenz, die aktive Friedenspolitik der „kollektiven Sicherheit", die sie betrieb, insbesondere die Unterstützung, die sie den Opfern der Aggression, wie China, Äthiopien, Spanien, gab, den revolutionären Kräften der ganzen Welt Zeit und Raum. Und wie wäre die weitere Entwicklung verlaufen ohne den historischen Sieg der Völker der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg gegen den Faschismus?

Eine entscheidende Rolle spielte dabei die in Riesensprüngen vor sich gegangene Industrialisierung der Sowjetunion in der Periode der ersten Fünfjahrpläne (ab 1929). Schon in seinem Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag der KPdSU (B) im Januar 1934 – während die ganze kapitalistische Welt in einer Krise steckte, aus der sie nicht mehr herauskam – konnte Stalin feststellen: „In der Berichtsperiode, d.h. seit 1930, ist die Industrie bei uns auf mehr als das Doppelte, nämlich um 101,6 Prozent, im Vergleich zum Vorkriegsstand aber fast auf das Vierfache, nämlich um 291,9 Prozent gewachsen … Das bedeutet, daß unser Land unwiderruflich und endgültig zu einem Industrieland geworden ist." (a.a.O., S. 535)

Allerdings muß Stalin im selben Rechenschaftsbericht folgende Zahlen über die Entwicklung der Landwirtschaft bekanntgeben:

(Mio.)	1913	1929	1930	1931	1932	1933
Getreide (dz)	801	717	835	695	699	898
Rinder	59	68	53	48	41	39
Schweine	20	21	14	14	12	12

Es ist deutlich, womit die gewaltige industrielle Entwicklung erkauft war; und daß die in eben diesem Zeitraum vor sich gegangene Kollektivierung von 65% aller Bauernwirtschaften (1929 waren es nur 3,9% gewesen) der politische Hebel war, womit die Akkumulation auf Kosten der Landwirtschaft gegen den Widerstand eines beträchtlichen Teils der Bauern durchgesetzt

tion auf Kosten der Landwirtschaft gegen den Widerstand eines beträchtlichen Teils der Bauern durchgesetzt

wurde – keineswegs nur der „Kulaken", wenngleich ihnen der Großteil des Viehs und Getreides gehört haben mochte, das jetzt fehlte. Umso mehr hebt sich der revolutionäre Arbeitselan der Millionen Arbeiter und Dorfproletarier ab, trotz aller Entbehrungen. Es kommt zu keinem Produktionseinbruch, im Gegenteil: bis 1938 stand die Landwirtschaft über dem Vorkriegsstand, schon eindrucksvoll mechanisiert; die Industrieproduktion betrug über 900% im Vergleich zu 1913.

die unserer Union angehören, und die Befolgung dieser Vorschriften besonders sorgfältig kontrollieren. Zweifellos werden bei uns, wie unser Apparat heute beschaffen ist, unter dem Vorwand des einheitlichen Eisenbahnbetriebes, unter dem Vorwand des einheitlichen Fiskus usw. eine Menge von Mißbräuchen echt russischer Art Platz greifen … Hier ist ein detaillierter Kodex nötig, den nur die Angehörigen der Nation, die in der betreffenden Republik leben, einigermaßen erfolgreich zusammenstellen können. Dabei soll man keinesfalls von vornherein die Möglichkeit ausschließen, daß man auf Grund dieser ganzen Arbeit auf dem nächsten Sowjetkongreß wieder einen Schritt zurück macht, d.h. die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nur in militärischer und diplomatischer Hinsicht bestehen läßt, in jeder anderen Hinsicht aber die volle Selbständigkeit der einzelnen Volkskommissariate wiederherstellt.

… Es wäre unverzeihlicher Opportunismus, wenn wir am Vorabend dieses Auftretens des Ostens, zu Beginn seines Erwachens, die Autorität, die wir dort haben, auch nur durch die kleinste Grobheit und Ungerechtigkeit gegenüber unseren eigenen, nichtrussischen Völkern untergraben würden. Eine Sache ist die Notwendigkeit, uns gegen die westlichen Imperialisten zusammenzuschließen, die die kapitalistische Welt verteidigen. Hier kann es keine Zweifel geben, und ich brauche nicht erst zu sagen, daß ich diese Maßnahmen rückhaltlos gutheiße. Eine andere Sache ist es, wenn wir selbst, sei es auch nur durch Kleinigkeiten, in imperialistische Beziehungen zu den unterdrückten Völkerschaften hineinschlittern und dadurch unsere ganze prinzipielle Aufrichtigkeit, unsere ganze prinzipielle Verteidigung des Kampfes gegen den Imperialismus völlig untergraben. Denn der morgige Tag der Weltgeschichte wird eben der Tag sein, an dem die vom Imperialismus unterdrückten Völker, die sich schon regen, endgültig erwachen werden, an dem der lange und schwere Entscheidungskampf um ihre Befreiung beginnen wird.

Lenin"

Lenin, Ausgew. Werke III, a.a.O., S. 847 – 52

Michail Scholochow: Neuland unterm Pflug

Den ersten Band des Buches „Neuland unterm Pflug" schrieb Michail Scholochow 1938. Die Handlung spielt 1930 im kleinen Kosakendorf Gremjatschi Log. Dawidow, Arbeiter der Moskauer Putilowwerke, wird von der Partei beauftragt, die Kollektivwirtschaft zu organisieren, und zwar 100prozentig. Diese Direktive muß zwangsläufig zu „linken" Abweichungen führen. Die darüber aufgebrochenen Widersprüche im Volk kann der Klassenfeind in Person des Rittmeisters Polowzew nutzen, um gegen die Sowjetmacht zu hetzen und einen bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Das erste Buch ist eine aufregende und realistische Schilderung des Kampfes um die Kollektivierung. (Michail Scholochow, Neuland unterm Pflug, Erstes Buch, Leipzig 1973, Reclam)

Der arme Bauer Maidannikow spricht auf der Gründungsversammlung des Kollektivs

Maidannikow brachte ein speckiges Notizbuch zum Vorschein und blätterte hastig in den vollgekritzelten Seiten. „Wartet mit dem Lachen, vielleicht kommen euch noch die Tränen", sagte er ärgerlich. „Ja, ich schreibe auf, wie ich lebe und satt werde. Das will ich euch mal vorlesen. Wir haben hier eine Menge Reden gehört, aber Vernunft war nicht drin. Über das Leben denkt ihr wenig nach …"

Dawidow wurde aufmerksam. In den ersten Reihen sah man lächelnde Gesichter.

„Ich bin Mittelbauer", begann Maidannikow ruhig und gelassen, ohne die geringste Verlegenheit. „Im Vorjahr waren es fünf Deßjatinen, die ich bestellte. Ich habe, wie ihr alle wißt, ein Paar Ochsen, ein Pferd, eine Kuh, eine Frau und drei Kinder. Was Arbeitshände anlangt – hier seht ihr sie, andere sind nicht da. Geerntet habe ich: neunzig Pud Weizen, achtzehn Pud Roggen, dreiundzwanzig Pud Hafer. Für den eigenen Bedarf, um die Familie zu ernähren, brauche ich sechzig Pud, fürs Geflügel zehn Pud, der Hafer bleibt für das Pferd. Was kann ich also an den Staat verkaufen? Achtunddreißig Pud. Rechnen wir einen Rubel und zehn Kopeken je Pud, so habe ich eine Einnahme von rund einundvierzig Rubel. Wenn ich dann noch das Geflügel verkaufe, die Enten in die Staniza bringe, bekomme ich weitere fünfzehn Rubel." Sein Blick wurde schwermütig, als er mit erhobener Stimme fortfuhr: „Sagt mir, wie ich für dieses Geld Kleider, Schuhe, Seife, Petroleum und Streichhölzer kaufen soll! Auch das Pferd muß beschlagen werden, umsonst macht mir das niemand. Nun, was schweigt ihr? Kann ich so weiterleben? Es reicht ja nicht mal, wenn die Ernte gut ist. Und wenn's eine Mißernte gibt? Was bin ich dann? Ein Bettler! Mit welchem Recht, verdammt nochmal, ratet ihr mir von der Kollektivwirtschaft ab, haltet ihr mich zurück? Glaubt ihr wirklich, daß mein Leben dort saurer sein wird, als es ohnehin ist? Lüge! Und das trifft für alle Mittelbauern zu. Warum ihr euch dagegen wehrt, warum ihr euch selbst und den anderen Sand in die Augen streut, das werde ich euch gleich sagen!" …

Rasmjotnow stand auf. „Damit wäre wohl alles klar, Bürger. Unsere Lampen gehen aus, es ist spät gewor-

Rasmjotnow stand auf. „Damit wäre wohl alles klar, Bürger. Unsere Lampen gehen aus, es ist spät gewor-

den! Wer für die Kollektivwirtschaft ist, der hebe die Hand! Nur die Hofbesitzer sollen abstimmen."

Von den zweihundertsiebzehn anwesenden Mittelbauern hoben nur siebenundsechzig die Hand.

„Wer ist dagegen?"

Niemand meldete sich.

„Ihr wollt nicht die Kollektivwirtschaft?" fragt Dawydow. „Dann hat der Genosse Maidannikow also recht gehabt?"

„Wir wollen ni-i-i-icht!" ertönte eine näselnde Weiberstimme.

„Dein Maidannikow kann uns gestohlen bleiben!"

„Väter und Großväter haben so gelebt."

„Du kannst uns nicht zwingen!"

Erst nach einer Weile legte sich die Erregung. Plötzlich schrie eine haßerfüllte Stimme aus den letzten Reihen, wo die Lichtpünktchen brennender Zigaretten im Dunkel glühten: „Wir sind keine Schafe, uns wirst du nicht mit dem Knüppel aus dem Stall treiben! Titok hat dir einen Aderlaß verabfolgt, kannst dir noch einen holen!"

Wie von einem Peitschenhieb getroffen, stand Dawydow eine Minute lang schweigend in der unheimlichen Stille. Sein Gesicht überzog sich mit Blässe, sein Mund öffnete sich, so daß die Zahnlücke sichtbar wurde. Dann rief er in den Raum: „Aus dir spricht die Stimme des Feindes! Du meinst, ich brauchte noch einen Aderlaß. Sei beruhigt, auch dann bleibt mir Blut genug, daß ich die Zeit erleben werde, da solche wie du längst in der Erde faulen. Wenn es not tut, werde ich all mein Blut für die Partei hergeben, für meine Partei, für die Sache der Arbeiterschaft! Hörst du es, Kulakenbrut? Alles, bis auf den letzten Tropfen!" …

Die meisten Versammlungsteilnehmer kehrten auf ihre Plätze zurück, und die Diskussion ging bis lange nach Mitternacht weiter. Man sprach für und wider die Kollektivwirtschaft, man sprach bis zu Heiserkeit, bis der Atem wegblieb. Mitunter, wenn sich zwei Männer am Podium gegenüberstanden, packte sogar einer den anderen an der Brust, um die Richtigkeit seiner Behauptungen zu bekräftigen. Kondrat Maidannikows Gevatter und Nachbar riß ihm das Hemd bis zum Nabel auf. Es fehlte nicht viel bis zum Handgemenge. Djomka Uschakow sprang über Bänke und Menschen hinweg, um Kondrat beizustehen, aber Dawydow hatte die Kampfhähne bereits getrennt. Übrigens war Djomka der erste, der Maidannikow frotzelte. „Na, Kondrat, rechne mal aus, wieviel Stunden du pflügen mußt, um den Schaden mit dem Hemd gutzumachen!"

•

Nach rechten und linken Schwankungen der Partei in der Frage der Kollektivierung sind die Bauern verunsichert. Viele treten aus, das Saatgut des Kollektivs wird auseinandergetragen und es kommt zu einer Schlägerei zwischen Gegnern und Befürwortern der Kollektivierung. Anschließend findet eine Dorfversammlung statt.

„Bürger", hob Dawydow an, „was bedeutet das gestrige Verhalten der ehemaligen Kollektivbauern und eines Teils der Einzelbauern? Es bedeutet, daß sie sich von den Kulakenelementen haben beeinflussen lassen … Was sollen wir davon halten, Bürger, wenn ihr die Speichertüren aufbrecht, das Saatgut raubt, mich mißhandelt, Rasmjotnow gefesselt in den Keller sperrt, ihn dann zum Dorfsowjet schleppt und unterwegs versucht, ihm ein Kreuz um den Hals zu hängen? Das ist offene Konterrevolution! Als Rasmjotnow durch den Chutor geführt wurde, rief die Mutter unseres Kollektivbauern Ignatjonok: ‚Da kommt der Antichrist! Seht den Satan!' Sie wollte ihm mit Hilfe anderer Frauen das Kreuz aufzwingen. Unser Genosse Rasmjotnow hat sich wie ein Kommunist benommen und eine solche Verspottung nicht geduldet. Er rief den dummen, verrückten, von den Popen irregeleiteten Weibern zu: ‚Bürgerinnen, ich bin kein Christ, ich bin Kommunist! Bleibt mir mit eurem Kreuz vom Leibe!' Aber sie ließen von ihm nicht ab und gaben erst Ruhe, als er die Kreuzschnur durchbiß

mit eurem Kreuz vom Leibe!' Aber sie ließen von ihm nicht ab und gaben erst Ruhe, als er die Kreuzschnur durchbiß

und sich mit Kopf und Beinen zur Wehr setzte. Wie soll man das nennen, Bürger? Das ist offene Konterrevolution! …

Die Rädelsführer bei den Unruhen und die aktiv daran Beteiligten sind verhaftet worden. Die übrigen, die sich von den Kulaken aufhetzen ließen, müssen zur Besinnung kommen und begreifen, daß sie Opfer einer böswilligen Täuschung geworden sind. Ein Ungenannter hat hier dem Präsidium folgende Frage eingereicht: ‚Ist es wahr, daß alle, die Getreide aus den Speichern geholt haben, verhaftet und unter Beschlagnahme ihres Eigentums verbannt werden?' Nein, Bürger, das ist nicht wahr! Die Bolschewiki rächen sich nicht, sie strafen nur rücksichtslos ihre Feinde. Euch aber rechnen wir nicht zu den Feinden, obwohl ihr den Einflüsterungen der Kulaken erlegen und aus der Kollektivwirtschaft ausgetreten seid, obwohl ihr das Saatgut geraubt und uns geschlagen habt. Ihr seid schwankende Mittelbauern, die zeitweilig vom rechten Weg abgewichen sind. Euch werden wir nicht maßregeln, aber werden alles daran setzen, euch die Augen zu öffnen."

Ein gedämpftes Stimmengemurmel lief durch den Raum. Dawydow fuhr fort:

„Auch du, Bürgerin, brauchst keine Angst zu haben. Zeige dein Gesicht, niemand wird dir etwas tun, obgleich du mich gestern arg geschlagen hast. Solltest du jedoch morgen, wenn wir an die Aussaat gehen, schlecht arbeiten, dann beziehst du von mir eine Tracht Prügel, damit du's weißt. Allerdings werde ich dich nicht auf den Rücken schlagen, sondern tiefer, so daß du weder sitzen noch liegen kannst. Dafür garantiere ich dir!"

Ein schüchternes Lachen wagte sich hervor, griff immer weiter um sich und wuchs, als es die letzten Reihen erreichte, zu dröhnendem, befreiendem Gelächter an.

„Wir haben genug Zeit vergeudet, Bürger! Jetzt heißt es arbeiten! Der Acker wartet, die Tage vergehen. Wir müssen all unsere Kraft aufbieten, wenn wir's noch schaffen wollen. Tatsache. Sobald wir die Aussaat hinter uns haben, können wir nach Herzenslust raufen, ringen oder was weiß ich …"

Dawydow trat von der Bühnenrampe zurück und setzte sich an den Präsidiumstisch. Er streckte gerade die Hand nach der Wasserkaraffe aus, als aus dem letzten Reihen, aus dem Dämmerlicht hinter dem orangefarbenen Lampenkegel, eine warme, gerührte Baßstimme ertönte: „Du bist ein Goldjunge, Dawydow! So einen wie dich muß man ja gern haben! Weil du nichts nachträgst und es mit allen gut meinst. Die Leute sind aufgeregt, schämen sich in Grund und Boden. Auch die Weiber. Und es ist doch so, daß wir zusammen leben müssen. Also laß die alten Sünden vergeben und vergessen

die Weiber. Und es ist doch so, daß wir zusammen leben müssen. Also laß die alten Sünden vergeben und vergessen

sein, Dawydow! Abgemacht?"





Oben: Bauernversammlung in einem russischen Dorf, 1921 – *Unten:* Die Verkäuferin eines fliegenden Bücherladens liest kirgischen Kolchosbauern den Text der Verfassung von 1936 vor

Montanmitbestimmungsgesetz, 1951:

Gültig für die Bergbaubetriebe und für die Eisen- und Stahlerzeugenden Industrie mit mehr als 1000 Beschäftigten.

§4 (1) Der Aufsichtsrat besteht aus elf Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus a) vier Vertretern der Anteilseigner und einem weiteren Mitglied, b) vier Vertretern der Arbeitnehmer und einem weiteren Mitglied, c) einem weiteren Mitglied.

§6 (1) Unter den die §4 Abs. 1 ... bezeichneten Mitgliedern des Aufsichtsrats müssen sich ein Arbeiter und ein Angestellter befinden, die in einem Betriebe des Unternehmens beschäftigt sind. Diese Mitglieder werden dem Wahlorgan durch die Betriebsräte der Betriebe des Unternehmens nach Beratung mit den in den Betrieben des Unternehmens vertretenen Gewerkschaften und deren Spitzenorganisationen vorgeschlagen ... (3) Zwei der in §4 Abs. 1 Buchstabe b bezeichneten Mitglieder werden von den Spitzenorganisationen nach vorheriger Beratung mit den in den Betrieben vertretenen Gewerkschaften und den Betriebsräten dem Wahlorgan vorgeschlagen ... (5) Das Wahlorgan (die Hauptversammlung, d. Verf.) ist an die Vorschläge der Betriebsräte und der Spitzenorganisationen gebunden.

§8 (1) Das in §4 Abs. 1 Buchstabe c bezeichnete weitere Mitglied des Aufsichtsrats wird durch das Wahlorgan auf Vorschlag der übrigen Aufsichtsratsmitglieder gewählt. Der Vorschlag ... bedarf jedoch der Zustimmung von mindestens je drei Mitgliedern, die nach §5 und die nach §6 gewählt sind ...

§13 (1) Als gleichberechtigtes Mitglied ... (des Vorstandes, d. Verf.) wird ein Arbeitsdirektor bestellt. Der Arbeitsdirektor kann nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der nach §6 gewählten Aufsichtsratsmitglieder bestellt werden ...

Mitbestimmungsergänzungsgesetz, 1956

Anwendung der Mitbestimmung auf Betriebe, deren „überwiegende Betriebszweck" im Montanbereich liegt oder wenn mehr als die Hälfte des Umsatzes des Konzerns im Montanbereich erzielt wird.

§5 (1) Der Aufsichtsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus a) sieben Vertretern der Anteilseigner, b) sieben Vertretern der Arbeitnehmer, c) einem weiteren Mitglied

§6 (1) Unter den in §5 Abs. 1 Buchstabe b genannten Mitgliedern des Aufsichtsrats müssen ... drei Vertreter der Arbeiter und ein Vertreter der Angestellten befinden. (2) Die Wahl der in Absatz 1 genannten Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgt durch Wahlmänner ... (6) Zur Wahl der Wahlmänner können Betriebsräte, der Gesamtbetriebsrat und die Arbeitnehmer des Konzernunternehmens Wahlvorschläge machen ...

§7 Drei der in §5 Abs. 1 Buchstabe b genannten Mitglieder des Aufsichtsrates werden von den Spitzenorganisationen der in den Betrieben der Konzernunternehmen vertretenen Gewerkschaften nach vorheriger Beratung mit den in diesen Betrieben vertretenen Gewerkschaften und mit den Betriebsräten ... entsandt.

Mitbestimmungsgesetz, 1976

Gültig für Aktiengesellschaften etc. mit mindestens 2000 Beschäftigten

§7 Zusammensetzung des Aufsichtsrats. (1) Der Aufsichtsrat eines Unternehmens 1. mit in der Regel nicht mehr als 10000 Arbeitnehmern setzt sich zusammen aus je sechs Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer ... (2) Unter den Aufsichtsratsmitgliedern müssen sich befinden 1. ... vier Arbeitnehmer des Unternehmens und zwei Vertreter von Gewerkschaften ...

§9 (1) Die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer ... werden durch Wahlmänner gewählt, sofern nicht die wahlberechtigten Arbeitnehmer die unmittelbare Wahl beschließen.

§16 (2) Die Wahl (der Gewerkschaftsvertreter durch die Wahlmänner in den Aufsichtsrat, d. Verf.) erfolgt aufgrund von Wahlvorschlägen der Gewerkschaften.

§29 Abstimmungen (2) Ergibt eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit, so hat bei einer erneuten Abstimmung über denselben Gegenstand, wenn

§29 Abstimmungen (2) Ergibt eine Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit, so hat bei einer erneuten Abstimmung über denselben Gegenstand, wenn auch sie Stimmengleichheit ergibt, der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen.

§33 Arbeitsdirektor (1) Als gleichberechtigtes Mitglied (in den Vorstand d. Verf.) ... wird ein Arbeitsdirektor bestellt ...

Plan der Mannesmann AG

Die Hüttenwerke in Huckingen sollen aus der Gesellschaft ausgegliedert und an die Mannesmann-Röhrenwerke, eine selbständige Tochter des Konzerns, verpachtet werden. Durch diese Zusammenlegung soll ein geschlossenes Investitions- und Rationalisierungsprogramm ermöglicht werden, mit dem ca. 50 Mio. DM eingespart werden.

Durch die Ausgliederung der Hütte trifft das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 für die Mannesmann AG nicht mehr zu. Das Mitbestimmungsergänzungsgesetz von 1956 käme nicht zur Anwendung, weil im Konzern dann nur ca. 40% des Umsatzes im Montanbereich erzielt werden.

Vorschlag der IGM

Die Betriebsführung der Hütte soll an das Röhrenwerk übertragen werden, damit blieben die ca. 10000 Beschäftigten weiter Beschäftigte der Mannesmann AG und die Montanmitbestimmung würde fortgesetzt.

Diesen Vorschlag hat der Vorstandsvorsitzende der Mannesmann AG, Overbeck, als Kompromißlösung ab dem 1. Januar bis zum 1. Juli 1981 angenommen, dann soll der ursprüngliche Plan verwirklicht werden und der Bundestag bis dahin Gelegenheit erhalten, die gesetzlichen Bestimmungen zu ändern.

Die Mitbestimmungsillusion entspringt aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen selber

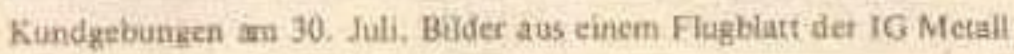
z.ges. Voraussetzung des kapitalistischen Produktionsprozesses ist, daß sich zwei völlig entgegengesetzte Klassen auf dem Arbeitsmarkt gegenüberstehen. Auf der einen Seite die Kapitalistenklasse, in deren Hand sich sämtliche Produktions- und Lebensmittel der Gesellschaft befinden und auf der anderen Seite die Klasse der Proletarier, die nichts besitzt als ihre Arbeitskraft und zum Verkauf dieser Arbeitskraft gezwungen ist, um produzieren zu können und an Lebensmittel heranzukommen. Die Arbeiterklasse verkauft ihre Arbeitskraft und kann sich mit dem für ihre Arbeitskraft bezahlten Geld die Lebensmittel kaufen, um ihre durch den Produktionsprozeß verschlissene Arbeitskraft wiederherzustellen. Am Ende des kapitalistischen Produktionsprozesses befindet sich erneut das gesamte Produkt der gesellschaftlichen Produktion in der Hand der Kapitalistenklasse, Produktionsmittel und Lebensmittel, während die Arbeiterklasse nach wie vor nichts besitzt als ihre Arbeitskraft und diese erneut zum Verkauf anbieten muß. Das Produkt der gesellschaftlichen Produktion in der Hand der Kapitalistenklasse hat sich jedoch in dem Maße vermehrt, als es der Kapitalistenklasse gelungen ist, der Arbeiterklasse Mehrarbeit abzupressen, d.h. Arbeit, die nicht notwendig ist, um die zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel zu reproduzieren, sondern darüberhinaus ein Mehrprodukt liefert. Die Produktion dieses Mehrprodukts, die Produktion von Mehrwert, ist der Zweck der kapitalistischen Produktion. Doch so durchsichtig stellen sich die wesentlichen Verhältnisse zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse nicht dar und deshalb entspringt aus diesen Verhältnissen nicht als erstes der Gedanke von Revolution auf Seiten der ausgebeuteten Klasse, sondern der Gedanke nach Gerechtigkeit, der den Ausbeutungsverhältnissen noch völlig verhaftet bleibt.

Die Arbeiterklasse bekommt ihre Arbeitskraft in der Form des Lohns bezahlt. Die Grundform des Lohns ist der Zeitlohn. Verkauft der Arbeiter dem Kapitalisten seine Arbeitskraft, so schließt dieser Verkauf auf seiten des Kapitalisten ein, daß er diese Arbeitskraft während so und so viel, sage während 8 Stunden verbrauchen kann. Die Bezahlung der Arbeitskraft nimmt die Form der Bezahlung der Arbeit während dieser 8 Stunden an. Beträgt der Tageswert der Arbeitskraft sage 80 DM, dann wird die Arbeitskraft in der Form von 8 Stundenlöhnen à 10 DM bezahlt. Durch die Form der Bezahlung der Arbeitskraft verschwindet die Tatsache, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft. Er scheint die Arbeit verkauft zu haben und bezahlt zu bekommen. Der Ursprung des Mehrprodukts, des Mehrwerts, der aus Arbeit entspringt, die der Arbeiter über die Zeit hinaus leistet, die zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft notwendig ist, ist verhüllt. Vervollständigt wird die Illusion der Bezahlung nach Leistung durch den Stücklohn. Im Stücklohn wird der Preis der Arbeitskraft nicht auf die Stunden aufgeteilt, während welcher der Kapitalist die Arbeitskraft verbraucht, sondern auf die Stücke, die der Arbeiter während dieser Stunden dem Kapitalisten produziert. Drücken die Kapitalisten die Bezahlung der Arbeitskraft unter ihren Wert, so daß die Arbeiter nicht in der Lage sind ihre Arbeitskraft wiederherzustellen, so erscheint dies als Mißverhältnis zwischen Bezahlung der Arbeit und geleisteter Arbeit. Notwendig entsteht in der Arbeiterbewegung die Forderung nach einem gerechten Lohn, nach einem gerechten Tagelohn auf ein gerechtes Tagewerk, hinter welcher Forderung nur steckt, daß die Kapitalisten gefälligst den Wert der Arbeitskraft bezahlen sollen, wie dies den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entspricht. Eine solche Forderung richtet sich nicht gegen die Ausbeutung, sondern beruht noch auf den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen selber, deren Begriff entsprochen werden soll: die Arbeitskraft soll entsprechend ihrem Wert bezahlt werden. Daß die Arbeitskraft verkauft werden muß und daß sie nur verkauft werden kann, wenn ihr Verbrauch dem Kapitalisten einen ausreichenden Mehrwert liefert, bleibt außerhalb der Reichweite einer solchen Forderung.

Im 1. Band des Kapitals, in dem Karl Marx den Produktionsprozeß des Kapitals untersucht, heißt es in diesem Zusammenhang: „Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und grade sein Gegenteil zeigt, beruhn alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie. Braucht die Weltgeschichte viele Zeit, um hinter das Geheimnis des Arbeitslohns zu kommen, so ist dagegen nichts leichter zu verstehn als die Notwendigkeit, die raisons d'être (Gründe des Daseins) dieser Erscheinungsform."

Beim Kauf der Arbeitskraft kommt es dem Kapitalisten auf ihren Verbrauch in der Mehrwertproduktion an. Nichts natürlicher als daß er meint, diesen Verbrauch zu kaufen und zu bezahlen. Der Arbeiter muß Arbeit liefern und die Arbeit macht die Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendig. Nichts natürlicher als daß er meint, er hätte die Arbeit verkauft und bekäme seine Leistung mehr oder weniger gerecht bezahlt. Es setzt einen großen Schritt in der Erkenntnis des Ausbeutungsverhältnisses voraus, damit die Arbeiterbewegung von der Forderung nach einem gerechten Lohn übergehen kann zu der Losung „Nieder mit dem Lohnsystem", die den Rahmen des Ausbeutungsverhältnisses sprengt, statt ihn vorauszusetzen und zu bestätigen.

Auch die Forderung nach Mitbestimmung, die auf der Vorstellung einer Gleichberechtigung von Lohnarbeit und Kapital beruht, ist keine will-





Kundgebungen am 30. Juli. Bilder aus einem Flugblatt der IG Metall

„Sozialplan – Elemente aktiver Personalpolitik"

z.a/w. Ein wesentlicher Erfolg der Montan-Mitbetimmung sei die Aufstellung und Durchsetzung von Sozialplänen im Bereich des Bergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie, wird von Seiten der Gewerkschaften betont: „Lange vor einer gesetzlichen Regelung wurden in den Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie Sozialpläne angewendet. Es kann ohne Zweifel gesagt werden, daß die ersten Sozialpläne in montanmitbestimmten Unternehmen entwickelt wurden." (1)

Die ersten Sozialpläne wurden Ende der 50er Jahre im Bereich des Bergbaus aufgestellt. Auf den Absatzrückgang hatten die Bergbau-Kapitalisten mit Rationalisierung und Massenentlassungen reagiert. In allen Fällen, auch bei Änderung der Betriebsstruktur in Folge von Rationalisierungsmaßnahmen, wurden Sozialpläne ausgehandelt. Die meisten Sozialpläne innerhalb der Eisen- und Stahlindustrie wurden in den Jahren 1966 bis 1968 abgeschlossen. Der Zusammenhang mit dem Durchschlagen der Überproduktionskrise auf die Beschäftigtenzahlen, geht aus dem Schaubild hervor.

Im allgemeinen enthielten die Sozialpläne Regelungen über Lohnsicherung bei Umsetzung innerhalb des Konzerns, Anrechnung aller Zeiten der Betriebszugehörigkeit, aus denen sich irgendwelche rechtlichen Konsequenzen ergeben (Jubiläumszuwendungen, Werksrenten); Finanzierung der Umschulung umgesetzter Arbeiter durch die Kapitalisten; kostenlose Beförderung zu weiter entfernt liegenden Ersatzarbeitsplätzen; Übernahme von Umzugskosten durch die Kapitalisten; Ausgleichszahlung für die durch vorzeitige Verrentung entstehende Minderung der Sozialversicherungs- und Werksrenten; Absicherung von Mietrechten in Werkswohnungen u.a.m.

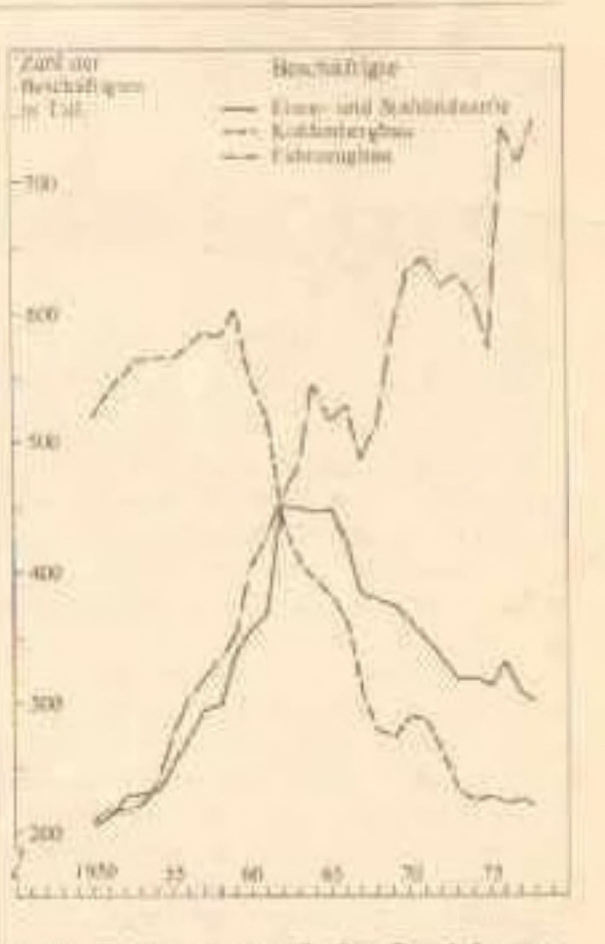
„Während früher von den Unternehmern Entscheidungen einseitig nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen wurden, werden sie nunmehr auf ihre sozialen Auswirkungen hin geprüft; die Interessen der Arbeitnehmer können dadurch besser zur Geltung gebracht werden." (2)

„So gelang es durch das Zusammenwirken aller Mandatsträger der Mitbestimmung – der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, der Betriebsräte, der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat und der Arbeitsdirektoren –, die größtenteils strukturbedingten Freisetzungen von rund 100000 Arbeitnehmern in der Eisen- und Stahlindustrie ohne nennenswerte soziale Spannungen durchzuführen. Lange bevor der Begriff Sozialplan Eingang in das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 gefunden hat, sind in der Montanindustrie für die von Stillegungen betroffenen Arbeitnehmer Sozialpläne entwickelt worden, mit deren Hilfe materielle Härten verringert werden konnten." (3)

Es ist schwerlich vorstellbar, daß die Kapitalisten ohne derartige Zugeständnisse so grundlegende Umstrukturierungen ihres Produktionsapparates hätten durchsetzen können. Für den einzelnen Arbeiter oder Angestellten, der mit einer netten Abfindungssumme in der Tasche schnell wieder neue Arbeit findet, zu ähnlichen Bedingungen, hat das sicherlich seinen Vorteil. Für die Arbeiterklasse insgesamt scheint der Vorteil auch auf der Hand zu liegen, solange die überflüssig gemachte Arbeitskraft schnell wieder in andere Bereiche der kapitalistischen Produktion eingesogen wurde. Das war lange Zeit der Fall. Krise und Stagnation in der Eisen- und Stahlindustrie und im Bergbau gingen einher mit schwungvoller Expansion in anderen Branchen.

Ein großer Teil der Reduzierung der Belegschaften wurde mittels Frühverrentung bewerkstelligt. Für die Kapitalisten entstanden dadurch einerseits zusätzliche Kosten, andererseits konnten sie dadurch die Belegschaften verjüngen, was günstige Voraussetzungen für die Verschärfung der Ausbeutung bedeutete. Das Ergebnis spiegelt sich in der Steigerung des Produktionsergebnisses je Beschäftigtenstunde wieder. Von 1963 auf 1967 stieg dies im Kohlenbergbau um 22 Prozent, in der Eisen- und Stahlindustrie um 42 Prozent. In der Maschinenbauindustrie und im Fahrzeugbau betrug die Steigerung hingegen nur 9 bzw. 4,2 Prozent.

Gleichzeitig hat sich mit Abbau der Belegschaften das Lohnniveau dem Durchschnitt der gesamten Industrie angenähert. Als entscheidender Vorteil der Mitbestimmung gilt bei den Gewerkschaften die frühzeitige Information von Betriebsräten und Vertrauensleuten durch die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Erkauft ist das mit Verpflichtung auf das Betriebswohl. Da finden auch Sozialpläne ihre Schranken. Sie müssen für die Kapitalisten „wirtschaftlich vertretbar sein".



(siehe §§111 und 112 des Betriebsverfassungsgesetzes) Dies garantiert den Kapitalisten, daß die Gewerkschaft bei sich verschärfender Krise nicht auf gesetzlichen Anspruch auf Sozialpläne pochen kann. Schon gar nicht, was Inhalt und Höhe der Geldleistungen betrifft.

kürliche Erfindung der Sozialdemokratie, sondern entspringt der verkehrten Erscheinung der herrschenden kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Durch die Lohnform ist der Ursprung des Mehrwerts aus der Mehrarbeit der Arbeiterklasse verhüllt: wenn die Arbeit bezahlt wird, kann es keine Mehrarbeit geben und kann der Mehrwert überhaupt nicht aus der Arbeit entspringen. Vor Beginn des Produktionsprozesses hat der Kapitalist sein Kapital in der Hand, das er vorschießt, um den Produktionsprozeß einzuleiten. Einen Teil dieses Kapitals schießt der Kapitalist im Aufkauf von Produktionsmitteln, Maschinerie, Rohstoffen und Hilfsmitteln vor, einen anderen Teil seines Kapitals schießt er für den Ankauf von Arbeitskraft vor, wobei es ihm auf ihren Verbrauch in der Produktion ankommt. Am Ende des Produktionsprozesses hat er einen Mehrwert in der Hand, den er notwendig auf sein gesamtes vorgeschossenes Kapital bezieht, denn ohne daß er dieses Kapital insgesamt vorgeschossen hätte, wäre die Produktion von Mehrwert nicht erfolgt. Der Mehrwert scheint also die Frucht seines Kapitalvorschusses zu sein und nicht das Produkt der Mehrarbeit der Arbeiter, deren Arbeitskraft er mit einem Teil seines Kapitals angekauft hat. „Als solcher vorgestellter Abkömmling des vorgeschossenen Gesamtkapitals erhält der Mehrwert die verwandelte Form des Profits", schreibt Karl Marx im 3. Band des Kapitals, wo er den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion untersucht. Der Profit ist der Überschuß über den Kostpreis, indem die Ausgaben des Kapitalisten für Maschinerie, Rohstoffe, Hilfsstoffe und Arbeitskraft ununterschieden zusammengefaßt sind:

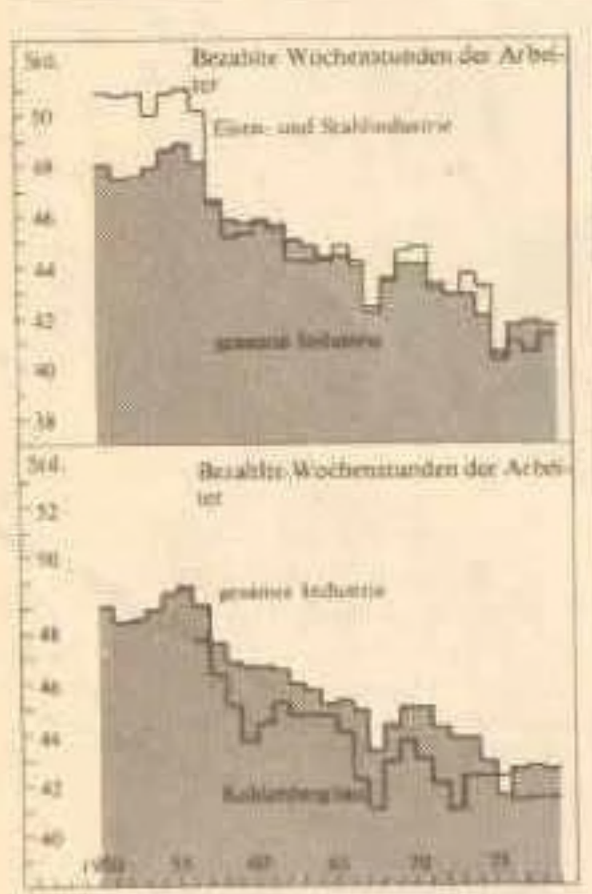
faßt sind:

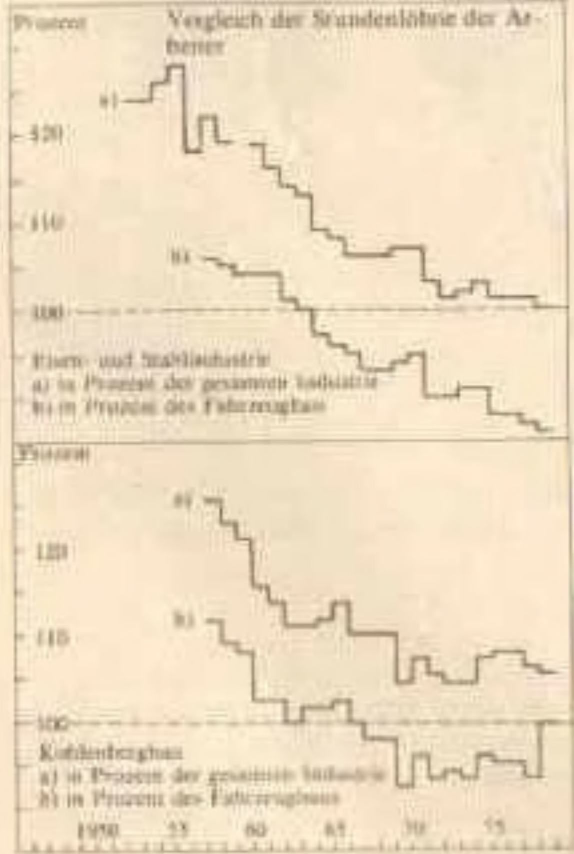
„Der Profit, wie wir ihn zunächst vor uns haben, ist also dasselbe, was der Mehrwert ist, nur in einer mystifizierten Form, die jedoch mit Notwendigkeit aus der kapitalistischen Produktionsweise herauswächst. Weil in der scheinbaren Bildung des Kostpreises kein Unterschied zwischen konstantem und variablem Kapital zu erkennen ist, muß der Ursprung der Wertveränderung, die während des Produktionsprozesses sich ereignet, von dem variablen Kapitalteil in das Gesamtkapital verlegt werden. Weil auf dem einen Pol der Preis der Arbeitskraft in der verwandelten Form von Arbeitslohn, erscheint auf dem Gegenpol der Mehrwert in der verwandelten Form von Profit." Kapital und Arbeit erscheinen als die zwei selbständigen Faktoren, ohne die der Produktionsprozeß unmöglich ist und deren Zusammenwirken die Produktion erst ermöglicht. Der Neuwert teilt sich in Lohn und Profit. Der Lohn vergütet dem Arbeiter seine Arbeit, der Profit vergütet dem Kapitalisten den Wage- und Opfermut, mit dem er sein Kapital dem Produktionsprozeß vorgeschossen hat. Der Neuwert muß zwischen den beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit gerecht aufgeteilt werden und es ist nur gerecht, daß der Faktor Arbeit, ohne den die kapitalistische Produktion genausowenig funktionieren kann wie ohne den Faktor Kapital, über die Aufteilung des Neuwerts wie über seine Produktion mitbestimmen kann. Aus der Vorstellung von zwei selbständigen Faktoren der Produktion, Kapital und Arbeit, folgt auf seiten der Arbeiterbewegung die Forderung nach Gleichberechtigung dieser beiden Faktoren, nach Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie. Das Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit bleibt glücklich unter der Lohnform verborgen, während der Profit die Frucht des vom Kapitalisten vorgeschossenen Kapitals zu sein scheint. Es kommt auf die gerechte Verteilung an und auf Beseitigung der Alleinherrschaft des Kapitals. Schimpfen hilft gegenüber diesen Vorstellungen, die aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und ihrer verkehrten Erscheinung mit Notwendigkeit entspringen, nichts, sondern nur Erkenntnis und wissenschaftliche Aufklärung dieser Verhältnisse selber. Wie sich hinter der Forderung nach einem gerechten Lohn das Interesse nach Bezahlung der Arbeitskraft nach ihrem Wert verbirgt, so verbirgt sich hinter der Forderung nach Mitbestimmung das Interesse, den Willkürcharakter der Maßnahmen der Kapitalistenklasse zu beschränken. Wie im einen Fall bestenfalls die Bezahlung der Arbeitskraft nach ihrem Wert herauskommen kann, d.h. eine gerechte Ausbeutung, so kann im anderen Fall bestenfalls herauskommen, daß die Herrschaft des Kapitals den Rahmen der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise nicht willkürlich überschreitet. Wie die Forderung nach einem gerechten Lohn durch die Losung „Nieder mit dem Lohnsystem" ersetzt werden muß, so muß die Forderung nach Mitbestimmung durch die Losung „Aufhebung des Privateigentums" ersetzt werden. Die Bedürfnisse des Arbeiters als erster Produktivkraft gehen nicht auf in dem Verlangen, beim Verkauf seiner Arbeitskraft ihren Wert bezahlt zu bekommen, um sie wieder verkaufen zu können. Die

sie wieder verkaufen zu können. Die

Reproduktionskosten der Arbeitskraft sind nicht durch die Bedürfnisse der Arbeiterklasse bestimmt, sondern durch die Bedürfnisse der Kapitalistenklasse, auf dem Arbeitsmarkt stets ausreichend Arbeitskraft vorzufinden, die ausgebeutet werden kann. Der Kapitalismus hat die Tendenz den Wert der Arbeitskraft zu senken, indem er die Arbeitsprozesse zunehmend zerlegt und vereinfacht, und damit die Nachfrage nach qualifizierter Arbeitskraft einschränkt und die Nachfrage nach unqualifizierter Arbeitskraft, deren Produktion und Reproduktion weniger kostet, ausdehnt.

Umso umfassender wirkt der Druck der industriellen Reservearmee, wodurch die Kapitalisten den Preis der Arbeitskraft noch unter ihren sinkenden Wert drücken können. Die Bedürfnisse der Arbeiter werden immer mehr beschnitten und gehen in den Preis der Arbeitskraft immer weniger ein. Gegenüber dem bloßen Anspruch auf Bezahlung des Werts der Arbeitskraft gewinnt die revolutionäre Forderung, daß die Arbeiterklasse als erste Produktivkraft der Gesellschaft die Produktion entsprechend den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Produzenten regeln soll, an Boden. Damit aber die gesellschaftlichen Produzenten die Produktion beherrschen können, müssen die Produktionsmittel aufhören Privateigentum der Kapitalistenklasse zu sein und in gesellschaftliches Eigentum der assoziierten Produzenten überführt werden. Die Forderung nach Mitbestimmung ist praktisch überholt. Theoretisch ist sie von vornherein verfehlt.





Der sich verschärfende Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ändert die Bedingung sowohl für den Kampf um Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, als auch für den Kampf um Schutz vor den Folgen kapitalistischer Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. Vage Hoffnungen auf Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit nützen der Arbeiterklasse dabei nichts.

(1) Rudolf Judith in: Sozialplanpolitik in der Eisen- und Stahlindustrie, Bund Verlag, 1979 – (2) Eugen Loderer in: Montanmitbestimmung / Geschichte, Idee, Wirklichkeit, Bund Verlag, 1979 – (3) ebenda

Der Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse nach der Zerschlagung des Faschismus

z.bew. Nach Zerschlagung des Faschismus war es allein das Werk der westdeutschen Arbeiterklasse, die zerstörten Produktionsanlagen aufgebaut und die Produktion wieder aufgenommen zu haben. Ungenügende Nahrungsmittelzuteilungen, niedrige Löhne und steigende Preise, bei einem Lohnstopp, der bis Herbst 1948 in Kraft war, verschlechterten zunehmend die Lage der Arbeiterklasse und drückten sie auf ein Niveau, das weit unter dem der Vorkriegszeit lag. Nach weiteren Kürzungen der Lebensmittelzuteilungen kam es im Frühjahr 1947 zu den ersten großen Streiks der Arbeiterklasse in den Westzonen.

85000 Arbeiter streikten in Wuppertal, in Düsseldorf demonstrierten 80000, in Dortmund und Braunschweig je 30000, in Hagen 20000 Arbeiter. Am 3. April traten nahezu vollständig die Bergarbeiter des Ruhrgebietes in einen eintägigen Generalstreik. Im Mittelpunkt standen Forderungen nach Erhöhung der Lebensmittelzuteilungen, Preisstopp und gerechterer Verteilung der Nahrungsmittel und Wohnungen. Die Führungen der Gewerkschaften in den Westzonen lehnten die Streik- und Protestmaßnahmen der Arbeiterklasse ab. Die fehlende Vereinheitlichung der Kämpfe und die angedrohten Militäreinsätze und Strafen der Besatzungsmächte führten zu einem Abflauen der Kämpfe, die aber, nachdem sich die Lage weiter verschlechtert hatte, im Frühjahr 1948 verstärkt wieder aufbrachen. Jetzt auch, wie in Bayern und Baden-Württemberg, als zeitlich begrenzte Generalstreiks der regionalen Gewerksch verbände. Aber erst nachdem die Währungsreform, die zu einer enormen Preissteigerung geführt hatte, sich die örtlichen und regionalen Streiks und Demonstrationen immer weiter ausbreiteten, rief der Zentrale Gewerschaftsrat der Bizone im Oktober zum Generalstreik auf. Am 12. November streikten über 9 Millionen der 11,7 Mio. Beschäftigten der Bizone für einen Tag.

Zunehmend wurde in diesen Kämpfen von der Arbeiterklasse die Sozialisierung der Betriebe, vor allem der Schlüsselindustrie, wie Bergbau und Eisen- und Stahlindustrie gefordert. „Die Bergleute wissen, daß die deutschen Grubenbarone zwei Kriege vorbereitet haben, und geführt haben. Die deutschen Kohlenbarone sind Kriegsverbrecher. Um einen neuen Krieg zu verhindern, verlangen die Bergleute eine Überführung der Schachtanlagen in die Hände der Provinzialregierung ....." Bei einem Volksentscheid in Hessen stimmten Ende 1946 72% für die Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum. Während in der zitierten Forderung der Betriebsratsvorsitzenden aller Schachtanlagen des Ruhrgebietes (1945) die Sozialisierung begründet wird mit der Verantwortung des Privateigentums am Weltkrieg, wird die Sozialisierungsforderung von der Gewerkschaftsführung erhoben als ein Mittel um über die „Wirtschaftsdemokratie" eine Demokratisierung der Gesellschaft zu erreichen, wo die Gewerkschaften die Wirtschaft mitkontrollieren: „Wir müssen in der Wirtschaft selbst als völlig gleichberechtigt vertreten sein, nicht nur in einzelnen Organen der Wirtschaft, nicht nur den Kammern der Wirtschaft allein, sondern in der gesamten Wirtschaft." (Hans Böckler, erster Vorsitzender des DGB)



1. Mai 1947, Gelsenkirchen

Von der Forderung nach Sozialisierung zum „Kampfentschlossen für die Mitbestimmung"

z.bew. „Der Aufsichtsrat der Klöckner-Werke wird nach dem Grundsatz der Gleichstellung von Kapital und Arbeit umgebildet. Die Vertreter der Arbeitnehmer sollen hierbei, zusammen mit der öffentlichen Hand, die Mehrheit der Sitze erhalten". Das war der Kern des Vorschlages, den Karl Jarres im Namen des Vorstandes der Klöckner-Werke am 18.1.1947 der Einheitsgewerkschaft in Köln machte. Ein fast gleichlautendes Schreiben wurde vom Vorstand der Gutehoffnungshütte und der Gewerkschaft unterbreitet. Offiziell begründeten die Kapitalistenvertreter ihren Vorschlag damit die Gewerkschaften gegen die geplante Entflechtung und mögliche Demontage mobilisieren zu wollen. Bestimmend für den Vorschlag war aber der Versuch, mit dem Mitbestimmungsangebot die Kampfbewegung der Arbeiter zu brechen und eine weitere Radikalisierung zu verhindern, wie es Heinrich Dinkelbach, der Leiter der deutschen Treuhandverwaltung, später ausdrückte: „Ich habe diese Form der Beteiligung der Arbeiter gewählt, erstens, damit man ihnen sagen kann, daß es ihre Werke sind ... und sie dieselben verteidigen müssen, und zweitens, weil dadurch die Möglichkeit besteht, die Arbeiter gegen die Sozialisierung in Bewegung zu bringen."

Die Gewerkschaften gingen auf den Vorschlag der Kapitalisten ein, und in den entflechteten Betrieben der Montanindustrie wurde 1947 die paritätische Mitbestimmung eingeführt. Gegenüber den Mitgliedern begründeten die Gewerkschaftsführer ihre Zustimmung noch als ersten Schritt zur Sozialisierung. Da die Sozialisierungsforderung, jetzt auch schon teilweise zur überbetrieblichen Mitbestimmung offen degradiert, am Widerstand der Besatzungsmächte scheiterte, sollte mit der betrieblichen Mitbestimmung ein Anfang gemacht werden. In der Folgezeit war die Forderung nach Mitbestimmung noch gekoppelt an die Forderung nach Sozialisierung, als Einheit beim „wirtschaftsdemokratischen Aufbau unserers Landes". Die Forderung nach Sozialisierung wurde aber nach dem DGB-Gründungskongreß (1949) von der Gewerkschaftsführung nicht nur noch weiter reduziert, sondern in der praktischen Arbeit gänzlich fallen gelassen. Als 1950 die Bundesregierung die Mitbestimmung in den Montanbereichen als mit dem deutschem Recht unvereinbar erklären wollte, war der Zeitpunkt gekommen, die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung nur noch auf die Mitbestimmung zuzuspitzen. „Kampfentschlossen für die Mitbestimmung!" war Leitlinie und Schwerpunkt der Arbeit des DGB-Vorstandes ab Sommer 1950. Die geforderte „Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft auf wirtschaftsdemokratischer Grundlage" war mit Ausnahme papierner Resolutionen zum Gemeineigentum in der Montanindustrie reduziert worden auf die Forderung nach „Mitbestimmungsrecht ... im Sinne einer echten Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit" (DGB-Bundesvorstand, 24.7.1951)



1. Mai 1949, Düsseldorf

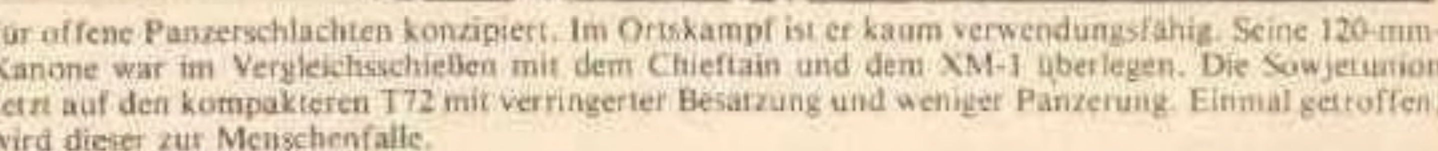
Das Gesetz über die Montanmitbestimmung soll den „sozialen Frieden" sichern

z.bew. Unter dem Eindruck der Urabstimmungen der IG Metall und der IG Bergbau im Dezember 1950/Januar 1951, in denen sich 96 bzw 92% für einen Streik zur Sicherung der Montanmitbestimmung ausgesprochen hatten, einigten sich die Vertreter der Gewerkschaften und der Kapitalistenverbände unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Adenauer auf einen Gesetzesvorschlag zur Sicherung der Montanmitbestimmung. Das Gesetz wurde im Frühjahr 1951 bei 50 Gegenstimmen der FDP und rechter Parteien und einigen Enthaltungen, darunter der Abgeordneten der KPD, angenommen. Konrad Adenauer feierte in der Bundestagsdebatte das Zustandekommen dieses Gesetzes: „Ich kann nur nochmals wiederholen: nach meiner Überzeugung ist dieser Gesetzentwurf ein großer Fortschritt auf dem Weg zur sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Der CDU-Abgeordnete Henle, 1940 Chef des Klöckner-Konzerns, konkretisierte in der Debatte diesen großen Fortschritt, den sich die Kapitalisten versprachen: „Fortan aber sollen ... die Gesellschaftsorgane bei den Großindustrieen selbst so zusammengesetzt sein, daß schon in ihrem Schoße der Ausgleich erzielt werden kann, wo immer dies nötig ist, so daß es dann erst recht keiner Mobilisierung sogenannter Kampfmittel bedarf, die in den ernsten Zeiten, die wir durchleben, die Gesamtwirtschaft in Deutschland an den Rand des Verderbens bringen müssen, wenn sie wirklich je angewandt werden sollten." Der CDU-Abgeordnete Schröder versprach sich neben der Sicherung des „sozialen Friedens ... eine geradezu demonstrative Leistungssteigerung". Solchen Interpretationen wurde von Seiten der SPD nicht nur nicht widersprochen, sondern die Fesselung der Gewerkschaftsbewegung durch den Kampf um die Mitbestimmung als große Tugend den Kapialisten angepriesen: „Mit der Bekundung des Willens, unmittelbare Verantwortung für das betriebliche und wirtschaftliche Geschehen zu tragen, haben sich die Gewerkschaften selbst über die Rolle eines nur einseitigen Interessenvertreters hinausgehoben."


Konrad Adenauer und Hans Böckler (DGB-Vorsitzender)







Von links nach rechts: Leopard 2 (BRD), XM-1 (USA), Chieftain (Großbritannien), T72 (UdSSR). Der Leopard 2 mit schwerer Panzerung und entsprechendem Gewicht, mit Gefechtsgeschwindigkeiten bis zu 70 km/h, mit Wat- und Tauchfähigkeit sowie Fähigkeit, durch ABC-verseuchtes Gelände zu fahren, ist für den raschen Vorstoß in offenes Gelände, wie es das in Westdeutschland kaum gibt, und für offene Panzerschlachten konzipiert. Im Ortskampf ist er kaum verwendungsfähig. Seine 120-mm-Kanone war im Vergleichsschießen mit dem Chieftain und dem XM-1 überlegen. Die Sowjetunion setzt auf den kompakteren T72 mit verringerter Besatzung und weniger Panzerung. Einmal getroffen, wird dieser zur Menschenfalle.

„Das deutsche Heer hat das Bewegungsprinzip gepanzerter Kampfkraft am besten im Griff."

r.wom. Gegen die Serie von NATO-Herbstmanövern in Norddeutschland haben sich an vielen Orten Zusammenschlüsse gebildet, die sich teilweise ausdrücklich gegen alle imperialistischen Militärbündnisse wenden und den Austritt der BRD aus der NATO fordern. In verschiedenen Gewerkschaftsorganen wird im Zusammenhang der Vorbereitung des Antikriegstags beraten, was man gegen die Herbstmanöver tun kann. Vom 22.–24.8. findet in Hannover ein Kongreß gegen die Herbstmanöver statt, organisiert von diesen Zusammenschlüssen und der US-Soldatengruppe „FighT bAck".

In den Herbstmanövern soll laut NATO-Verlautbarungen die Vorneverteidigung geprobt werden gegen einen Angriff der Panzerarmeen des Warschauer Pakts. Im Weißbuch 79 des Bundesverteidigungsministers heißt es dazu: „Ein wesentliches Element der NATO-Strategie ist das Prinzip der Vorneverteidigung. Vorneverteidigung bedeutet grenznahe zusammenhängende Verteidigung mit dem Ziel, möglichst wenig Gebiet zu verlieren und Schäden möglichst zu begrenzen. Das schließt die Rückgewinnung verlorengegangenen Territoriums ein. Für die Bundesrepublik Deutschland kann es keine Alternative zur Vorneverteidigung geben. Bei ihrer geostrategischen Lage, der Bevölkerungsdichte in Grenznähe zum Warschauer Pakt und ihrer volkswirtschaftlichen Struktur sind Denkmodelle, die eine Verteidigung unter Aufgabe von Raum vorsehen, nicht akzeptabel. 30 Prozent der Bevölkerung leben in einem Streifen von 100 Kilometern Tiefe entlang der innerdeutschen Grenze. Dort sind 25% des Industriepotentials angesiedelt. Diese geographischen Besonderheiten verbieten einen Abwehrkampf, der in der Tiefe elastisch geführt wird und Raumverlust in Kauf nimmt. Eine solche Kampfführung würde dem Auftrag, das eigene Territorium zu schützen, nicht gerecht werden."

Gelegentlich von den US-Imperialisten ins Spiel gebrachte Überlegungen, den Angriff der Sozialimperialisten großräumig, d. h. am Rhein, abzufangen und sich auf diese Weise der BRD-Imperialisten als lästigen Konkurrenten zu entledigen, sind für den BRD-Imperialismus nicht akzeptabel. Er würde damit einen großen Teil seiner eigenen strategischen Basis verlieren. Der BRD-Imperialismus will im Rahmen der NATO unter Preisgabe von möglichst wenig Raum einen Angriff der Sozialimperialisten zerschlagen und zum Gegenangriff übergehen.

Kernstück dabei ist die Panzerwaffe. Hauptsächlich zur Stärkung der Schlagkraft und Beweglichkeit der Panzertruppen wird die Heeresstrukturreform durchgeführt. Das nicht der NATO unterstellte Territorialheer wird Zug um Zug mit M 48-Panzern und anschließend mit dem Leopard 1 ausgerüstet und damit zur rückwärtigen Panzerreserve. Zum Panzerkrieg gehört daneben die Panzerabwehr und die Luftwaffe, die entweder in Luftnahunterstützung in den Gefechten operiert oder den feindlichen Angriff in den Bereitstellungs- und Nachschubräumen zerschlagen soll.

In den Manövern ist die gesamte NATO-Luftflotte in Mitteleuropa im Einsatz, die bis zu 600 Einsätze täglich fliegt. Das Problem der Heranführung der Reserven, entscheidend über den Erfolg im Panzerkrieg, wenn der kraftvolle gegnerische Vorstoß abgefangen werden soll, wird ebenfalls geprobt: 20000 britische Soldaten sollen aus Großbritannien und Nordirland herangeführt werden. Die US-Imperialisten fliegen über eine Luftbrücke Verbände ein, um damit die US-Panzerbrigade in Garlstedt bei Bremen aufzustocken, die in diesen Herbstmanövern zum ersten Mal zum Einsatz kommt.

Die bewegliche Kriegsführung im Panzerkrieg gehört seit dem 2. Weltkrieg zu den Spezialitäten der Militärs des deutschen Imperialismus. Heute beanspruchen sie darin den Spitzenplatz in der NATO. Sie gehen davon aus, daß die BRD-Truppen sich erfolgreich schlagen können im Panzerkrieg, nicht aber die in Westdeutschland stationierten Truppen ihrer NATO-Verbündeten. Die Herbstmanöver werden ein Test darauf sein. „Das deutsche Heer hat durch die kombinierte Gefechtsführung von Panzern und Panzergrenadieren auf Schützenpanzern das Bewegungsprinzip gepanzerter Kampfkraft wohl am besten im Griff. Die US Army ist nach Einführung eines verbesserten Schützenpanzers Anfang der 80er Jahre dazu ebenfalls in der Lage. Bei den anderen Armeen herrscht z.T. noch eine andere Auffassung vor, die durch eine weniger flexible Infanterie bedingt ist." (Birnstiel, Europ. Wehrkunde 5/80) Deutlich die Kritik vor allem am britischen Imperialismus.

Die Stärkung der Verbände für einen beweglichen Panzerkrieg haben sich die BRD-Imperialisten und ihre NATO-Verbündeten vorgenommen. Wobei es die BRD-Militärs nicht für ausgemacht halten, daß die Sozialimperialisten überhaupt einen Angriff auf Mitteleuropa versuchen: „Ich bin in der jüngsten Zeit ziemlich unbefriedigt über unsere bisher gemeinhin angestellte Lagebeurteilung, die stets das Thema „Bedrohung Zentraleuropas durch den Warschauer Pakt" in den Mittelpunkt stellt ... Die Sowjetunion hat erkannt, daß, wenn man einen spritzenden Gartenschlauch abstellen will, man dies vergeblich am spritzenden Ende versucht, sondern lieber die Möglichkeit schafft, den Hahn abzustellen." (Generalinspekteur Brandt, in Europ. Wehrkunde 12/79)

Bundesrepublik Deutschland

LEGENDE
Territorialkommando
Wehrbereichskommando
WBKdo-Grenze
TKdo-Grenze

Die drei Panzerdivisionen im Südwesten sind französische Streitkräfte. Die Britische Rheinarmee hat 4 Panzerdivisionen. Die US-Brigade in Garlstedt hat etwa 4500 Mann, aber Gerät für eine vollständige Division. Die 7th US Army liegt im süddeutschen Raum.

Munster, das „Mekka der Panzertruppe"

r.kug. 1893 wurde der Truppenübungsplatz Munster-Süd durch das Kriegsministerium Wilhelm des II. gegründet. Seitdem ist Munster reine Garnisonsstadt und auf's Engste mit der Geschichte des deutschen Imperialismus verbunden:

– 1901 dient es als Sammellager für das deutsche Expeditionskorps, das nach Niederschlagung des Boxer-Aufstands aus China zurückkehrt
– 1904 bis 1906 ist Munster Aufstellungsort für die Truppen L.v. Trotta's, die zur Niederwerfung der Kämpfe der Hereros gegen die deutsche Kolonialmacht in Namibia eingesetzt werden
– ab 1914 wird es teilweise als Kriegsgefangenenlager genutzt
– im 1. und 2. Weltkrieg ist Munster Zentrum der Giftgasfertigung, -erprobung, und -lagerung
– ab 1935 in den Kriegsvorbereitungen der deutschen Faschisten wird hier die Ausbildung der Panzertruppen konzentriert.

Nach dem 2. Weltkrieg wird Munster zunächst Besatzer-Garnison und Kriegsgefangenen-Entlassungslager. 1954 wird eine Bundesgrenzschutz-Hundertschaft stationiert und ab 1956 die Truppenschule der Bundeswehr aufgebaut. Heute ist Munster Standort der Kampftruppenschule II, der Fachschule des Heeres für Erziehung sowie der unterstellten Panzerlehrbrigade 9. Die Truppenübungsplätze Munster-Nord und -Süd umfassen zusammen eine Fläche von ca 18000 ha. Sie enthalten u.a. Schießbahnen für weitreichende Waffen wie Panzerkanonen, Maschinenkanonen, Panzerabwehr-Lenkflugkörperanlagen und Mörser. Munster-Süd dient dabei vor allem den Artillerie- und Mörser-Truppenteilen der britischen, belgischen, niederländischen und westdeutschen NATO-Truppen als Schießplatz. Munster als „Schaufenster der gepanzerten Kampftruppen" ist sowohl Prunkstück wie wesentliche Erprobungs- und Versuchsstation der westdeutschen Panzerwaffe und Schulungszentrum für den Einsatz des LEOPARD in anderen NATO-Verbänden.

Zu den nebenstehenden Bildern: Oben Munster als militärisches Vorzeigestück des deutschen Imperialismus, ein Treffen der Kommandeure der NATO-Panzerschulen in Munster. Entsprechend seiner militärischen Bedeutung hat wohl seit Wilhelm II. kaum einer der Häupter des deutschen Imperialismus den Besuch Munsters ausgelassen. Die unteren Bilder zeigen Adenauer (1958) und Schmidt (1970), noch als Verteidigungsminister, bei Inspektionen des „Mekka der Panzertruppe" („Heer", 2/79).